REGIERUNGSPROGRAMM FÜR BRANDENBURG

DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND FÜR DIE LANDTAGSWAHL IN BRANDENBURG 2024

AfD
LANDESVERBAND
BRANDENBURG

Verabschiedet auf dem Landesparteitag der AfD-Brandenburg
Jüterbog 13.04.2024

Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL: UNSER REGIERUNGSPROGRAMM FÜR BRANDENBURG 4
Einleitende Worte unseres Spitzenkandidaten Dr. Hans-Christoph Berndt

DEMOKRATIE IST MEHR ALS ALLE FÜNF JAHRE EINEN NEUEN LANDTAG ZU WÄHLEN 6
Demokratie und Staatsverständnis

BRANDENBURGS ROLLE IN EUROPA UND DER WELT 9
Europa und EU, Außen- und Sicherheitspolitik

DIE TRADITIONELLE FAMILIE ALS GRUNDPFEILER UNSERER GESELLSCHAFT 11
Europa und EU, Außen- und Sicherheitspolitik

WER ORDENTLICH ARBEITET, MUSS DAVON AUCH ORDENTLICH LEBEN KÖNNEN 16
Arbeit und Soziales

GESUNDHEIT IST UNSER HÖCHSTES GUT 18
Gesundheit, Pflege und Sport

FREIE WIRTSCHAFT IN EINEM SICHEREN LAND 23
Wirtschaft und Mittelstand

SICHERHEIT DARF NICHT NUR EIN GEFÜHL SEIN: POLIZEI UND JUSTIZ STÄRKEN 26
Innere Sicherheit und Recht

KEINE WEITERE EINWANDERUNG IN UNSERE SOZIALSYSTEME 29
Einwanderung, Asyl und Abschiebung

HEIMAT BEWAHREN: TIERE UND UMWELT SCHÜTZEN 34
Umwelt-, Natur- und Tierschutz

EINE STARKE HEIMISCHE LAND-, FORST- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT 36
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

KLASSE STATT KRISE: DIE WEICHEN FÜR DIE BILDUNG DER ZUKUNFT STELLEN 41
Bildung, Wissenschaft und Forschung

ZUKUNFT FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM: GUTE POLITIK BEGINNT IN DEN KOMMUNEN 47
Kommunales und ländlicher Raum

LANDESPLANUNG, MOBILITÄT UND WOHNRAUMSCHAFFUNG – BEDARFSGERECHT UND VORAUSSCHAUEND 50
Verkehr, Infrastruktur, Bauen und Wohnen

NICHT DAS KLIMA IST BEDROHT, SONDERN UNSER WOHLSTAND 54
Kima und Energie

HEIMATLIEBE UND TRADITIONSBEWUSSTSEIN FÖRDERN 58
Kultur und Denkmalschutz

WER DIE DIGITALISIERUNG VERSCHLÄFT, GEFÄHRDET UNSERE ZUKUNFT 61
Digitalisierung und Datenschutz

SOLIDE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK 64
Digitalisierung und Datenschutz

WAHLAUFRUF: ES IST ZEIT FÜR DEN REGIERUNGSWECHSEL 67
Wir sind bereit für die Regierungsverantwortung

SPENDENAUFRUF 68
Mit maximalem Schub in die Landtagswahl

1 PRÄAMBEL: UNSER REGIERUNGSPROGRAMM FÜR BRANDENBURG

Einleitende Worte unseres Spitzenkandidaten Dr. Hans-Christoph Berndt

Liebe Brandenburger, unser Land Brandenburg hat alle Voraussetzungen, um die schweren Aufgaben, die vor uns liegen, zu meistern. Es hat fleißige Menschen, die gern in ihrem Land leben und arbeiten. Brandenburgs Natur ist schön; Wälder, Seen und Flüsse ergänzen sich zu einer reizvollen Landschaft. Die Städte und Dörfer sind lebenswert; die Regionen haben ihre eigenen Traditionen, die sie pflegen und weitergeben. Die Geschichte Brandenburgs ist Grund für Stolz und für die Gewissheit, auch schwierige Zeiten meistern zu können. Wir Brandenburger lieben die Freiheit, die 1989 erkämpft wurde. Von diesen Voraussetzungen zehrt Brandenburg bis heute.

Angesichts der gegenwärtigen Landespolitik blicken immer mehr Brandenburger sorgenvoll in die Zukunft. Die steigenden Lebenshaltungskosten und die wirtschaftliche Entwicklung bringen viele um die Früchte ihrer Arbeit. Und so stellen sich kritische Fragen: Warum muss ganz Brandenburg mit Windrädern zugepflastert werden? Warum verzichten wir auf russisches Öl und Gas und importieren stattdessen teures Flüssiggas vom anderen Ende der Welt? Warum steigen Mieten und Baukosten ins Unerschwingliche? Warum lernen meine Kinder in der Schule nicht mehr richtig lesen und schreiben? Warum nimmt die Gewaltkriminalität zu? Und warum haben wir das Gefühl, zunehmend fremd in der eigenen Stadt zu sein?

Die Antworten auf diese Fragen sind einfach: Die Landesregierung, mit der seit 1990 regieren-den SPD an der Spitze und ihren wechselnden Koalitionspartnern CDU, FDP, Grüne und Linke, hat Brandenburg zum Experimentierfeld von Weltverbesserungsvorhaben gemacht.

Die Interessen und Bedürfnisse der Brandenburger spielen dabei keine Rolle. Die SPD und ihre Koalitionspartner ruinieren die heimische Industrie, um das Weltklima zu retten. Sie zerstören die Natur und machen die Energieversorgung instabil. Sie lassen jeden ins Land und überfordern die kommunale Infrastruktur. Sie schützen die Bevölkerung nicht vor importierter Gewalt, aber sie kontrollieren die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Medien.

Die Lücke zwischen dem Alltag des normalen Bürgers und dem, was in Zeitungen, im Radio und im Fernsehen berichtet wird, wird immer größer. Kampagnen, wie die zum angeblichen Geheimtreffen in Potsdam, gehen Hand in Hand mit den Versuchen des sogenannten Verfassungsschutzes, die friedliche Opposition zu brandmarken und sozial zu ächten. Auch die dramatisch schlechter werdende Schulbildung kann als Versuch verstanden werden, den Brandenburgern das eigene Denken auszutreiben.

Die völlig überzogenen und medizinisch unbegründeten Corona-Maßnahmen haben jedermann gezeigt, dass die Landesregierung nicht die Interessen Brandenburgs verfolgt, sondern willfährig Vorgaben aus Berlin und Brüssel folgt. Das ist bei dem Großexperiment der sozial-ökologischen

Transformation nicht anders, denken wir nur an das Heizungsgesetz. Brandenburg und die Brandenburger werden ärmer und nur eine Handvoll internationaler Großunternehmen und ihre Helfer profitieren.

Die AfD Brandenburg hat seit ihrer Gründung nur ein Ziel: Die Interessen der Brandenburger zu vertreten und für das Wohl des Landes zu sorgen. Diesem Ziel folgt auch das vorliegende Regierungsprogramm für die Jahre 2024 bis 2029. Mit der AfD werden die Grenzen geschützt, gibt es für Asylbewerber nur noch Sachleistungen und ein konsequentes Remigrationsprogramm. Mit der AfD wird die Gewaltenteilung wiederbelebt: Die Rundfunkstaatsverträge werden gekündigt und der Verfassungsschutz abgeschafft. Mit der AfD wird die Ideologisierung aller Lebensbereiche beendet: Schulen und Universitäten dienen der Bildung und Forschung und die Energiegewinnung einer stabilen und kostengünstigen Versorgung unseres Landes. Mit der AfD wird das Land wiederbelebt: Die Kommunen bekommen genügend Geld, um ihre Aufgaben zu bewältigen; die Infrastruktur wird so ausgebaut, dass sie die Bedürfnisse der Brandenburger erfüllt und die ausufernde Bürokratie wird zurückgedrängt.

Mit der AfD werden Brandenburg und seine Bewohner wieder zum Maßstab der Landespolitik.

Liebe Brandenburger, es ist Zeit für einen Machtwechsel in Brandenburg! Es ist Zeit für die Alternative für Deutschland!

Ihr Dr. Hans-Christoph Berndt
Spitzenkandidat der AfD-Brandenburg

2 DEMOKRATIE IST MEHR ALS ALLE FÜNF JAHRE EINEN NEUEN LANDTAG ZU WÄHLEN

Demokratie und Staatsverständnis

Wir stellen fest, dass unsere Demokratie in den vergangenen Jahren schweren Schaden genommen hat. Seit der Wiedergründung Brandenburgs im Jahr 1990 haben die Altparteien in wechselnden Koalitionen über die Geschicke Brandenburgs entschieden. Sie sind es, die sämtliche Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten haben. Auf die Sorgen, Ängste und Nöte der Brandenburger gehen die Altparteien in der Regel nur in Wahlkampfzeiten und aus eigenem Machterhaltungsinteresse ein. Die Interessen der Bürger müssen dauerhaft die Leitlinie der Politik sein. Da die Altparteien die Interessen der Bürger misstachten, muss die direkte Demokratie im Land Brandenburg gestärkt werden. Unsere Demokratie lebt davon, dass verschiedene Meinungen und Positionen in einem fairen Wettbewerb aufeinandertreffen. Wir wollen nicht nur auf dem Papier unserer Verfassung lesen können, dass wir die Möglichkeit haben, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksentscheid zu beschließen. Wir wollen auch tatsächlich über die wesentlichen Angelegenheiten mitentscheiden! Starke, eigenständige Kommunen, Landkreise und kreisfreie Städte in einem souveränen Brandenburg entsprechen unserem Ideal von einer freien Gesellschaft, in der grundsätzliche Entscheidungen vor Ort getroffen werden.

Den Brandenburgern eine echte Stimme geben und Volksentscheide erleichtern

Die Tatsache, dass es seit der Annahme der Verfassung im Land Brandenburg noch nie zu einem Volksentscheid kam, zeigt deutlich, dass Erleichterungen bei der direkten Demokratie dringend nötig sind. Zu oft in den vergangenen Jahren wurden durch Politiker, die sich schon lange nicht mehr als Interessenvertreter ihrer Wähler betrachten, wichtige Entscheidungen an den Interessen des Volkes vorbei und auf dessen Kosten getroffen. Wir werden die notwendige Unterschriftenzahl zur Einbringung von Volksinitiativen auf 10.000 und von Volksbegehren auf 20.000 senken. Es ist zudem die Unvereinbarkeitsliste von Themen, zu denen keine sachunmittelbare Demokratie durch die Bürger möglich sein soll, zu kürzen, da dadurch bislang viele Themen von vornherein dem Volksvotum entzogen sind. Zu manchen Themen sind selbst Volksinitiativen unzulässig. Auch das Problem der Kostenschätzung bei Bürgerbegehren ist im Sinne einer Stärkung der direkten Demokratie zu beseitigen. Mit all diesen Maßnahmen würden bestehende Hürden für die Einleitung eines Volksentscheides, bei dem alle brandenburgischen Wähler abstimmen können, deutlich gesenkt werden.

Die Brandenburger über Verfassungsänderungen abstimmen lassen

Unsere Verfassung stellt die Grundfesten unserer staatlichen Ordnung und daher unseres Zusammenlebens dar. Deshalb sind Änderungen der Verfassung dem Volk zwingend zur Abstimmung vorzulegen. Die Notwendigkeit zur Volksabstimmung bei Verfassungsänderungen existiert bereits in Bayern und Hessen. Es besteht kein Grund, warum nicht auch den Brandenburgern dieses Recht zugestanden werden sollte. Wir werden die Politik dazu verpflichten, die Brandenburger über Verfassungsänderungen abstimmen zu lassen.

Fakultative Referenden über vom Landtag beschlossene Gesetze einführen

Mit der Einführung fakultativer Referenden wollen wir es den Brandenburgern zudem ermöglichen, über vom Landtag beschlossene Gesetze abzustimmen und diese ändern bzw. ablehnen zu können. Unser Vorbild ist die Schweiz, die das fakultative Referendum im Jahr 1999 eingeführt hat. Die Schweizer können innerhalb von 100 Tagen nach der Veröffentlichung bestimmter im Parlament verabschiedeter Beschlüsse eine Volksabstimmung über diese verlangen. Durch das vollständige Fehlen der Möglichkeit für das Volk, Initiativen seiner repräsentativen Vertreter abzulehnen oder überhaupt nur darüber abstimmen zu können, ist eine Politik gegen den eigentlichen Mehrheitswillen der Bevölkerung möglich. Dies steht im Widerspruch zum eigentlichen Grundgedanken der Demokratie als Herrschaft des Volkes. Deshalb ist, insbesondere im Hinblick auf von Politikern beschlossene Gesetze, die Möglichkeit einer Volksabstimmung von besonderer Wichtigkeit.

Das demokratieuntergrabende Quorum bei Landratswahlen abschaffen

Im Land Brandenburg besteht immer noch ein Zustimmungsquorum von 15 Prozent der Stimmberechtigten, ansonsten entscheidet der Kreistag, wie es bereits oft der Fall war. Der Wählerwille kann also missachtet werden, wenn der Kreistag aufgrund der Unterschreitung des Quorums einen anderen Kandidaten wählt als die Bürger. Ein solcher Vorgang kann das Vertrauen der Bürger in die Demokratie schwer erschüttern. Dies muss definitiv ausgeschlossen werden. Bei Bundes- oder Landtagswahlen existieren auch keine Mindestbeteiligungsquoten, wenn die Wahl gültig sein soll. Bei Direktwahlen von Kandidaten durch die Bürger ist ein solches Quorum noch unverständlicher. Für uns ist das Votum der Bürger zwingend zu respektieren. Wir werden das im Land Brandenburg bestehende Zustimmungsquorum bei Landratswahlen abschaffen.

Einführung von direkter Demokratie auf der Ortsteilebene

Auf der Ebene der Ortsteile bestehen in Brandenburg bisher keine landesrechtlichen Möglichkeiten sachunmittelbarer Gestaltungsmöglichkeiten für die Bürger. Ein Grund hierfür ist nicht erkennbar. Die jetzige Situation kann hingegen gerade in ländlichen Gemeinden problematisch sein. Besteht eine Kommune aus mehreren, sogar geografisch-baulich getrennten Ortschaften, wird es schwierig für die Einwohner eines bestimmten Ortsteiles sein, die nötigen Unterstützerzahlen für ein nur sie betreffendes Anliegen zu mobilisieren. Hier muss dringend Abhilfe geschafft werden.

Auflösung des sogenannten Verfassungsschutzes

Das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz werden von den Altparteien zur gezielten Diskreditierung und Unterdrückung der demokratischen Opposition missbraucht. Wir treten dieser insbesondere gegen uns als größter Oppositionspartei im Land Brandenburg gerichteten Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes entschieden entgegen. Der Verfassungsschutz darf kein Schutz der Regierung vor unerwünschter, aber selbstverständlich legitimer Kritik sein. Der Verfassungsschutz hat lediglich dazu beizutragen, staatsgefährdende Handlungen wie beispielsweise von islamistischen Organisationen zu unterbinden, nicht aber die Gesinnungen von Bürgern zu bewerten und in die Willensbildung von Parteien einzugreifen. Den Missbrauch des Verfassungsschutzes als Regierungsschutz lehnen wir ab. Wir werden den brandenburgischen Verfassungsschutz auflösen, sofern dieser nicht im Sinne seiner eigentlichen Aufgabe reformiert werden kann.

Rechte der parlamentarischen Opposition schützen

Wir werden in Zukunft verhindern, dass die Rechte derjenigen, die eine andere Meinung als die regierenden Parteien vertreten, beschnitten werden. Wir streben daher an, die juristischen Regelungen zu Oppositionsrechten dahingehend zu präzisieren, dass ihre Umgehung ausgeschlossen ist. Bürgerrechte, wie das Wahlrecht oder die Meinungsfreiheit, sind die Grundlage jeder Demokratie. Dem steht eine Erweiterung des Wahlrechts auf Ausländer und eine repressive Diskreditierung der bürgerlichen Opposition durch das Landesamt für Verfassungsschutz ent-gegen. So werden der AfD diverse Posten in den Parlamenten oder staatliche Gelder verweigert, die ihr eigentlich zustehen. Dies hat mittlerweile Dimensionen erreicht, die sich die Väter unserer Verfassung mit Sicherheit niemals haben vorstellen können. Damit wird der Bürgerwille massiv missachtet.

Für den Bürger, nicht gegen ihn – für einen Rundfunk ohne Ideologie und Korruption

Rundfunkzwangsgebühren lehnen wir ab. Brandenburg braucht einen ideologiefreien und objektiven Rundfunk, der auf seine originären Aufgaben der wahrheitsgemäßen und vollumfassenden Informationspflicht sowie regionale und landesbezogene Berichterstattung zurückzuführen ist. Korruptionsskandale, Parteibuchwirtschaft, Geldverschwendung für Prestigeprojekte einerseits und die ideologische Konformität, Ausgrenzung unerwünschter Meinungen, quasistaatlicher Verlautbarungsjournalismus andererseits zeigen seit Langem die Dysfunktionalität seiner Organisation. Anhaltende Verletzungen des gesetzlichen Programmauftrags und andere eklatante Rechtsbrüche werden sowohl durch die internen Kontrollinstanzen als auch durch die Rechtsaufsichtsbehörden unbeanstandet gelassen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben sich zu einem nahezu autonomen System innerhalb der Gesellschaft entwickelt, das kritikresistent und mit Finanzierungsgarantie, fern von jeder Rechtsgrundlage, einem niemals erteilten Selbstbereicherungs- und Volkserziehungsauftrag nachgeht. Abhilfe kann unter diesen Umständen nur durch eine radikale und umfassende Reform erfolgen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird den öffentlich-rechtlichen Rundfunk daher grundlegend reformieren, indem sie den Rundfunkstaatsvertrag novelliert: Nur wer das Programm tatsächlich schaut, soll zukünftig auch den Rundfunkbeitrag zahlen müssen. Wir streben zudem eine gründliche Aufarbeitung der Skandale und Vorkommnisse rund um die mafiösen Strukturen im rbb an und wollen die Gehälter im öffentlich-rechtlichen Rundfunk an den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes ausrichten, um damit die bislang üblichen Megagehälter in Zukunft zu verhindern. Weiterhin werden wir den Parteienfilz im Rundfunk beenden, indem zukünftig eine Mitgliedschaft in Aufsichtsgremien des rbb, wie dem Rundfunk- oder Verwaltungsrat, unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in einer politischen Partei ist. Insgesamt wollen wir den Rundfunk deutlich verschlanken, etwa die drei Direktoren streichen, die den Beitragszahler jährlich ca. eine halbe Million Euro kosten, und demokratischer gestalten, indem der Rundfunkrat halbiert und die Vertreter direkt vom Volk gewählt werden. Wir streben zudem eine größere Transparenz mittels einer grundsätzlichen Öffentlichkeit aller Sitzungen der Aufsichtsgremien und ihrer Unterausschüsse sowie höhere Hürden für den Ausschluss der Öffentlichkeit an und wollen echte Programmbeschwerden ermöglichen, die öffentlich behandelt werden müssen.

Die Briefwahl muss abgeschafft werden

Die Briefwahlquoten steigen seit Jahren immer weiter. Dies ist verfassungsrechtlich jedoch hoch bedenklich. Nicht nur ist die Briefwahl durch das wochenlange Lagern der abgegebenen Stimmen in den Ämtern viel anfälliger für etwaige Manipulationen, sondern sie beeinträchtigt auch massiv die Gleichheit der Wahl, da die Bürger nicht mehr am selben Tag wählen und so neue Sachlagen nicht mehr berücksichtigt werden können. Auch betreutes Ankreuzen, beispielsweise in Seniorenheimen, wird durch die Briefwahl erleichtert. Deshalb hatte das Bundesverfassungs-

gericht in der Vergangenheit auch geurteilt, dass die Briefwahl ein Ausnahmefall sein muss. Wir lehnen die grundlose Briefwahl strikt ab. Wählern, die am Wahltag daran gehindert sind, das Wahllokal aufzusuchen, wollen wir mithilfe mobiler Wahllokale die Stimmabgabe ermöglichen.

Die Anzahl der Landtagsabgeordneten verringern

Im bundesdeutschen Durchschnitt kommen auf jeden Landtagsabgeordneten 42.000 Einwohner. Im Land Brandenburg sind es jedoch 28.400 Einwohner. Mit einer Reduzierung von derzeit 88 auf 60 Sitze sowie der Anzahl der Wahlkreise von 44 auf 30 ist die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes weiterhin gewährleistet.

BRANDENBURGS ROLLE IN EUROPA UND DER WELT

3|

Europa und EU, Außen- und Sicherheitspolitik

Die Europäische Union (EU) und ihre Vertreter ziehen immer mehr Macht an sich. Mittlerweile kommen mindestens 80 Prozent unserer Gesetze aus Brüssel und Straßburg. Hinzu kommt, dass Deutschland – und damit auch Brandenburg – der mit weitem Abstand größte Nettozahler der EU ist. In der Gesamtschau führte die Verschiebung nationalstaatlicher Kompetenzen zur EU dazu, dass Brandenburger Bürger und Unternehmen unter den bürokratischen Initiativen des EU-Parlamentes zu leiden haben. Die Kompetenzen der EU werden auf immer mehr Bereiche ausgeweitet, die eigentlich den Kern nationalstaatlichen Handelns ausmachen, während gleichzeitig ordinäre Aufgaben der EU, wie der Außengrenzschutz, vernachlässigt werden. Im Europa-Ausschuss des Landtages werden Richtlinien der EU von den Altparteien zumeist kritiklos abgenickt. Eine verantwortungsvolle Landespolitik bedeutet, für Brandenburg und seine Bürger schädliche EU-Vorgaben frühzeitig zu reflektieren, Widerstand zu organisieren und sich auf allen politisch-gesellschaftlichen Ebenen für die Interessen der Brandenburger einzusetzen. Nur die AfD ist dazu bereit, die Regelungswut der EU zu begrenzen.

Außenpolitik für deutsche und brandenburgische Interessen

Deutsche Außenpolitik muss deutsche und brandenburgische Interessen vertreten. Die Eskalati-on des seit 2014 andauernden militärischen Konflikts in der Ukraine und der darauf reagieren-den sogenannten wertegeleiteten Außenpolitik hat die Wahrung deutscher und brandenburgischer Interessen vor enorme Herausforderungen gestellt. Brandenburg ist aufgrund seiner geografischen Lage und der historischen und wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands und Russlands in besonderer Weise von den gegen Russland verhängten Sanktionen sowie dem Migrationsdruck durch Kriegsflüchtlinge betroffen. Die günstige und zuverlässige Energieversorgung aus Russland war über Jahrzehnte die Lebensader der heimischen Industrie und Mobilität. Es liegt im unmittelbaren Interesse Brandenburgs, wieder ungestört Handel mit Russland betreiben zu können. Es ist daher alles zu unterlassen, was den Konflikt weiter befeuert. Insbesondere muss verhindert werden, dass Deutschland durch die Lieferung deutscher Waffen ins Kriegsgebiet selbst zur Kriegspartei wird. Es muss daher umgehend auf eine diplomatische Lösung des Konflikts hingewirkt werden.

Entwicklungshilfe im eigenen Interesse

Die Gewährung von Entwicklungshilfe ist grundsätzlich an deutschen und brandenburgischen Interessen auszurichten. Die Bekämpfung der illegalen Einwanderung liegt im Interesse der Brandenburger Bürger. Daher muss die Gewährung von Entwicklungshilfe von der Bereitschaft der Empfängerstaaten zur Rücknahme ausreisepflichtiger Migranten abhängig gemacht werden. Die deutsche Wirtschaft muss zudem grundsätzlich von gezahlten Entwicklungshilfegeldern profitieren. Staaten, die selbst Entwicklungshilfe gewähren oder Migrationsströme als Druckmittel oder Waffe zum Nachteil Deutschlands und Brandenburgs einsetzen sowie Atommächten wollen wir keine Entwicklungshilfe mehr gewähren.

Das Verhältnis zu unseren ostmitteleuropäischen Nachbarn verbessern

Wir wollen Länder wie Ungarn oder Polen nicht bevormunden, wie viele Migranten sie aufzunehmen haben. Das Ansehen Deutschlands hat in Ostmitteleuropa durch die übergriffige Politik der Bundesregierung Schaden genommen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird daher auf die Bundesregierung und die EU einwirken, damit sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene endlich ein wirksamer Grenzschutz erreicht wird.

EU-Klimarichtlinien sind im Interesse der Bürger abzuschaffen

Durch die Klimapolitik der EU haben sich die Kosten in zahlreichen Lebensbereichen stark erhöht. Die deutsche Politik benachteiligt den Bürger zusätzlich bei der Umsetzung der ohnehin schon übergriffigen Richtlinien. So sollen beispielsweise Häuser in Deutschland zwingend saniert werden müssen, aber ein vergleichbares Haus in anderen EU-Staaten nicht. Ähnliches war bereits bei den Stickstoffgrenzwerten, diesbezüglichen Messstationen und daraus folgenden Diesel-Verboten in den Innenstädten zu beobachten. Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass Derartiges zukünftig unterbleibt. Das Klima lässt sich nicht schützen – das Portemonnaie der Bürger hingegen schon!

Remigrationspakt statt Migrationspakt

Der auch von Deutschland unterzeichnete Migrationspakt der Vereinten Nationen bedeutet eine massive rechtliche Aufrüstung illegaler Migranten, während den Aufnahmegesellschaften immer mehr Pflichten auferlegt werden. Dies ist angesichts der Massenmigration, die die Bürger Brandenburgs massiv belastet, auf keinen Fall zu akzeptieren. Ganz im Gegenteil muss auf europäischer Ebene ein Pakt für Remigration geschlossen werden, der die Rückführung aller illegalen Migranten ermöglicht. Hierzu gehört nicht nur die Beseitigung von Abschiebehindernissen, das Schließen von Rückführungsabkommen mit Drittstaaten und das Errichten von Asylzentren außerhalb Europas, sondern auch das Schaffen von Perspektiven in den Heimatländern der Migranten, um die freiwillige Rückkehr von Ausländern in ihre Heimat zu erleichtern.

DIE TRADITIONELLE FAMILIE ALS GRUNDPFEILER UNSERER GESELLSCHAFT

Europa und EU, Außen- und Sicherheitspolitik

Eines der größten Risiken für unseren Wohlstand ist die derzeitige Bevölkerungsentwicklung. Sinkende Kinderzahlen, die Abwanderung jüngerer Personen und eine stark zunehmende Seniorenzahl lassen das Durchschnittsalter der Brandenburger deutlich ansteigen. Folglich sinkt die Zahl der Erwerbstätigen, die als Steuerzahler die Stütze unserer Gesellschaft bilden. Dies hat weitreichende Konsequenzen für alle Lebensbereiche. Die Lösung der Altparteien ist die Masseneinwanderung in unsere Sozialsysteme und damit die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist die Schaffung einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern hat als Grundpfeiler unserer Gesellschaft seit jeher die größte Bedeutung für unser Miteinander. Sie ist auf die Weitergabe von Leben ausgerichtet und genießt zu Recht den besonderen Schutz des Staates. Im Grundgesetz wird der Schutz der Familie daher besonders betont. In der Realität sehen wir jedoch durch besorgniserregende gesellschaftliche Entwicklungen, die durch eine verantwortungslose Politik flankiert werden, eine Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und somit das Verschwinden der klassischen Familien. Die Wertschätzung für die traditionelle Familie und der Einsatz für den Schutz des ungeborenen Lebens ist bei den Altparteien nicht zu erkennen – uns jedoch sehr wichtig! Wir setzen uns daher für eine Stärkung der traditionellen Familie ein.

Der demografischen Katastrophe entgegenwirken

Die AfD ist entschlossen, dem familienfeindlichen Zeitgeist eine positive, familienfreundliche Sozialpolitik entgegenzustellen. Der Schlüssel zu glücklicheren und stabileren Familien liegt in kinderfreundlichen familienpolitischen Maßnahmen und in einer größeren Wertschätzung der Familienarbeit. Trotz der weit verbreiteten Bereitschaft, Kinder zu bekommen, können einer Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zufolge über 70 Prozent der unter 25-jährigen jungen Erwachsenen ihren Kinderwunsch aufgrund der politischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verwirklichen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer geburtenfördernden Familienpolitik. Eine Fortsetzung der herrschenden, familienzerstörenden Politik wird die demografische Katastrophe, in die wir geraten sind, weiter verschlimmern. Am Ende dieses Prozesses steht auch der Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme und letztlich unserer kulturellen Identität. Das können wir nicht wollen!

Willkommenskultur für Kinder – ungeborenes Leben schützen!

Im Jahr 2022 wurden allein in Brandenburg 3.113 Abtreibungen durchgeführt. Zum Vergleich: 2022 gab es insgesamt 19.029 Lebendgeburten. Es wurden demnach etwa 15 Prozent der Schwangerschaften vorzeitig beendet. In ganz Deutschland kommt es täglich zu etwa 300 Abtreibungen. Das ist die traurige Normalität. Auch ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Viel zu oft wird dieses Recht jedoch Zukunftsängsten untergeordnet. Solchen Ängsten wollen wir durch konkrete Hilfen für Familien in allen Lebenslagen vorbeugen, insbesondere den lebensrettenden Ausweg der Adoption erleichtern und fördern. Ungewollt schwangere Frauen bedürfen grundsätzlich in besonderem Maße der Hilfe und Fürsorge des Staates und der Gesellschaft, um bestenfalls doch Ja zum Kind sagen zu können. Wir wollen daher die Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt weiter ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen. Die Gesellschaft muss zudem in der Schule und in den Medien den Respekt vor dem Leben und ein positives Bild von Ehe und Elternschaft vermitteln. Wir erteilen allen Be-

strebungen, Abtreibungen – womöglich bis kurz vor der Geburt – zu einem Menschenrecht zu erklären, eine Absage. Verstöße gegen die Meldepflicht einer Abtreibung wollen wir zukünftig konsequent ahnden, so dass die Abtreibungsstatistik die wirkliche Zahl der Abtreibungen wiedergibt. Wir wenden uns zudem strikt gegen die Kommerzialisierung des Mutterleibes durch bezahlte Leihmutterschaften sowie gegen die Vermarktung des Gewebes getöteter ungeborener Kinder. Schwangerschaftsberatungen müssen mit transparenten Qualitätsstandards und möglichst unter Einbeziehung der Väter durchgeführt werden. Abtreibungen, speziell aus sozialen und familiären Gründen, müssen dabei die Ausnahme bleiben. Bei der Beratung muss explizit über den Entwicklungsstand der ungeborenen Kinder und mögliche Spätfolgen einer Abtreibung aufgeklärt werden.

Kinder sind das höchste Gut eines Volkes

Mittels gezielter finanzieller Unterstützungsleistungen möchten wir junge Menschen im Land Brandenburg dazu ermutigen, Familien zu gründen. Für uns sind Kinder eine Bereicherung und keine bloße Anschaffung! Wir wollen daher unter anderem den Wiedereinstieg von Eltern in das Berufsleben nach der Babypause vereinfachen, indem nach Kinderzahl gestaffelte Lohnsubventionen an die Arbeitgeber gezahlt werden. Kinder sind das höchste Gut eines Volkes; sie bedeuten Zukunft, Lebenssinn und Lebensfreude. Wir treten daher jeder Form von Kinderfeindlichkeit entgegen.

Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien

Wir treten für eine familienfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik ein, die es unseren Familien ermöglicht, auf Wunsch, und ohne gravierende Einbußen beim Lebensstandard, auch mit nur einem Erwerbseinkommen zu leben. Familien, in denen Kinder erzogen werden, leisten schließ-lich einen ebenso wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme wie aktive Beitragszahler. Insbesondere Familien der mittleren Einkommensschicht werden in Deutschland steuerlich stärker belastet als in fast allen anderen europäischen Ländern. Die Geburtenrate ist bei diesen Familien erschreckend gering. Daher wollen wir durch einen umfassenden Leistungsausgleich eine Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien herstellen. Wir wollen mit dem steuerlichen Familiensplitting und einer Anhebung des Kinderfreibetrages einen Paradigmenwechsel einleiten. Als weitere steuerliche Maßnahmen fordern wir die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben und eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs auf den reduzierten Satz. Wir treten dafür ein, dass die mit dem Aufziehen von Kindern verbundenen Kosten vom Bruttoeinkommen der Familie abgezogen und die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei gleichbleibenden Leistungsansprüchen nur auf das entsprechend verminderte Einkommen gezahlt werden müssen. Dies erleichtert allen Sozialversicherungspflichtigen die Familiengründung und gibt den Arbeitgebern einen Anreiz, Arbeitnehmer mit Kindern einzustellen. Ergänzend sollen Eltern zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 Euro erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird.

Einführung eines Familiengeldes sowie eines Familiendarlehens

Wir wollen Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen finanziell entlasten und Mut zu Kindern machen. Daher werden wir schrittweise ein Familiengeld in angemessener Höhe einführen, um so Eltern die Möglichkeit zu geben, frei von finanziellen Zwängen zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause zu entscheiden. Zudem wird es mit uns weitere konkrete Fördermaßnahmen, wie die Einführung zinsfreier Familiendarlehen in Höhe von 25.000 Euro mit Teilerlass

für jedes Kind sowie einem Kompletterlass ab dem dritten Kind geben. In der DDR wurde diese Form der Familienförderung sehr erfolgreich betrieben. Die mit der Tilgung des Familiendarlehens verbundenen Risiken wollen wir mittels familienfreundlicher Rückzahlungsmodalitäten senken.

Die Rente reformieren, das Rentenunrecht Ost vollständig bereinigen

Zukünftig sollten sowohl die eigene Kinderzahl als auch deren Beiträge eine größere Rolle bei der Berechnung der Rente spielen, da hiervon das gesamte System profitiert. Dies kann beispielsweise über zusätzliche Rentenpunkte für Erziehungszeiten geschehen. „Die Rente ist sicher", lautet eine der berühmtesten Täuschungen der Politik. Heute ist klar, dass die Rente hochgradig gefährdet ist, vor allem für die jüngeren Generationen. Dies liegt auch in der seit Jahrzehnten viel zu geringen Kinderzahl begründet, die weit unter dem bestandserhaltenden Niveau liegt. Bei der Überleitung mancher DDR-Renten kam es zudem zu Problemen bei der Anerkennung von Beitragszeiten und dadurch zu geringen Renten für viele Brandenburger. Die bisherigen Beschlüsse zur Bereinigung dieser Ungleichheit sind nicht ausreichend. All dies sollte bei einer großen Rentenreform berücksichtigt werden. Hierfür sollte sich das Land Brandenburg auf allen politischen Ebenen einsetzen.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Die Arbeitsbedingungen müssen deshalb grundsätzlich familienfreundlicher werden. Mit Hilfe einer flächendeckenden Modernisierung der Datennetze wollen wir es ermöglichen, dass Arbeit auch von zu Hause aus verrichtet werden kann. Insbesondere lange Wege zur Arbeitsstelle, zum Kindergarten oder zur Schule führen schließlich dazu, dass die kostbare Zeit, die wir mit unserer Familie verbringen können, immer weniger wird. Ergänzend werden wir kreative Mehrgenerationenprojekte fördern. Jahrhundertelang war es selbstverständlich, dass mehrere Generationen einer Familie unter einem Dach leben. Diese Solidarität wollen wir wiederbeleben: Das Zusammenleben von Jung und Alt bietet vielfältige Möglichkeiten, sich gegenseitig zu unterstützen. Daher wollen wir uns beispielsweise für die räumliche Nähe und für Patenschaften zwischen Kitas/Schulen und Seniorenheimen einsetzen. Kinder halten Ältere jung und fit. Zudem möchten sich viele ältere Brandenburger aktiv in die Gesellschaft einbringen und Kinder an ihrem Erfahrungsschatz teilhaben lassen.

Kinder brauchen Mutter und Vater

Wir machen uns für die Familie stark, die im Idealfall aus Vater, Mutter und Kindern besteht. Ideologisch motivierten Versuchen, die traditionelle Familie zu diskreditieren, stellen wir uns entgegen; insbesondere wollen wir den Kult um Regenbogenfamilien beenden. Das Wohl des Kindes steht für uns stets im Mittelpunkt. Kinder haben ein Recht auf beide Elternteile. Sie brauchen Mutter und Vater, die jeweils unterschiedliche Aspekte für die Entwicklung einbringen. Wir lehnen sämtliche Bestrebungen, das sogenannte kleine Sorgerecht auf weitere Personen auszuweiten, ab. Elternschaft ist kein soziales Konstrukt und lässt sich nicht beliebig erweitern. Aufgrund der drohenden Aushöhlung der Elternrechte sprechen wir uns zudem gegen die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz aus. Kinder werden durch die Grund- und Menschenrechte bereits vollumfänglich geschützt.

Alleinerziehende besser unterstützen – Trennungsfolgen abmildern

Wir werden alleinerziehende Eltern besser unterstützen und die Folgen einer Trennung abmildern. Alleinerziehende Eltern stehen vor besonderen Herausforderungen und brauchen daher eine angemessene Unterstützung. Der Vorteil einer besonderen Unterstützung durch die Solidargemeinschaft sollte aber nur denjenigen Alleinerziehenden gewährt werden, die den anderen Elternteil nicht ohne besonderen Grund aus der Teilhabe an der Erziehungsverantwortung und praktischen Erziehungsleistung hinausdrängen. Unsere Kinder brauchen Mutter und Vater. Sie sind folglich die Hauptleidtragenden, wenn sich die Eltern trennen. Die daraus resultierenden Schäden müssen reduziert werden, indem die Problematik aus der Sicht der Kinder betrachtet wird. Dazu gehören auch die umfassende Unterstützung und Beratung getrenntleben-der Eltern. Bei vielen getrenntlebenden Paaren leiden zudem die Väter unter den familienrechtlichen Bestimmungen, wünschen sich beispielsweise mehr Umgang mit ihren Kindern. Ohne das Schuldprinzip wieder einzuführen, müssen schwerwiegende Verstöße gegen die eheliche Solidarität bei den Scheidungsfolgen berücksichtigt werden. Wir fordern zudem auch bei nichtehelichen Kindern ein automatisches gemeinsames Sorgerecht ab der Geburt.

Die Lebensleistung von Frauen würdigen

Wir fordern die Würdigung traditioneller Lebensentwürfe und die Wertschätzung der Lebensleistung von Frauen, die Familien gründen und Kinder großziehen, indem diese in Bezug auf die Berechnung der Rentenhöhe angerechnet wird. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist ein hohes Gut und im Grundgesetz verankert. Die biologische Geschlechterbindung des Menschen betrachten wir nicht als Last, sondern als Geschenk.

Nein zur Frauenquote

Wir lehnen Quotenregelungen ab. Frauen sollen genauso wie Männer entscheiden dürfen, welchen Lebensweg sie einschlagen, ohne mit gesellschaftlicher Ächtung rechnen zu müssen, wie es durch den linken Zeitgeist aktuell geschieht. Frauenquoten sind nicht fortschrittlich – sie deklassieren die Leistungen von Frauen. Sie stellen zudem eine Form der Diskriminierung dar.

Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung

Wir setzen uns für eine Erhöhung des Familiengeldes sowie für eine angemessene steuerliche Entlastung aller berufstätigen Eltern ein. Wir wollen außerdem für die ersten drei Jahre ein Betreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern einführen, welches sich als Lohnersatzleistung am bisherigen durchschnittlichen Nettolohn der letzten drei Jahre vor Geburt des ersten Kindes orientiert, gedeckelt auf die Höhe des allgemeinen durchschnittlichen Nettogehalts. Das Kindergeld soll beibehalten, Missbrauchsmöglichkeiten müssen aber unterbunden werden. So ist zum Beispiel für im Ausland lebende Kinder nur der dort übliche Betrag zu zahlen. Es soll mithilfe dieser Maßnahmen wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, so dass die Eltern frei von wirtschaftlichen Zwängen zwischen Eigenbetreuung und Fremdbetreuung durch Kindertagesstätten oder Tagesmütter wählen können. Die elterliche Betreuung von Kleinkindern zu Hause verdient daher eine gleichwertige finanzielle Unterstützung wie die Fremdbetreuung. Umfragen belegen immer wieder, dass sich viele junge Eltern in Deutschland statt Mehrfachbelastung und Rollenkonflikten mehr Zeit für ihre Kinder wünschen. Kinder unter drei Jahren fühlen sich zudem am wohlsten, wenn sie durch die eigenen Eltern betreut werden. Gerade die ersten drei Jahre im Leben eines Menschen sind entscheidend für seine charakterliche Entwicklung.

Die Erzieherausbildung attraktiver gestalten

Wir werden die Erzieherausbildung attraktiver gestalten und die Betreuungsqualität sicherstellen, indem wir die Kitarechtsreform wiederaufnehmen und erfolgreich abschließen. Der Erziehermangel ist zu bekämpfen und ein echter Bildungs- und Betreuungsschlüssel einzuführen, der die Erzieherfehltage berücksichtigt und dadurch die tatsächliche Erzieher-Kind-Relation widerspiegelt. Einer weiteren Absenkung der Anforderungen in der Erzieherausbildung stellen wir uns grundsätzlich entgegen. Stattdessen wollen wir ein Modellprojekt initiieren, das unter konkreten Voraussetzungen eine zeitlich verkürzte vollzeitschulische oder tätigkeitsbegleitende Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher vorsieht. Die Leitungsfreistellung ist flächendeckend auf 20 Wochenstunden zu verbessern. Wir werden die Träger von Kindergärten bei der Erzieherausbildung finanziell stärker unterstützen.

Kindergärten

Wir werden für moderne und funktionsfähige Kitas und Schulen sorgen, indem wir ein Landesinvestitionsprogramm Bildung in Höhe von mindestens 750 Mio. EUR zur Stärkung und Unterstützung der Kommunen zum Neubau bzw. zur Sanierung von Kindergärten und Schulen auflegen werden. Unsere Kindergärtner und Erzieher leisten einen wichtigen Beitrag zur guten Entwicklung unserer Kinder. Zur Wertschätzung gehört neben einer leistungsgerechten Bezahlung auch die Möglichkeit, in Vollzeit zu arbeiten. Im Mittelpunkt der Kindergartenbetreuung stehen altersgerechtes Spielen und kindgerechtes Lernen. Lern- und Lehrbuchinhalte haben eine Leitbildfunktion und sollen sich daher an der Lebenswelt der gesellschaftlichen Mehrheit orientieren. Minderheitenkult und Frühsexualisierung haben in Kindergärten nichts zu suchen! Im ländlichen Raum wollen wir kleine private Kindergärten aber auch Tagesmütter finanziell fördern, um eine wohnortnahe Kinderbetreuung zu gewährleisten. Ein wichtiger Bestandteil einer guten Kinderbetreuung ist ein gesundes Verpflegungsangebot. Für die Speisenversorgung sind regionale Anbieter zu bevorzugen. Angeboten werden soll eine regionale, gesunde und heimatverbundene Küche. Es darf grundsätzlich keine Benachteiligung der Betreuung in der Familie gegenüber einer Tageseinrichtung oder einer Betreuung durch eine Tagesmutter geben. In Krippen und Kindergärten muss eine hohe Qualität, insbesondere durch einen angemessenen Betreuungsschlüssel gewährleistet werden.

Beitragsfreiheit auch für Krippenkinder

Um Eltern finanziell zu entlasten, fordern wir, dass Kinder eine staatliche Kinderkrippe inklusive der Tagesverpflegung kostenfrei besuchen können. Besonders Eltern mit minderjährigen Kindern sind finanziell erheblich belastet. Weiterhin setzen wir uns für flexible Öffnungszeiten und innovative Betreuungsmodelle für die Zeit nach dem Hort ein, um dem Bedürfnis unserer Eltern nach flexiblen Betreuungszeiten Rechnung zu tragen. Unterstützend wollen wir kleine private Kindergärten und Tagesmütter insbesondere im ländlichen Raum fördern. Damit reagieren wir darauf, dass berufstätige Eltern nicht selten vor dem Problem stehen, dass sie ihren Arbeitsplatz pünktlich um 16 Uhr verlassen müssen, um ihren Nachwuchs aus der Kita abholen zu können.

Hebammen unterstützen

Jede Frau hat das Recht, bei der Entbindung, der Vor- und der Nachsorge von einer Hebamme betreut zu werden. Leider droht gerade in ländlichen Regionen ein Mangel an freiberuflichen Hebammen. Für viele dieser Hebammen sind die hohen Haftpflichtprämien ihrer Versicherungen existenzbedrohend. Um entsprechende Risiken abzufedern, ist ein ausreichend bemessener Unterstützungsfonds aus Landesmitteln einzurichten, mit dem ein Zuschuss zu den Haftpflichtprämien der Hebammen geleistet werden kann.

5 | WER ORDENTLICH ARBEITET, MUSS DAVON AUCH ORDENTLICH LEBEN KÖNNEN

Arbeit und Soziales

Brandenburgische Arbeitnehmer leisten ebenso gute Arbeit wie die westdeutschen, aber sie werden für die gleiche Leistung deutlich schlechter bezahlt. Über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung liegen die Löhne in Brandenburg mit durchschnittlich 2.493 Euro brutto noch immer fast 24 Prozent unterhalb des westdeutschen Durchschnittseinkommens. Auch die Unterschiede bei Vermögen, Erbschaften und Eigentum sind noch immer enorm. Das ist ein unhaltbarer Zustand, an dem die Altparteien eine erhebliche Mitschuld tragen. Sie haben Investitionen in die Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge unterlassen. Die AfD tritt grundsätzlich für die Bewahrung des sozialen Friedens und den Erhalt unserer Solidargemeinschaft ein. Wir wollen zugleich die Eigeninitiative fördern und stärken, indem wir sowohl Menschen als auch Unternehmen in die Lage versetzen, wirtschaftlich erfolgreich tätig zu sein. Viele Menschen arbeiten bereits heute in Vollzeit und können von ihrem Einkommen dennoch ihren Lebensunterhalt nicht ohne zusätzliche Sozialleistungen bestreiten. Dies dürfen wir nicht länger hinnehmen. Brandenburger, die jeden Tag aufstehen, um sich und ihre Familie zu ernähren, dürfen nicht dafür bestraft werden. Wer ordentlich arbeitet, muss davon auch ordentlich leben können.

Drastische Steuersenkungen

Wir fordern die Abschaffung der Grundsteuer, die Aufhebung der Grunderwerbssteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie sowie die Abschaffung der Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer. Wir verlangen außerdem die Erhöhung des Freibetrags der Einkommenssteuer und des Sparerpauschbetrags, die Einführung von Familiensplitting, die Abschaffung der kalten Progression, des Solidaritätszuschlags und der CO2-Abgabe. Weiterhin setzen wir uns für die Senkung der Strom- und Energiesteuern, die Abschaffung aller Substanzsteuern, die Senkung des kombinierten Unternehmenssteuersatzes (Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer) und die Besteuerung der nur entnommenen Gewinne bei Einzelunternehmern und kleinen und mittelständischen Unternehmen ein. Eine globale Mindeststeuer darf es nicht geben. Die Besteuerung von (digitalen) Megakonzernen hat nach dem Marktlandprinzip zu erfolgen. Der Steuerwettbewerb der Gemeinden und Kommunen ist zu stärken. Die Altparteien transformieren den gerechten Sozialstaat in einen ungerechten Transferstaat, wobei die immense Steuerlast von 40 Prozent der Wirtschaftskraft und fast der Hälfte der Lohneinnahmen den Arbeitswillen ersticken. Die AfD ist die einzige Partei, die alle Steuerzahler und Leistungsträger drastisch und spürbar entlasten will.

Das Wohngeld erhöhen und die Antragstellung vereinfachen

Die Politik versucht seit Jahren mit dem Einsatz von Steuergeldern zugunsten sozial schwacher Bevölkerungskreise regulierend in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Hierzu werden Förderprogramme für den Bau von Wohnraum aufgelegt. Der soziale Wohnungsbau verfehlt aber häufig sein Ziel, sozial schwächeren Menschen preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dies gilt umso mehr, da Sozialwohnungen mittlerweile häufig zur Unterbringung von Asylanten missbraucht werden. Eine wirtschaftlich und sozial vernünftige Alternative zum sozialen Wohnungsbau kann unserer Meinung nach nur das Wohngeld sein, welches bedarfsgerecht ausgestaltet und sozial verträglich ist. Zusätzlich wollen wir die Wohnungsgenossenschaften wiederbeleben.

Die Verschwendungssucht der Sozialindustrie bekämpfen

Wir werden sämtliche Unternehmen der Sozialindustrie regelmäßig und unabhängig überprüfen, damit Verschwendungsfälle verhindert und ineffiziente Strukturen beseitigt werden können. Wir werden zudem sicherstellen, dass nur diejenigen Wohlfahrtsorganisationen, die sich politisch neutral verhalten, Steuergeld erhalten. Jede Finanzierung mit Landesmitteln ist von strikter politischer Neutralität abhängig zu machen. Mit keiner Lobby sind die Altparteien so eng verbunden wie mit der Wohlfahrtsindustrie. Ehemalige und gescheiterte Politiker der Altparteien finden hier regelmäßig eine Weiterbeschäftigung, wenn sie abgewählt wurden. Bundes- und Landesrechnungshöfe weisen immer wieder auf Steuergeldverschwendung im Sozialsektor hin. Gründe hierfür sind mangelnde Transparenz und Versagen der öffentlichen Verwaltung durch fehlende Wirtschaftlichkeitsberechnungen, pauschale Mittelzuweisungen, Nichtwahrnehmung von Handlungs- und Steuerungspflichten, Verstöße gegen das Haushaltsrecht und fehlende Erfolgskontrolle.

Das Landespflegegeldgesetz modernisieren, Benachteiligungen beenden

Brandenburg belegt bei der Höhe des Landesblindengeldes den vorletzten Platz der Bundesländer, obwohl es beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nicht den vorletzten Platz einnimmt. Die Unterschiede sind dramatisch. Wie der Blinden- und Sehbehindertenverband im vergangenen Jahr angab, lag im benachbarten Berlin das Blindengeld bei 673,42 Euro monatlich. Im Land Brandenburg wurde es seit dem Jahr 2018 nicht mehr angehoben und liegt bei nur 345,80 Euro monatlich. Auch im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Flächenländern steht das Land Brandenburg schlecht da. Dies gilt noch mehr mit Blick auf die Inflation seit der letzten Erhöhung im Jahr 2018. Um Abhilfe zu schaffen, ist einerseits eine an die Inflationsrate gekoppelte Dynamisierung des Landesblindengeldes vorzunehmen, was auch den Verwaltungsaufwand wiederholter Gesetzesänderungen zur Anpassung des Betrages vermeiden würde. Vor allem aber sollte sich der Betrag des Landesblindengeldes wenigstens am bundesdeutschen Durchschnitt orientieren; es sollte also zunächst auf mindestens 500 Euro angehoben werden. Die Zahlen zu Beziehern des Blindengeldes zeigen, dass die geforderte Erhöhung für das Land Brandenburg problemlos finanzierbar ist. Die überfällige Gesetzesänderung sollte für weitere Verbesserungen genutzt werden. So bieten mindestens sieben andere Bundesländer ein Sehbehindertengeld an. Diesen Ländern sollte sich das Land Brandenburg anschließen. Dasselbe gilt für ein Taubblindengeld, wie es beispielsweise in Berlin existiert und dessen Höhe die Summe der Einzelbeträge für Blinde und Gehörlose deutlich übersteigt. Bei den Anpassungen sind Benachteiligungen von Anspruchsberechtigten nach dem Landespflegegeldgesetz zu vermeiden. Daher sollen auch die anderen dort genannten Personenkreise eine anteilige Besserstellung in gleichem Maße erfahren.

Mehr Wertschätzung für unsere Senioren

Wir setzen uns für ein würdevolles, selbstbestimmtes und gesellschaftlich sozialintegriertes Leben aller Senioren ein. Studien belegen, dass Menschen, die bis ins hohe Alter geistig fit bleiben, sich aktiv im täglichen Leben einbringen und gesellschaftlich engagieren, viel länger unabhängig und selbstbestimmt leben können. Deshalb wollen wir unsere Senioren im Rentenalter mit ihren wertvollen Lebenserfahrungen wieder in den Mittelpunkt stellen. Es gibt bereits Projekte wie die Seniorenakademie, bei dem sich Senioren mit ihrem Wissen aktiv einbringen und auch jüngeren Menschen bei der Bewältigung von Problemen helfen können. Wir setzen uns für den Ausbau und die Vernetzung dieser Projekte ein. Grundvoraussetzung ist eine entsprechende Entlohnung ohne Abzüge. Zudem wollen wir durch Betreuungsvereine, selbstständige Berufsbetreuer und ehrenamtliche Betreuer umsorgte Menschen besser vor fachlichen Mängeln und missbräuchlicher Nutzung der rechtlichen Betreuung schützen.

Pflegeberufe attraktiver machen

Menschen, die durch starke gesundheitliche Einschränkungen auf eine Intensivpflege angewiesen sind, haben das Recht, auf eine solide und fachlich kompetente Betreuung. Diese wollen wir mit einem entsprechend gut geschulten und vergüteten Personal gewährleisten. Im Pflegeberuf gern zu arbeiten, soll durch entsprechende Rahmenbedingungen wieder attraktiv gestaltet und abgesichert werden. Momentan sehen wir hier gravierende Mängel, die es schnell zu beheben gilt. Es ist uns Ehre und Verpflichtung, unseren Senioren ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Es ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die finanzielle Absicherung dafür zu gewährleisten, ohne Familienmitglieder damit zu belasten.

Der Vereinsamung von Menschen entgegenwirken

Das Thema Einsamkeit droht in einer globalisierten Gesellschaft mit weniger Kindern und schwächer werdenden familiären und sozialen Bindungen leider zu einem immer größeren Problem zu werden. Besonders dramatisch kann sich dies bei Senioren auswirken. Diese Menschen, die unsere Gesellschaft aufgebaut haben, verdienen jedoch einen glücklichen Lebensabend. Wir möchten deshalb die Bemühungen zur Bekämpfung von Einsamkeit verstärken. Hierzu gehört beispielsweise eine intensivere Förderung der Nachbarschaftshilfe und entsprechender Anlaufpunkte, wo sich Menschen in ihrer Freizeit mit Gleichgesinnten treffen und Freundschaften pflegen können.

Seniorengerechte Infrastruktur

Insbesondere im ländlichen Gebiet werden wir wieder verstärkt eine seniorenfreundliche Infrastruktur herstellen. Dazu gehören die Absicherung durch ortsnahe Gesundheitseinrichtungen, Verkaufsstellen des täglichen Bedarfs, Post- und Bankfilialen sowie Gewährleistung der Mobilität durch Busse.

Erhöhung des Lohns in Werkstätten für behinderte Menschen

Berichten zufolge liegt der Stundenlohn in Werkstätten für behinderte Menschen teilweise bei nur ca. 1,50 Euro. Dies hat nichts mit Wertschätzung oder der Anerkennung von behinderten Menschen als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft zu tun. Die Erhöhung des dortigen Lohnniveaus ist deshalb ein klares Ziel der AfD.

6| GESUNDHEIT IST UNSER HÖCHSTES GUT

Gesundheit, Pflege und Sport

Zu den wichtigen Aufgaben des Staates gehört die Gesundheitsvorsorge für seine Bevölkerung. Die Landesregierung hat es zu verantworten, dass die medizinische Versorgung in der Fläche in Brandenburg nicht auf dem Niveau ist, das Bürger in anderen Teilen Deutschlands vorfinden. Eines der vielen Probleme ist die ungleiche Verteilung der Arztpraxen zwischen dem Berliner Speckgürtel und ländlichem Raum. Wir wollen es für Ärzte wieder attraktiver machen, sich vermehrt auf dem Land niederzulassen. Auch unsere Kommunen und Landkreise sehen wir hier in der Pflicht, entsprechende Anreize zu schaffen. Gesundheit ist schließlich das höchste Gut des Menschen. Die Gesundheit der Menschen im Land Brandenburg zu schützen, wird daher das

oberste Gebot der Gesundheitspolitik einer AfD-geführten Landesregierung sein. Wir müssen bereits bei der Krankheitsvorbeugung ansetzen, um so die Grundlage für ein langes Leben in Gesundheit und Wohlbefinden zu ermöglichen. Der demografische Wandel einerseits und der medizinisch-technische Fortschritt andererseits erfordern mehr denn je ein effizientes Gesundheitswesen. Der Mensch muss dabei stets im Mittelpunkt des Handelns stehen. Das Gesundheitswesen hat sich am Patienten, seiner unantastbaren Würde und an seinen Grundrechten auszurichten. Wir setzen uns für eine an diesem Leitbild orientierte sinnvollere Verteilung und Nutzung der vorhandenen finanziellen Ressourcen ein.

Entwicklung der brandenburgischen Gesundheitswirtschaft

Wir werden die Gesundheitswirtschaft als wichtigen Motor für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg stärken und zukunftssicher gestalten. Die Gesundheitsbranche bietet zukunftsträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten für über 150.000 Menschen. Zu den Unternehmen bzw. Einrichtungen zählen zum Beispiel Arztpraxen, Apotheken, Zahnarztpraxen, wissenschaftliche Institute, Kliniken und Kureinrichtungen, Heilmittelerbringer wie Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden und Podologen und innovative Unternehmen aus Pharmazie, Medizintechnik sowie Biotechnologie.

Den Ärztemangel auf dem Land beheben

Wir wollen den Ärztemangel auf dem Land beheben und die Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum absichern. Das Land Brandenburg braucht mehr Ärzte, die idealerweise auch im Land ausgebildet werden. Die Beschäftigung junger Mediziner, vor allem aus Mittel- und Südosteuropa, die ihren Heimatländern fehlen, darf kein Dauerzustand werden. Außerdem muss die ambulante fachärztliche Versorgung dringend verbessert werden. Ebenso bedenklich ist die Situation in den Krankenhäusern, in denen ebenfalls Ärzte und Pflegekräfte fehlen. Wir wollen zudem das Berufsbild des Heilpraktikers schützen und weiterentwickeln.

Mehr Studienplätze an staatlichen Hochschulen schaffen

Die Gesellschaft wird älter, gleichzeitig stehen viele Ärzte, Zahnärzte und Apotheker vor dem Ruhestand. Hinzu kommt der Trend zu mehr Teilzeitarbeit, da immer mehr Absolventen andere Prioritäten als früher setzen und Beruf und Familie besser vereinbaren wollen. Das macht es erforderlich, dass zügig und in genügend großer Zahl Studienplätze an der geplanten Universitätsmedizin Cottbus entstehen. Vor dem Hintergrund des Ärztemangels, der sich in den nächsten Jahren erheblich verschärfen wird, wollen wir die Medizinische Hochschule Brandenburg verlässlich mit einer institutionellen Förderung unterstützen. Wir wollen zudem, dass die Zahl der Stipendienplätze für das Landärzteförderprogramm sofort erhöht wird, und zwar angepasst an den tatsächlichen Bedarf. Anstatt das Programm zu schwächen, wie es die Landesregierung mit der Verringerung von Stipendienplätzen getan hat, müssen die Bedingungen flexibler und praktikabler gestaltet werden. Ergänzend fordern wir höhere Zuschüsse für Niederlassungen im ländlichen Raum aus dem Landeshaushalt.

Den Medizinbürokratismus stoppen

Wir werden die Bürokratie in den Brandenburger Arztpraxen und Krankenhäusern abbauen, so dass mehr ärztliche Arbeitszeit für die Patientenversorgung aufgewendet werden kann. Im Zuge der Digitalisierung muss zukünftig jede neue Anwendung zunächst dahingehend getestet werden, ob sie den Verwaltungsaufwand reduziert. Sie darf nur eingeführt werden, wenn dies sichergestellt ist.

Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und wohnortnahe Geburtshilfe

Mit dem Aufbau neuer Krankenhausabteilungen werden wir für jede Schwangere die Erreichbarkeit einer geburtshilflichen Abteilung innerhalb von 40 Minuten und einer Eins-zu-Eins-Betreuung, das bedeutet die Betreuung einer Gebärenden durch eine Hebamme, sicherstellen. Beim Einsatz freiberuflich tätiger Hebammen in geburtshilflichen Abteilungen soll zudem zukünftig eine Haftpflichtversicherung durch den Auftraggeber bestehen.

Den Fachkräftemangel in der Pflege beheben

Um in Zukunft über genügend selbst ausgebildete Pflegekräfte verfügen zu können, fordern wir die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Zahl von Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen. Angehende Pflegekräfte sollen eine fundierte, praxisbezogene Ausbildung erhalten. Um dem Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken, streben wir zudem Stipendienvereinbarungen an, mit denen nach Abschluss der Ausbildung eine mehrjährige verpflichtende Tätigkeit im Land Brandenburg verbunden ist. Wir wollen die finanziellen Rahmenbedingungen verbessern und uns unter anderem dafür einsetzen, dass die Gehälter zwischen Ost und West angeglichen wer-den. Im Land Brandenburg sollen Kranke und Pflegebedürftige durch ausreichend viele qualifizierte und motivierte sowie der deutschen Sprache mächtige Pflegekräfte versorgt werden können. Zusätzlich wollen wir die Pflege durch Angehörige durch die Gewährung von Lohnersatzleistungen aufwerten, so dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Betreuung von pflegebedürftigen Familienangehörigen entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege ist das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern. Wir wollen zudem die Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden.

Die Budgetierung für Ärzte und Zahnärzte abschaffen

Die Kranken müssen ihre benötigte Therapie bekommen, wann immer sie erforderlich ist. Der Bedarf eines Patienten kann sich nicht am zeitlich oder finanziell begrenzten Budgets eines Arztes orientieren. Es ist nicht zu vertreten, dass Patienten durch eine dadurch hervorgerufene Behandlungseinschränkung belastet werden. Auch nach Aufhebung der Budgetierung ist es nicht vertretbar, dass Patienten finanziell belastet werden, etwa durch Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Entstehende Mehrkosten sind anderweitig zu finanzieren, zum Beispiel durch vollständige Steuerfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen. Hierzu streben wir eine Bundesratsinitiative an.

Wartezeiten für Arzttermine verkürzen

Im Land Brandenburg gibt es viele Ärzte, bei denen Patienten zum Teil mehrere Monate auf einen Termin warten müssen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die sogenannte Neupatientenregelung für Arztpraxen wieder eingeführt wird, damit neue Patienten schneller einen Termin bekommen. Sie schafft einen wichtigen Anreiz, trotz ohnehin starker Belastung zusätzlich neue Patienten zu behandeln.

Lieferengpässe bei Arzneimitteln begrenzen

Lieferengpässe bei Arzneimitteln müssen endlich wirksam behoben werden: Noch vor einigen

Jahren galt Deutschland als Apotheke der Welt. Heute besteht bei der Arzneimittelversorgung der Bevölkerung eine gefährliche Abhängigkeit vom Nicht-EU-Ausland, insbesondere von China und Indien. Die Lieferengpässe bei wichtigen Arzneimitteln nehmen zu. Ein wichtiger Grund sind der Kostendruck und damit auch die Rabattverträge der Krankenkassen. Diese müssen deshalb modifiziert werden. Auch dazu werden wir eine Initiative über den Bundesrat starten.

Genaue Prüfung ausländischer medizinischer Abschluss- und Arbeitszeugnisse

Wir fordern eine genaue Prüfung ausländischer medizinischer Abschluss- und Arbeitszeugnisse. Die Medizinerausbildung in Deutschland bewegt sich auf höchstem Niveau und stellt hohe Ansprüche an die Studenten und die Facharztausbildung. Gleiches muss für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse gelten, insbesondere von Medizinern, die ihre Abschlüsse außerhalb der EU erworben haben. Es sollten Kontaktdaten angegeben werden, aufgrund derer die deutschen Auslandsvertretungen den Werdegang des Bewerbers überprüfen können. Unser Gesundheitssystem ist komplex. Es weist Besonderheiten auf, wie das Nebeneinander der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung, die Selbstverwaltung, die große Zahl unterschiedlicher Akteure, die auf Bund, Länder und Kommunen verteilten Zuständigkeiten etc. Die Kenntnis dieses Systems ist für die ärztliche Berufsausübung in Deutschland unabdingbar. Ärzte, die – nachdem sie ein Auslandsstudium absolviert haben – zur Berufsausübung nach Brandenburg kommen, sollen hier nicht als Ärzte zweiter Klasse tätig werden. Um aber als vollwertige Ärzte den Patienten hier genauso gut wie ihre hier ausgebildeten Kollegen helfen zu können, dürfen sie auch bezüglich des komplexen deutschen Gesundheitssystems keine Bildungslücken aufweisen. Das gilt vom Beginn ihrer Tätigkeit an, schließlich hält der Gesetzgeber diese Kenntnisse auch für Studienabsolventen in Deutschland bereits am Beginn der Berufstätigkeit für erforderlich.

Einrichtung neuer Abteilungen für Kurzzeitpflege in Krankenhäusern

Im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung führt das Fehlen von Kurzzeitpflegeplätzen oftmals dazu, dass Patienten in Krankenhäusern über das für die Akutbehandlung notwendige Maß hinaus verbleiben. Ungefähr zwei Prozent der Akutkrankenhauspatienten benötigen eine Frührehabilitation. Wegen fehlender entsprechender Fachabteilungen in den Krankenhäusern ist diese Behandlung heute nicht flächendeckend sichergestellt. Es existiert nicht überall eine nahtlose Rehabilitationskette. Die flächendeckende Einrichtung von Fachabteilungen für fachübergreifende Frührehabilitation kann dieses Problem lösen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, neue Abteilungen für Kurzzeitpflege in Krankenhäusern einzurichten. Das hilft den betroffenen Krankenhauspatienten und anderen Pflegebedürftigen. Es kann darüber hinaus auch einen Beitrag leisten, Krankenhäuser in der Fläche sinnvoll zu erhalten und damit auch helfen, die Einrichtungen für die Akutbehandlung ganz allgemein zu verankern. Gleiches gilt für die von uns ebenso beabsichtigte flächendeckende Einrichtung von Abteilungen für fachübergreifende Frührehabilitation. Das hilft, sehr frühe Entlassungen aus dem Akutkrankenhaus (sogenannte blutige Entlassung) und auch sehr frühe Verlegungen in Reha-Kliniken (sogenannte blutige Verlegung) zu vermeiden. So lassen sich nahtlose Rehabilitationsketten herstellen und gleichzeitig Krankenhausstandorte erhalten und stärken.

Rettungsdienste stärken und für Kernaufgaben entlasten

Wir werden das Brandenburgische Rettungsdienstgesetz weiterentwickeln: Hilfsorganisationen und Privatunternehmen sollen sich einbringen, das Angebot erhöhen und gleichzeitig durch

Wettbewerb für Kostenbegrenzung beitragen. Der Notruf bei der Rettungsleitstelle unter der bekannten Rufnummer 112 erfolgt oft auch, weil die Aufgaben der verschiedenen alternativ zur Verfügung stehende Hilfsdienste in der Bevölkerung nicht bekannt sind. Hier kann eine Informationskampagne helfen, um beispielsweise die Nummer des Kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes 116 117 noch bekannter zu machen. Bei den Brandenburger Rettungsdiensten fallen im Vergleich zu anderen Bundesländern hohe Gebühren für die Einsätze an. Das belastet Krankenkassen und Patienten. Dem steht aber keineswegs eine adäquate Qualität gegenüber. Seit einem Jahrzehnt verschlechtern sich die Hilfsfristen in Brandenburg kontinuierlich. Im Landkreis Spree-Neiße kommt fast jeder fünfte Rettungswagen später als 15 Minuten. Hier braucht es ein ganzheitliches Konzept, um die Rettungszeiten zu verbessern, wie beispielsweise Investitionen in die Infrastruktur für bessere Straßen oder einen Ausbau der Luftrettung. Auch das System der Erstretter, die häufig sehr viel schneller vor Ort sind als der Rettungswagen, muss erweitert und gestärkt werden.

Klinikstandorte erhalten, Klinikschließungen verhindern

Unsere Krankenhäuser sind vor allem durch politische Fehlentscheidungen in Not geraten: Die Fallzahlen sind seit der Coronazeit erheblich eingebrochen und haben sich bis heute nicht erholt. Die Kliniken ächzen unter den gestiegenen Energiekosten und der allgemeinen Preissteigerung, die sich nicht bei der Vergütung wiederfinden. Wir wollen eine moderne Krankenhausplanung, damit die Bürger optimal versorgt und Arbeitsplätze gesichert sind. Auf Bundesebene müssen die Krankenhäuser schnell besser vergütet, auf Landesebene die Investitionen in Kliniken dauerhaft erhöht werden.

Die vorbeugende Gesundheitserziehung fördern

Wir wollen eine vorbeugende Gesundheitserziehung fördern und Informationsangebote ausbauen. Durch entsprechende Präventionsprogramme, Förderung des Breitensports und Angebote in Kindergärten und Schulen wollen wir erreichen, dass junge Menschen von vornherein für die Risiken einer ungesunden Lebensführung sensibilisiert und zu einer gesundheitsbewussten Lebensführung angeregt werden. Dabei wollen wir vernünftige Prioritäten setzen. Alkohol, Zigaretten und Drogen sind im Kindes- und Jugendalter ein größeres Problem als das Schweineschnitzel zum Mittag. Zur Information gehört auch die Warnung von Risikogruppen vor veganer Ernährung. Insbesondere bei Schwangeren, stillenden Müttern sowie Kindern und Jugendlichen droht bei veganer Ernährung ein Mangel an wichtigen Nährstoffen mit gravierenden Folgen wie verzögertem Wachstum, Gehirnschäden und Blutarmut.

Digitalisierung und Telemedizin

Wir erkennen den Nutzen der Telemedizin und der Digitalisierung der medizinischen Versorgung an. Im Einsatz von Telemedizin sehen wir große Chancen gerade für die Ergänzung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Dafür müssen die dazu notwendige Breitbandinfrastruktur und das schnelle Internet vor allem in ländlichen Gebieten ausgebaut werden, so dass telemedizinische Angebote als Ergänzung zum Praxisbesuch bereitgestellt werden können.

Die richtigen Lehren aus der sog. Corona-Pandemie ziehen

Mit der AfD wird es im Falle von Bedrohungslagen durch Infektionen keine panikartigen Maßnahmen, wie wir sie bei Corona erleben mussten, geben, sondern evidenzbasierte, nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip abgewogene Antworten. Unverhältnismäßige Maßnahmen und Einschränkungen von Grundrechten durch Verwaltungsermächtigungen unter Umgehung der

Parlamente sind für uns nicht akzeptabel. Wir werden die wissenschaftliche und juristische Aufarbeitung der Coronapolitik im Land Brandenburg weiter vorantreiben.

Nein zur Impfpflicht

Mit uns wird es keine Impfpflicht geben. Impfen muss freiwillig bleiben. Wir verteidigen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und die Verantwortung jedes Einzelnen für seinen Körper. Die AfD wird sich allen Bestrebungen, internationalen Institutionen - wie insbesondere der Weltgesundheitsorganisation (WHO) - Machtbefugnisse über die Gesundheitspolitik im Land Brandenburg zu geben, konsequent widersetzen.

Den Breiten- und Spitzensport fördern

Wir fordern eine größere politische und mediale Anerkennung für sportliches Engagement sowie sportliche Erfolge. Wir wollen unsere Sportinfrastruktur erhalten und weiter ausbauen, da sie von herausragender Bedeutung für unseren Schul-, Breiten- und Spitzensport ist. Weiterhin wollen wir eine umfassende und gezielte Förderung von Sportlern und Sportvereinen verwirklichen. Laut Angaben des Landessportbund Brandenburg e.V. als Dachverband der Sportvereine und -verbände des Landes Brandenburg treiben gegenwärtig 361.829 Brandenburger in über 2.992 Vereinen gemeinsam Sport. Sport macht Spaß, ist identitätsstiftend, fördert den zwischenmenschlichen Zusammenhalt und hat einen positiven Einfluss sowohl auf die körperliche Gesundheit des Einzelnen als auch auf die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden des Volkes als Ganzes.

FREIE WIRTSCHAFT IN EINEM SICHEREN LAND

7

Wirtschaft und Mittelstand

Unsere Heimat Brandenburg wird durch die Politik der Altparteien wirtschaftlich zurückgeworfen. Die Folgen der Energiewende und der Massenmigration stellen eine Bedrohung für den Mittelstand dar und werden ein lebenswertes Bundesland zerstören. Sinkende Einkommen, hohe Ausgaben für ideologische Projekte, mangelnde Finanzkraft auf allen anderen Ebenen bei stetig steigenden Kosten für die gezielte Masseneinwanderung, Autofeindlichkeit und schlechter öffentlicher Personennahverkehr sind nur einige Kennzeichen des Niedergangs. Der Abstieg Deutschlands wird nicht an Brandenburg vorbeigehen, wenn wir nicht hier bei uns durch eine AfD-geführte Landesregierung die Wende schaffen: für uns, unsere Familien und unsere Nation! Wir wollen als landesweit erfolgreiche Bürgerpartei unser Land in enger Kooperation und im wirtschaftlichen Austausch mit unseren Nachbarländern voranbringen. Das Land Brandenburg muss als Gewerbe-, Industrie-, Tourismus-, und Kulturstandort weiterentwickelt werden. Wohlstand hat sein Fundament in Mittelstand und Handwerk, 95 Prozent der Unternehmen in Brandenburg sind klein- und mittelständisch strukturiert. Die Deindustrialisierung muss schnellstens umgekehrt werden, Kleingewerbe und Handwerk brauchen einen neuen Stellenwert und ihre Steuern dürfen nicht länger zur Finanzierung obskurer Projekte missbraucht werden!

Reindustrialisierung angehen

Die Reindustrialisierung des Landes hat als Querschnittskonzept Priorität. Der Einbruch der Industrieproduktion nach der Wende ist bei uns durch andere Bereiche kompensiert, aber nie rückgängig gemacht worden. Die ökosozialistische Umsteuerung, die zu einer zweiten Deindustrialisierungswelle führt, muss beendet werden. Die heimische Wirtschaft ist mithilfe einer umfassenden Landesinitiative zur Steigerung der Attraktivität von Handwerks- und Industrie-

berufen zu stärken. Hierfür ist die Ausbildung zum Meister und alle gleichwertigen Berufsausbildungen durch einen Sonderfonds kostenfrei zu ermöglichen, inklusive Gebührenfreiheit für alle erfolgreich abgelegten Meisterprüfungen und gleichwertige Fortbildungsprüfungen. Zudem sind Hemmnisse zur Gründung und Führung von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu beseitigen und die Attraktivität von Selbständigkeit, Neufirmengründung und Firmenübernahme zu steigern.

Industrielle Kerne im Flächenland Brandenburg sichern

Wir werden die vorhandenen industriellen Kerne sichern, um günstige Voraussetzungen für eine Reindustrialisierung zu schaffen. So darf beispielsweise die Stahlproduktion in Brandenburg an der Havel und Eisenhüttenstadt nicht grünen Wasserstoff-Experimenten zum Opfer fallen. Die Industriepolitik hat Vorrang vor der ökosozialistischen Transformation: Aus der Ideologiegetriebenheit müssen wir in eine starke Partnerschaft der Wirtschaft mit einem selbstbewussten Land kommen. Wir müssen raus aus der dominierenden Subventionswirtschaft, langfristige Planbarkeit garantieren und realwirtschaftliche Gewinne ermöglichen. Allein dies sichert sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Sonderwirtschaftszonen einrichten

Wir werden Sonderwirtschaftszonen einrichten, in denen erleichterte administrative und rechtliche Regelungen für Investoren, Gründer sowie Unternehmer gelten. Vor Ort müssen Entscheidungen innovativ, schnell sowie bürokratiefern getroffen werden können. Unser Nachbarland Polen erzielt gute Ergebnisse mit seinen Sonderwirtschaftszonen. Dagegen scheitern die Planungen der Transformation beispielsweise der Lausitz bereits im Ansatz, durch zu viel Bürokratie und finanzielle Fehlanreize durch fremdbestimmte EU-Gelder.

Stärkung der Lausitz

Wir wollen die Infrastruktur in der Lausitz erhalten und fordern daher die Umsetzung sämtlicher im Strukturstärkungsgesetz verankerten Infrastrukturmaßnahmen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Lausitz hängt auch von intakten Straßen, Brücken und Schienen ab. Daher fordern wir den gezielten Ausbau des Lausitzer Straßen- und Schienennetzes. Die vollkommen einseitig ausgerichtete Fokussierung auf rein klimaideologische Maßnahmen ist dagegen unverzüglich einzustellen. Eine AfD-geführte Landesregierung wird sich daher auf Bundesebene für eine Rücknahme der aktuellen gründominierten Prioritätenliste der Ampel-Regierung einsetzen.

Zukunftstechnologien fördern

Im Bereich der Zukunftstechnologien werden wir Unternehmensgründungen erleichtern und geeignete Maßnahmen zur Förderung von Start-up-Unternehmen beschließen. Die Politik muss ein gesellschaftliches Klima für eine offene, unbelastete Diskussion neuer Technologien und Entwicklungen fördern. Dabei sind neben der berechtigten Erörterung von Risiken bei neuen Technologien, wie der Künstlichen Intelligenz, auch die jeweiligen Chancen zu berücksichtigen. Schlüsseltechnologien, die für das Land Brandenburg relevant sind, müssen identifiziert und durch substanzielle Förderungsmodelle vorrangig entwickelt werden. Als rohstoffarmes Land kann uns nur eine technologische Spitzenposition langfristig den Wohlstand erhalten.

Brandenburg ist schön, lasst es uns der Welt zeigen

Wir setzen uns dafür ein, die brandenburgische Tourismusinfrastruktur auszubauen. Brandenburg ist reich an Kultur und damit attraktiv für Touristen. Verschiedene Wanderwege, Radwege und Straßen sind unterschiedlichen Epochen gewidmet. Diese wollen wir erhalten und ausbauen sowie besser verknüpfen und so im Interesse der heimischen Wirtschaft als touristische Ziele attraktiver gestalten. In unserem Land gibt es zahlreiche Gebiete, die für einen sanften Tourismus bereits gut erschlossen sind. Industriedenkmäler, Natur, Parks und Heimatmuseen sowie das Schleusen- und Wasserstraßennetz sind weitere Faktoren, die unser Bundesland hervorheben. Dieses Angebot wollen wir erhalten und ausbauen und dabei insbesondere auch die lokale Gastronomie fördern. Wir befürworten regelmäßige Treffen aller im Tourismus tätigen Akteure sowie die Einrichtung eines modernen, zugänglichen Besucherinformationsleitsystems. Die Tourismuswirtschaft soll gestärkt und regional unabhängiger gestaltet werden, indem ab 2025 ein eigenes Budget im Landeshaushalt für alle Kreise und kreisferne Städte hinterlegt wird. Ein Brandenburger Preis für Deutsche Kulinaristik soll die Kreativität heimischer Kochkunst anregen.

Lokal vor global – Einzelhandel stärken

Wir wollen den brandenburgischen Einzelhandel mit einem umfassenden Regionalkonzept stärken – dem Brandenburg Einkaufsnetz. Es beinhaltet neben einem modernen digitalen Marketingansatz den sozialen Aspekt, der den ländlichen Raum und Menschen ohne Internet nicht vergisst. Kunden, Warengeschäfte, handwerkliche Werkstätten und Dienstleistungsbetriebe werden umfassend miteinander vernetzt. Die Sicherung der Angebote im ländlichen Raum hat Priorität.

EU-Eingriffe und Bundespolitik kritisch begleiten

Ein selbstbewusstes Brandenburg muss sich Fehlentscheidungen aus Brüssel oder Berlin nicht beugen, sondern Fehlentwicklungen in der EU und in Deutschland kritisieren und bekämpfen. So sind beispielsweise das Brennstoffemissionshandelsgesetz (die nationale CO 2-Bepreisung) ersatzlos abzuschaffen sowie die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß abzusenken. Es dürfen zudem weder im Land Brandenburg noch in der Bundesrepublik Deutschland Verordnungen erlassen werden, die EU-Regelungen noch übertreffen. EU-Projekte wie der Green Deal oder Fit for 55 müssen gestoppt werden, da sie u.a. unsere Ernährungssicherheit gefährden. Weiterhin ist das weltweit einzigartige Verbrennungsmotorverbot aufzuheben. Die Verwaltung hat sich im Wirtschaftsbereich auf die Bedürfnisse von Industrie, Handel und Gewerbe einzustellen. Zukunftsfähigkeit im Standortwettbewerb ergibt sich aus einer dem werteschaffenden Menschen zugewandten Gesellschaft. Wir werden die planwirtschaftlichen Energieexperimente, wie zum Beispiel die kommunale Wärmeplanung oder den Zwang zum Ankauf von Elektro-Bussen beenden.

Unsere Filmindustrie neu konzipieren

Die Filmindustrie in Babelsberg muss raus aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich und von politisch-korrekten Vorgaben befreit werden. Babelsberg soll sich neu auf dem internationalen Filmmarkt positionieren, nachdem die Film-Eigenproduktion dort aktuell zum Erliegen gekommen ist. Ein Potsdamer Drehbuchpreis für innovative Ideen nach Marktkriterien soll ausgelobt werden, die vorhandene, innovative Filmtechnologie muss kreativ und exportfähig genutzt werden.

8| SICHERHEIT DARF NICHT NUR EIN GEFÜHL SEIN: POLIZEI UND JUSTIZ STÄRKEN

Innere Sicherheit und Recht

Zu den Kernaufgaben des Staates gehören die Garantie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Pflicht zum Schutz von Leben, Freiheit, körperlicher Unversehrtheit und Eigentum des Einzelnen korrespondiert hierbei mit dem staatlichen Gewaltmonopol. Kommt der Staat seinen Schutzpflichten nicht nach, schwindet seine Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir setzen uns daher für eine Erhöhung der Polizeipräsenz sowie eine Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei ein. Neue Erscheinungsformen der Kriminalität erfordern eine Weiterentwicklung der Polizei. Ebenso ist der Staat zur Sicherstellung einer unabhängigen Rechtsprechung verpflichtet, die auf der einen Seite einen niedrigschwelligen Zugang zur Justiz ermöglicht, auf der anderen Seite das staatliche Strafmonopol verwirklicht. Wir setzen uns daher für eine Stärkung der Justiz und hier insbesondere der Strafjustiz ein. Das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung hat infolge der desaströsen Politik der Altparteien in den letzten Jahren erheblich gelitten. Wir wollen, dass die Sicherheit tatsächlich erhöht wird, so dass damit auch Schritt für Schritt das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung und damit auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wieder zurückkehrt.

Verbesserung der persönlichen Rahmenbedingungen für unsere Polizisten

Wir werden den Polizeiberuf attraktiver gestalten, um qualifizierte junge Menschen sowie Seiteneinsteiger für diesen zu begeistern. Ein Manko liegt in der vergleichsweisen niedrigen Besoldung der Brandenburger Polizisten. Erforderlich ist eine Anhebung der Vergütung zumindest auf das Niveau der Bundespolizei, damit hiesige Landeskinder auch in Brandenburg tätig werden wollen. Weiterhin sollte jeder Polizeibeamte nach 25 Jahren Wechsel- oder Schichtdienst einen Anspruch auf abschlagsfreie Versetzung in den Ruhestand mit Vollendung des 60. Lebensjahres haben.

Polizeipräsenz in der Fläche und die Anzahl der Polizisten erhöhen

Die kreisfreien Städte in Brandenburg leiden unter einem erheblichen Mangel an Polizisten. Derzeit steht statistisch ein Polizist im Wach- und Streifendienst für 7.500 Einwohner zur Verfügung. Wir streben an, den Schlüssel auf 4.000 Einwohner je Polizisten zu verbessern. Wir treten aber auch dem Rückzug der Polizei aus der Fläche entgegen. Es reicht nicht aus, an zentralen Stellen Polizeieinheiten vorzuhalten; die Zeitspanne zwischen Notruf und Eintreffen der Polizei vor Ort ist vielerorts zu lang. In manchen Landstrichen Brandenburgs ist die Polizei faktisch nicht mehr vorhanden. Es ist daher die Polizeipräsenz in der Fläche zu erhöhen, damit die Bevölkerung wieder Kontakt zu ihrer Polizei haben kann. Hierzu gehört auch, dass in Kreisstädten wie beispielsweise Beeskow wieder ein Polizeirevier vorhanden ist. Um dies zu bewerkstelligen, ist eine Erhöhung der Stellen für Polizeibeamte auf landesweit 9.500 vorzunehmen.

Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Polizisten

Zur Erhöhung der Anzahl der Polizisten sind die Kapazitäten der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg entsprechend zu erweitern. Daneben braucht es ein Einsatztrainingszentrum, um sowohl Spezialeinheiten als auch regulären Einheiten und Verbänden ein realitätsnahes Üben von polizeilichen Lagen zu ermöglichen. Vorhandene Infrastruktur wie beispielsweise die schon vorhandene Schießsportanlage in Frankfurt (Oder) sollten hierfür genutzt werden.

Befreiung der Polizei von fachfremden Aufgaben und Optimierung ihrer Ausstattung

Eine kurzfristige Erhöhung der Polizeipräsenz könnte schon durch eine Befreiung der Polizeibeamten von Verwaltungsaufgaben erzielt werden. Polizisten als sichtbare Repräsentanten des Staates sollen der Bevölkerung nicht nur ein Sicherheitsgefühl vermitteln, sondern auch für mehr Sicherheit sorgen. Gut ausgebildete und ausgerüstete Polizisten sollten ihre Dienstzeit nicht mit der Bewältigung von Verwaltungsaufgaben verbringen müssen. Modernste und gefährdungsangepasste Ausrüstung wie Präzisionsgewehre oder besonders geschützte Fahrzeuge müssen zum Schutz der Polizeibeamten angeschafft werden. Zudem darf eine gute Ausrüstung der Polizei – und damit die Sicherheit eines jeden Polizisten – nicht Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Einsatz modernster Technik zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung

Wir werden die Videoüberwachung unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit an neuralgischen Punkten ausweiten. An den Grenzübergängen setzen wir auf regelmäßige vollautomatisierte Kennzeichen- und Gesichtserkennung zur Optimierung von Fahndungsmaßnahmen. Bei Ermittlungen im Internet und vor allem im Darknet soll den ermittelnden Polizisten die beste Hard- und Software zur Verfügung stehen.

Einführung eines Pilotprojekts Stadtpolizei Frankfurt (Oder)

Dem Mangel an Polizisten kann kurz- bis mittelfristig auch mit der Einrichtung einer kommunalen Polizei begegnet werden. Wir setzen uns daher dafür ein, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Außendienstmitarbeiter der Ordnungsämter zu Mitarbeitern einer Stadt- oder Kreispolizei weitergebildet werden können. Es ist vorzusehen, dass diese Stadt- oder Kreispolizisten polizeirechtliche Aufgaben der Gefahrenabwehr sowie hilfsweise bestimmte andere polizeiliche Aufgaben wahrnehmen können; deren Ausrüstung sollte aber keine Schusswaffen umfassen. Als Pilotprojekt soll eine solche Stadtpolizei in Frankfurt (Oder) eingerichtet werden.

Gemeinsame Asservatenzentren von Justiz und Polizei

Wir fordern die Einrichtung gemeinsamer Asservatenzentren von Polizei und Justiz an ausgewählten Standorten, so dass Asservate professionell gelagert und verwaltet werden. Unter Asservaten versteht man behördlich verwahrte Gegenstände, die beispielsweise als Beweismittel für Strafverfahren von Bedeutung sein können. Das desolate Asservatensystem in Brandenburg sorgte vor einiger Zeit bundesweit für negative Schlagzeilen: Beweismittel waren verschwunden oder beschädigt, so dass Strafverfahren nicht erfolgreich beendet werden konnten.

Abschaffung des Polizeibeauftragten

Wir werden den überflüssigen Posten des Polizeibeauftragten wieder abschaffen. Die mit den Stimmen der Regierungskoalition eingerichtete Stelle des Polizeibeauftragten soll sich nicht – wie es sonst bei Beauftragten üblich ist – um die Belange von Polizisten kümmern, sondern Beschwerden über Polizisten nachgehen und erkannte oder auch nur vermutete Missstände im Bereich der Polizei kritisch begleiten. Damit wurde ein permanentes Misstrauen den Polizisten gegenüber festgeschrieben und sogar institutionalisiert; das ist nicht verhältnismäßig.

Keine Schönung der Kriminalitätsstatistik

Entsprechend unserem Motto Mut zur Wahrheit treten wir für eine ungeschönte Darstellung der Kriminalität in Brandenburg ein. Dazu gehört auch, dass die bislang bei Tatverdächtigen praktizierte Zurückhaltung gegenüber der Bekanntgabe der Nationalität oder eines Migrationshintergrundes aufgegeben wird, denn die Brandenburger haben einen Anspruch darauf zu erfahren, welche Personengruppen abweichend von ihrem Bevölkerungsanteil in der Tatverdächtigen- oder Täterstatistik über- oder unterdurchschnittlich repräsentiert sind. Ordnungsgemäße Statistiken sind zudem für die kriminal- und präventivpolizeiliche Arbeit maßgeblich.

Maßnahmenpaket zur Stärkung der Strafverfolgung und des Strafvollzuges

Der qualitative und quantitative Anstieg der Kriminalität ist besorgniserregend: Geldautomatensprengungen, Messerdelikte, vermehrte Angriffe auf Amtsträger und Rettungskräfte, Menschenhandel, Einbruchstourismus, Gruppenvergewaltigungen, grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität, Waffen- und Drogenhandel per Internet, Banden- und Clankriminalität sind nur einige Stichwörter. Da die Gesetzgebungskompetenz für die Strafverfolgung auf Bundesebene liegt, wollen wir über den Bundesrat Initiativen zur Stärkung der Strafverfolgung anstoßen. So streben wir beispielweise eine Erhöhung der Mindeststrafandrohung bei Angriffen auf Amtspersonen und Rettungskräfte an. Mit der Freigabe von Cannabis ist zudem zu erwarten, dass die Anzahl der Delikte im Rauschzustand steigen wird. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass Taten unter Einfluss von Alkohol, Cannabis oder anderen Rauschmitteln nicht mehr ohne weiteres milder geahndet werden. Auch außereuropäische kulturelle und religiöse Prägungen dürfen sich nicht strafmildernd auswirken. Eine Geld- oder Freiheitsstrafe erzielt beim Täter dann die beste Wirkung, wenn die Strafe auf dem Fuße folgt. Deshalb setzen wir uns – unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze – für eine Straffung von Strafverfahren ein, beispielsweise durch Erweiterung der Anwendung des Strafbefehlsverfahrens oder den Wegfall der Revisionsinstanz in geeigneten Fällen. Weiterhin sind unserer Auffassung nach bei Straftaten erlangte Vermögensvorteile beim Täter konsequent abzuschöpfen – dies auch dann, wenn die diesbezüglichen Erkenntnisse erst nachträglich den Behörden zur Verfügung stehen. Die Voraussetzungen für die Untersuchungshaft wollen wir dahingehend überarbeiten, dass diese bei Gewaltdelikten erleichtert angeordnet werden kann. Der Strafvollzug schließlich sollte insofern neu ausgerichtet werden, dass sich der Strafgefangene Lockerungen verdienen muss, indem er aktiv an der Resozialisierung mitwirkt; außerdem soll regelmäßig die Zustimmung der Staatsanwaltschaft vor der Gewährung von Lockerungen eingeholt werden müssen. Opfer von Straftaten sollen einen Anspruch auf anwaltlichen Beistand sowie mehr Mitwirkungsrechte im Strafverfahren haben; gerade in Fällen der organisierten oder Bandenkriminalität sollen Opfer und Zeugen vor Einschüchterungen geschützt werden.

Justiz muss für die Menschen erreichbar sein

Wir fordern, dass die gerichtliche Infrastruktur aller Gerichtszweige so bürgernah wie möglich gestaltet wird. In den letzten Jahren hat sich der Trend fortgesetzt, dass nicht nur die Polizei, sondern auch die Gerichte weniger in der Fläche präsent sind: Entweder wurden Gerichte vollständig aufgelöst, oder einstmals eigenständige Gerichte fungierten nur noch als Zweigstellen anderer Gerichte – was auch als Vorstufe für die anstehende Auflösung gesehen werden kann. Mit diesen auf Einsparungen abzielenden Maßnahmen kommt der Staat seiner Verpflichtung, den Menschen den Zugang zum Recht und damit auch zur Rechtsprechung zu ermöglichen, kaum noch nach. Der sogenannte Justizgewährungsanspruch läuft ins Leere, wenn der Rechtsuchende angesichts der zurückzulegenden Wegstrecke von der Anrufung des zuständigen Gerichts absieht.

Brandenburg braucht mehr Personal in der Justiz

Wir fordern eine spürbare und nachhaltige Steigerung des Personals in allen Gerichtsbarkeiten. Die Funktions- und Leistungsfähigkeit unserer Justiz kann in allen Gerichtszweigen, von der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit Zivil- und Strafrechtspflege über die Arbeitsgerichtsbarkeit bis hin zur Verwaltungsgerichtsbarkeit, nur mit einem besseren Personalschlüssel gesteigert werden. Hierzu zählen nicht nur Richter und Staatsanwälte oder Rechtspfleger, sondern auch der ganze sogenannte Unterbau, der für die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes unerlässlich ist.

KEINE WEITERE EINWANDERUNG IN UNSERE SOZIALSYSTEME

9|

Einwanderung, Asyl und Abschiebung

Der gegenwärtige Zustrom von integrationsunwilligen Menschen, die zumeist aus rein wirtschaftlichen Gründen aus kulturfremden Ländern einwandern, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land Brandenburg. Studien aus dem In- und Ausland belegen, dass die Migration insbesondere aus nichtwestlichen Ländern insgesamt zu dauerhaften finanziellen Belastungen führt. Die Einwanderungspolitik der Altparteien führte in den vergangenen Jahren zu deutlichen bevölkerungspolitischen Verschiebungen und einer überproportionalen Zunahme von nichtdeutschen Tatverdächtigen, insbesondere bei Gewaltdelikten und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Ehrenmorde, die Unterdrückung von Frauen sowie die Intoleranz gegenüber anderen Weltanschauungen, wie sie insbesondere in einigen islamischen Ländern verbreitet sind, lehnen wir strikt ab. Die Ausbreitung fundamentalistischer Parallelgesellschaften muss effektiv unterbunden werden. Integration ist eine Bringschuld der Zuwanderer – wer dazu nicht bereit oder fähig ist, darf im Land Brandenburg keine Heimat finden. Ein unverzichtbarer Teil unserer staatlichen Souveränität besteht darin, über die Qualität und Quantität der Einwanderung selbst zu bestimmen. Die unkontrollierte Masseneinwanderung ist keine Lösung für den zunehmenden Fachkräftemangel in unserem Land, er hat sich in den letzten Jahren sogar noch verschärft. Die Versorgung Brandenburgs mit qualifizierten Arbeitskräften muss in erster Linie über die vollständige Erschließung der einheimischen Potenziale erfolgen. Hierzu gehören eine umfassende Aus- und Weiterbildung, die Überführung unserer Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und Alleinerziehenden.

Asylmissbrauch beenden

Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab. Den Missbrauch sogenannter Ankerkinder, die nach Deutschland vorausgeschickt werden, um dann eine Einreise der restlichen Fa-

milie auf legalem Weg zu ermöglichen, werden wir konsequent unterbinden. Anerkannte Asylbewerber, die ihr Verfolgerland besuchen, sind beim Versuch der Wiedereinreise an der deutschen Grenze konsequent zurückzuweisen. Die Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) ist durch Kauf in den Landesbesitz zurückzuführen und unter anderem als Abschiebezentrum für abgelehnte Asylbewerber zu nutzen. Das derzeitige Asylsystem ist dysfunktional und gleicht einer Lotterie. Finanzielle Fehlanreize und unterlassene Abschiebungen führen zu illegaler Migration, Schleuserkriminalität und zahlreichen Todesopfern im Mittelmeer. Die meisten dieser Migranten begeben sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa und somit auch nach Brandenburg. Die Aufnahmekapazitäten unseres Bundeslandes sind allerdings längst erschöpft. Die Hilfe für Menschen in Not muss daher in den Krisenregionen selbst geleistet werden, wo dies weit effektiver ist und viel mehr wirklich Hilfsbedürftige erreicht. Das Asylrecht ist nach dem Vorbild anderer europäischer Länder vom subjektiven, jederzeit einklagbaren Recht in eine institutionelle Garantie objektivrechtlicher Art umzuwandeln, um dem Missbrauch des Asylrechts vorzubeugen.

Keine weitere Einwanderung in unsere Sozialsysteme

Wir fordern, dass die Geldleistungen an Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber vollständig durch Sachleistungen ersetzt werden. Hierdurch würde der wichtigste Anreiz, in unsere Sozialsysteme einzuwandern, wegfallen. Nach österreichischem Vorbild könnte eine Leistungsgewährung zusätzlich von der individuellen Integrationsbereitschaft, insbesondere dem Er-rei-chen guter Sprachkenntnisse sowie einem einwandfreien Strafregister, abhängig gemacht wer-den. Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht sowohl aus anderen EU-Staaten als auch aus Drittstaaten massenhaft Armutseinwanderer an. Die Freizügigkeit der EU und die nicht mehr zeitgemäße Ausgestaltung des Asylrechtes werden dazu missbraucht, um Zugang zu unserem Sozialsystem zu erlangen. Dies belastet die brandenburgischen Haushaltskassen. Eine Asylanerkennung darf daher nicht länger den automatischen, sofortigen, zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des Wohlfahrtsstaates bedeuten.

Keine Sozialleistungen für bestandskräftig ausreisepflichtige Ausländer

Es ist für uns nicht hinnehmbar, bestandskräftig ausreisepflichtigen Ausländern Sozialleistungen zu gewähren, anstatt umgehend ihre Ausreise zu erwirken. Die jetzt endlich zustande gekommene bundesweite Umstellung von Geldleistungen auf Bezahlkarten, um die grobe Zweckentfremdung von Geldleistungen (Onlinewetten, Versenden des Geldes an die Familie im Ausland) zu unterbinden, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, auf den wir aufbauen wollen. Als Reaktion auf das Erstarken der AfD wurde zudem beschlossen, dass Asylbewerber erst nach 36 Monaten (anstatt wie bisher nach bereits 18 Monaten) Anspruch auf sogenannte Analogleistungen bekommen, was sie mit anerkannten Flüchtlingen größtenteils gleichstellt. Die Politik darf jedoch nicht bei kosmetischen Korrekturen verharren. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass vom Land Brandenburg eine Bundesratsinitiative zur kompletten Abschaffung der Analogleistungen (also auch nach dem Ablauf von 36 Monaten) eingereicht wird. Eine verantwortungsvolle Sozialpolitik darf nicht eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme befördern oder gar belohnen. Sozialleistungen sind für die sozial schwachen Mitglieder unserer Solidargemeinschaft gedacht.

Keine Überweisung von Transferleistungen ins Ausland

Wir werden uns dafür einsetzen, dass einer der Hauptmigrationsanreize beseitigt wird – die Möglichkeit von Migranten, in Deutschland bezogene Transferleistungen sowie legal oder illegal

verdientes Geld zurück in ihre Heimatländer zu überweisen. Aus diesem Grund befürworten wir die Einführung einer hohen Steuer auf Rücküberweisungen, die den Europäischen Wirtschaftsraum verlassen.

Wiedereinführung wirksamer Grenzkontrollen

Um die illegale Einreise nach Brandenburg wirksam bekämpfen zu können, ist eine umfassende und ständige Sicherung und Kontrolle unserer Außengrenze notwendig. Dabei muss grenzüberschreitender Pendler-, Urlaubs- sowie Warenverkehr ohne unzumutbare Einschränkungen gewährleistet sein. Um die Grüne Grenze an der Oder mit derselben Effektivität überwachen zu können, werden wir ein umfassendes und modernes Grenzsicherungskonzept erarbeiten. Hierzu können auch physische Barrieren wie beispielsweise Grenzzäune zur Sicherung unserer Grenze zu Polen gehören. Personen, die beim illegalen Grenzübertritt aufgegriffen werden, ist die Einreise konsequent zu verweigern. Im Inland bei Kontrollen aufgegriffene illegale Einwanderer sind unverzüglich in Haft zu nehmen. Sobald die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für die Abschiebung geklärt sind, sind sie in ihr jeweiliges Heimatland abzuschieben. Bargeld, Geld- und Kreditkarten sowie Wertgegenstände sind einzuziehen und erst nach der vollzogenen Abschiebung wieder auszuhändigen, abzüglich der Kosten für die vorübergehende Unterbringung und Versorgung sowie die Rückführung. Ergänzend sind mitgeführte Mobiltelefone umgehend einzuziehen, um die darauf gespeicherten Daten zur Ermittlung von Schleppern, Komplizen und Fluchtrouten auswerten zu können.

Ausreisepflichtige sind konsequent in ihre Heimatländer zurückzuführen

Abgelehnte Asylbewerber sowie rückkehrpflichtige Personen müssen grundsätzlich in ihr Herkunftsland zurückkehren, sobald gewährleistet ist, dass sie dort nicht mehr flächendeckend verfolgt werden. Asyl ist ein Recht auf Zeit und keine Anwartschaft auf eine dauerhafte Einwanderung. Daher ist das Fortbestehen von Asylgründen über den Zeitraum von zehn Jahren regelmäßig zu überprüfen. Eine Niederlassungserlaubnis für anerkannte Asylbewerber darf es erst nach diesen zehn Jahren geben. Rückkehrpflichtigen soll die Möglichkeit gegeben werden, eine handwerklich-praktische Grundausbildung zu absolvieren, die sie zum Wiederaufbau ihrer Heimat und zur dortigen Existenzgründung befähigt. Eine freiwillige Rückkehr ist einer Abschiebung aus finanziellen, organisatorischen und humanitären Gründen stets vorzuziehen. Aus diesem Grund wollen wir die Rückkehrbereitschaft deutlich mehr als bisher fördern.

Identitäts- und Altersfeststellung von Asylbewerbern

Die Beantragung von Asyl sowie die Eröffnung des entsprechenden Antragsverfahrens sollen zukünftig nur noch bei nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit des Asylbewerbers möglich sein. In begründeten Zweifelsfällen sind obligatorisch Altersuntersuchungen durchzuführen. Die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind in den letzten Jahren förmlich explodiert. Dies liegt daran, dass sehr viele unbegleitete, angeblich minderjährige Ausländer das Ausländer- und Asylrecht missbrauchen. Fast alle von ihnen sind männlich und bis zu 80 Prozent derjenigen, die sich als minderjährig ausgeben, sind tatsächlich volljährig. Ihre Kriminalitätsrate ist unverhältnismäßig hoch und der Staat kann wegen der Anwendung des Jugendstrafrechts nicht konsequent durchgreifen. Viele angeblich minderjährige Zuwanderer dienen als sogenannte Ankerkinder dem späteren Nachzug ihrer Familien. Angesichts der hohen Kosten pro Person und Jahr, ist dem ein Riegel vorzuschieben. Falschangaben im Asylverfahren sind aus diesem Grund streng zu bestrafen.

Die Asylindustrie stilllegen

Wir werden uns für die Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und -betreuung einsetzen. Diese erfolgt meist durch nichtstaatliche, freie Träger, die ein finanzielles Interesse an steigenden Flüchtlingszahlen und am Verbleib möglichst vieler abgelehnter Asylbewerber haben. Diese Organisationen zählen zur Asylindustrie, die sich am Asylsystem bereichern. Aus Verfahrens- und Rückkehrberatung wird nahezu immer eine Verweigerungs- und Bleibeberatung. Verfahrensberatung darf nur noch nach § 12 a Asylgesetz und nur durch staatliche Stellen erfolgen. Integrationsprojekte sind einer staatlichen Evaluations- und Erfolgsprüfung zu unterziehen. Das Profitgeschäft von NGOs und Wohlfahrtsverbänden ist zu beenden. Sämtlichen Institutionen, Initiativen und Vereinen, welche abgelehnte Asylbewerber dabei unterstützen, sich der Abschiebung oder Ausreisepflicht zu entziehen, muss die öffentliche Förderung entzogen werden. Selbstverständlich wollen wir auch die Finanzierung der Rechtsberatung endgültig abgelehnter Asylantragsteller mit Brandenburger Steuergeldern beenden.

Die Verhinderung von Abschiebungen ahnden

Staatsbürger, die bei der Schaffung von Abschiebehindernissen mitwirken, sind konsequent zu bestrafen. Rechtskräftig Ausreisepflichtige, die ihre Rückführung verhindern, indem sie untertauchen, ihre Identität verschleiern oder künstliche Abschiebehindernisse schaffen, beispielsweise indem sie vorsätzlich eine Straftat begehen, sind bei der Ergreifung konsequent abzuschieben. Die Folge verhinderter Rückführungen sind jahrelange, aufwendige und teure Gerichtsverfahren. Diese Verstöße dürfen nicht auch noch dadurch belohnt werden, dass die Täter dennoch nach einigen Jahren in den Genuss eines Daueraufenthaltsrechts gelangen. Gefährder sowie Straftäter sind ausnahmslos abzuschieben, auch nach Afghanistan, Irak oder Syrien.

Keine kommunale Unterbringung von Flüchtlingen über die Köpfe der Brandenburger hinweg

Angesichts rasant gestiegener Kosten sollen unsere Kommunen zukünftig selbst festlegen können, wie viele Asylsuchende sie bei sich unterbringen. Eine Asylpolitik über die Köpfe der Brandenburger hinweg lehnen wir entschieden ab. Anwohner sind so frühzeitig und so umfassend wie möglich über die geplante Errichtung neuer Asylheime zu informieren und in die Planung einzubeziehen, um sie in die Lage zu versetzen, über eine mögliche Unterbringung mitzuentscheiden. Wir fordern die Unterbringung in einigen wenigen zentralen Einrichtungen.

Bildung von Parallelgesellschaften im Land Brandenburg verhindern

Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, dass die aus westdeutschen Großstädten und Berlin bekannten Parallelgesellschaften sich nicht auch noch im Land Brandenburg etablieren. Im Zuge der verfehlten Einwanderungs- und sogenannten Integrationspolitik der Altparteien haben sich vor allem in den alten Bundesländern muslimisch dominierte Parallelgesellschaften entwickelt. Die angestammte deutsche Bevölkerung sieht sich vielerorts mit negativen Entwicklungen konfrontiert, die mit der Einwanderung insbesondere aus dem orientalischen Raum direkt zusammenhängen. Eine dreifach höhere Kriminalitätsrate im Vergleich zu Deutschen, Terroranschläge auf den Straßen, ethnische und religiöse Konflikte, eine Verachtung gegenüber den Sicherheitsorganen und Behörden, wachsende Hetze und Angriffe vor allem gegenüber Christen und Juden werden wir nicht länger dulden.

Integration ist eine Pflicht

Integration gelingt nur, wenn die Regeln, Traditionen und Werte unserer Gesellschaft akzeptiert werden. Unverzichtbar ist der Erwerb der deutschen Sprache. Bei qualifizierten Zuwanderern setzen wir eine hohe Integrationsbereitschaft voraus. Der Fokus muss auf dem Spracherwerb liegen, den wir bis zum Niveau B2 fördern wollen. Die Bevorzugung von Migranten in Form einer Quotierung muss ausgeschlossen werden. Abstriche hinsichtlich der Anforderungen bei der Ausbildung oder bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst lehnen wir ab. Religiös motivierte Bekleidungsregelungen, das kulturell sensible Weglassen von Speisen in öffentlichen Einrichtungen, die Errichtung fundamentalistischer Moscheen, die Diffamierung unserer Gesellschaft als unrein, die Duldung der Verstümmelung von Neugeborenen aus religiösen Gründen oder das qualvolle Schächten von Tieren sind deutliche Zeichen einer zunehmenden Islamisierung, der wir Einhalt gebieten müssen. Toleranz darf nicht in Selbstaufgabe münden! Dies betrachten wir als eine der wichtigsten Bedingungen für eine gelingende Integration.

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein kostbares Gut

Wir wollen das Geburtsortprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wieder aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz streichen und zum Abstammungsprinzip zurückkehren, wie es bis zum Jahr 2000 galt. Die Anforderungen – besonders auch in zeitlicher Hinsicht – für eine Ermessenseinbürgerung müssen erheblich steigen, einen Anspruch auf Einbürgerung darf es nicht mehr geben. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit soll als Erfolg eigener Anstrengung erlebt werden und die Betroffenen mit Stolz erfüllen können.

Remigrationsprogramm 2029

Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine massive Abschiebungsinitiative starten. Brandenburg braucht keine bildungsfernen Migranten. Wir lehnen es grundsätzlich ab, illegale Zuwanderung wie bisher mit unzähligen Millionen Euro zu fördern. Bis zum Jahr 2029 wollen wir daher das folgende Abschiebungsprogramm durchführen: Zunächst wollen wir mit einer landesweiten Untersuchung alle Fälle missbräuchlicher Angaben zum Zwecke der Einwanderung identifizieren. Besondere Bedeutung hat hierbei die rückwirkende Überprüfung der Altersangaben sogenannter minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge in allen Fällen seit 2015, bei denen die Minderjährigkeit nicht offensichtlich ist. Wir werden hierzu auf Landesebene obligatorische ärztliche Untersuchungen zur Altersbestimmung angeblich minderjähriger Flüchtlinge einführen. Wir wollen zudem alle Fälle ermitteln, in denen Ausländer Reisen in ihre Heimat unternommen haben, wo sie angeblich verfolgt oder von Krieg bedroht werden. In allen Missbrauchsfällen werden wir konsequent auf einen Entzug der Aufenthaltserlaubnis und auf eine Aufenthaltsbeendigung in Deutschland hinwirken. In einem zweiten Schritt wollen wir den Vollzug der Ausreisepflicht aller illegal eingereisten und geduldeten Ausreisepflichtigen durch neue Verfahrensweisen, insbesondere durch Rückführungen im großen Stil, entsprechend den geltenden Gesetzen, herbeiführen: Als Erstes werden jene Ausreisepflichtigen in den Fokus genommen, die strafrechtlich relevant in Erscheinung getreten sind oder extremistisch auffallen. Gewaltauffällige Asylbewerber sollen bis zur Abschiebung oder freiwilligen Ausreise zum Schutz der einheimischen Bevölkerung und der friedlichen Asylbewerber in gesonderten Einrichtungen fernab von Ortschaften untergebracht werden. Zudem wollen wir den gesetzlichen Rahmen der Vorbereitungs- und Sicherungshaft für die erfolgreiche Durchführung von Abschiebungen vollständig ausschöpfen. Hierzu werden wir innerhalb kürzester Frist eine Abschiebehaftanstalt im Land Brandenburg einrichten.

10| HEIMAT BEWAHREN: TIERE UND UMWELT SCHÜTZEN

Umwelt-, Natur- und Tierschutz

Ob es die Landwirte sind, die von linksgrünen Ideologen pauschal als Naturzerstörer an den Pranger gestellt werden, oder die Jäger, die für angeblich schädliche Wildbestände verantwortlich gemacht werden: jegliche Nutzung unserer natürlichen Ressourcen steht in der Kritik. Gleichzeitig wird unsere Heimat unter dem Banner eines irrsinnigen Klimaschutzes immer stärker durch Windindustrie- und Solaranlagen versiegelt und entstellt. Die einseitige Fokussierung auf den Kampf gegen die Klimakrise gerät dabei zunehmend in einen Konflikt mit dem Naturschutz. Auf diese Weise wird das zerstört, was schutzwürdig ist: ein möglichst intaktes Landschaftsbild sowie ein stabiles ökologisches Gefüge als Lebensgrundlage für den Menschen, der in seiner Heimat verwurzelt ist. Wichtige Zukunftsinvestitionen unterbleiben hingegen seit Jahren, beispielsweise in den Waldumbau oder in die Stabilisierung des Landschaftswasserhaushaltes. Gegen diese Fehlentwicklungen positionieren wir uns mit einem sachbezogenen und ideologiefreien Gegenentwurf. Im Gegensatz zur globalistischen Politik, die wenig Verständnis für die Lebensrealitäten auf dem Land hat, sind wir der Überzeugung, dass auch der Mensch einen angemessenen Platz in Landschaft und Natur einnehmen sollte. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Erhalt unseres Kulturerbes gehören dabei untrennbar zusammen. Wir wollen die ländlichen Räume nicht nur stärken, sondern als Einheit von Menschen und Natur neu denken. Die Umsetzung eines neuen Regionalismus ist unser strategischer Schwerpunkt der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Zur Bewahrung und Weiterentwicklung unserer Heimat Brandenburg wollen wir insbesondere darauf hinwirken, dass die Jugend den ländlichen Raum und die damit verbundenen stabilen Strukturen wieder schätzen lernt.

Kühler Kopf statt Klima-Hysterie

Wir wollen den Umgang mit Klimaänderungen versachlichen und einen umweltpolitischen Stra-tegiewechsel initiieren. Unabhängig davon, ob und in welchem Ausmaß die zu beobachtenden Klimaänderungen auf anthropogene Kohlendioxid-Emissionen zurückgeführt werden können, ist der panische Aktionismus, der insbesondere bei sogenannten Klimaaktivisten in den letzten Jahren um sich gegriffen hat, nicht die richtige Antwort auf diese Problematik. Statt in Brandenburg zur Bekämpfung von globalen Klimaänderungen immer hektischer und kopfloser eine längst gescheiterte Energiewende voranzutreiben, kommt es vielmehr darauf an, die Debatte um den Umgang mit Klimaänderungen zu versachlichen und darüber hinaus vorausschauende Anpassungsstrategien zu entwickeln. Das Klima lässt sich nicht schützen, wir können unsere Gesellschaft aber widerstandsfähig gegen Klimaveränderungen machen. So setzen wir uns dafür ein, dass das dogmatische Ziel einer nationalen oder gar regionalen Klimaneutralität aufgegeben und stattdessen schwerpunktmäßig für die Land- und Forstwirtschaft sowie für das Wassermanagement vorausschauende und ressortübergreifende Anpassungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden.

Brandenburgs Flora und Fauna schützen

Wir werden unsere Flora und Fauna im Rahmen der Weiterentwicklung der bisherigen Schutzgebietskonzepte schützen. Der Schutz unserer Ökosysteme und Landschaften – und damit unseres Kulturerbes – ist ein konservatives Kernanliegen. Die ideologischen, konfrontativen Ansätze der inzwischen mehr oder weniger linksgrün gefärbten Altparteien lehnen wir hingegen ab. Vielmehr sollte der Naturschutz im Rahmen der Weiterentwicklung der bisherigen Schutzgebietskonzepte (Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete etc.) sowie im Rahmen des Vertragsnaturschutzes abgestuft und integrativ auf der gesamten Fläche Beachtung finden, mit Bedacht und unter Einbeziehung aller Beteiligten. Statt im Landeswald großflächige Wildnisgebiete zu

schaffen, sollte der Schutz der Biodiversität auf der Grundlage eines integrativen, multifunktionalen Ansatzes weiterentwickelt werden. Neben dem Schutz bestimmter Biotope ist dabei vor allem an Habitatbäume, liegendes und stehendes Totholz sowie an gezielt zu fördernde Altholzinseln zu denken. Darüber hinaus sollten verstärkte Anstrengungen zur Entwicklung von stufigen, strukturreichen und artenreichen Waldrändern unternommen werden.

Für eine geordnete Wasserbewirtschaftung

Wir befürworten eine geordnete Wasserbewirtschaftung und lehnen aktionistische Umweltexperimente wie die großflächige Vernässung von Mooren ab. Die Renaturierung von Moorstandorten kann allein durch eine Überstauung dieser Flächen nicht ohne Weiteres erreicht werden. Erforderlich ist vielmehr ein langjähriger Prozess, bei dem die Nährstoffmobilisierung in den oberen Bodenschichten, die Anpassung der Flächennutzung und viele andere Belange berücksichtigt werden müssen. Den Moorschutzprogrammen des Bundes, des Landes Brandenburg und verschiedener Umweltorganisationen fehlt es darüber hinaus an einer soliden Datengrundlage, wie sich höhere Grundwasserstände unter standortabhängigen Bedingungen auf Landwirtschaft und Umwelt auswirken. Landwirte, die sich heute auf befristete Zuwendungen für die Überstauung ihrer Grünlandflächen einlassen, werden diese Flächen in wenigen Jahren für immer verloren haben. Die Regulierung der Wasserstände auf Moorstandorten muss Teil einer geordneten Stauhaltung unter der fachlichen Kontrolle der Landkreise werden, die sich dabei nicht als Helfer an grünen Transformations-Experimenten beteiligen dürfen.

Brandenburgs Wasserhaushalt stabilisieren

Wir setzen uns für eine landesweite Regelung zur Stabilisierung des Landschaftswasserhaushalts und zur Sicherung der Trinkwasserversorgung ein. Dazu ist eine Fortschreibung des Leitbildes für die Siedlungswasserwirtschaft zwar erforderlich, aber nicht hinreichend. Vielmehr kommt es drauf an, die Wasserbewirtschaftung über die Siedlungswasserwirtschaft hinausgehend zukünftig ganzheitlich und für ganz Brandenburg einheitlich im Landeswassergesetz zu regeln. Dazu gehören u.a. die Aufnahme des Vorrangs der Versorgung mit Trinkwasser, landesweit einheitliche Regelungen zur Priorisierung der Verteilung des Wassers an verschiedene Nutzergruppen in Wassermangelsituationen sowie die Definition eines Rahmens, innerhalb dessen die Nutzung von Klarwasser mindestens für die Landwirtschaft ermöglicht werden sollte.

Nein zum Ausbau der Wind- und Solarindustrie in der freien Landschaft

Wir lehnen den weiteren Ausbau der Wind- und Solarindustrie in der freien Landschaft ab. Photovoltaikanlagen sollen zukünftig nur noch auf bereits versiegelten Flächen zugelassen werden. Windindustrieanlagen verunstalten unsere heimatliche Landschaft und schaden insbesondere der Vogel- und Insektenwelt. Das gesamte ökologische Gefüge wird durch diese Anlagen dauerhaft beeinträchtigt. Durch Turbulenzen zerstören sie die natürliche thermische Schichtung der bodennahen Atmosphäre und fördern die Austrocknung. Windindustrieanlagen gehören unter keinen Umständen in Wälder, in Natur- und Landschaftsschutzgebiete oder in die Nähe von Siedlungen. Photovoltaikanlagen erhöhen die Adsorption und führen zu lokaler Erwärmung und Austrocknung. Über Generationen hinweg gepflegtes Acker- und Grünland muss weiterhin der landwirtschaftlichen Produktion dienen und darf nicht naturwissenschaftlich unhaltbaren Energieträumen geopfert werden. Statt der längst gescheiterten Energiewende plädieren wir für die Entwicklung von neuen Umwelt- und Energiekonzepten im Rahmen einer innovativen Energiemischstrategie, die auch fossile Energieträger beinhaltet, beispielsweise moderne Gaskraftwerke. Sinnvoll sind neben kommunalen Biogasanlagen und modernen Holzheizungen möglichst

auch autark zu nutzende Photovoltaikanlagen. Mit Bedacht auf bereits versiegelten Flächen wie beispielsweise Parkplätzen oder auf Dachflächen in Gewerbegebieten eingesetzt, kann auf diese Weise ein wichtiger Beitrag zur kommunalen Selbstversorgung geleistet werden.

Weniger Flächenversiegelung ist mehr

Eines der größten Umweltprobleme Deutschlands ist auch in Brandenburg die nach wie vor nicht gestoppte Flächenversiegelung. Durch den ideologischen Ausbau der Wind- und Solarindustrieanlagen im Rahmen der sogenannten Energiewende ist zu befürchten, dass die ohnehin schon viel zu hohen Flächenverluste in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen könnten. Diesen linksgrünen Plänen erteilen wir eine Absage. Wir wollen insbesondere die wertvollen Agrarflächen vor einer weiteren Verbauung schützen, da die zunehmende Flächenversiegelung auch dazu beiträgt, dass die Kauf- und Pachtpreise für diese Flächen immer weiter ansteigen. Ungenutztes ehemaliges Militärgelände und Industrieruinen wollen wir hingegen zurückbauen und dadurch, verbunden mit dem weitgehenden Stopp der Flächenversiegelung, unter dem Strich eine Entsiegelung in Brandenburg erreichen.

Tierschutz und artgerechte Nutztierhaltung

Wir bekennen uns zum Tierschutz und zu einer artgerechten Nutztierhaltung. Die Verantwortung für ein möglichst artgerechtes Leben, die Gesundheit sowie das Wohlbefinden unserer Nutztiere darf nicht zugunsten des Kommerzes aufgegeben werden. Wir fordern daher eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze. Wir werden in der Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern, die an die Tierart angepasst sind. Nichtheilende Eingriffe wie das Kupieren von Schwänzen oder das Schnabelkürzen, die ausschließlich dem Preisdruck der Lebensmittelindustrie geschuldet sind, lehnen wir ab. Wir fordern zudem regelmäßige, einheitliche und faire Kontrollen von tierhaltenden Betrieben. Es sind hierzu die notwendigen Veterinärstellen zu schaffen und zu besetzen. Neben einer beständigen Anpassung der Tierschutzverordnungen an den neuesten Stand ist ein gesetzlich verbindliches Kennzeichnungssystem für Haltungskonzepte zu schaffen, die deutlich über das bisherige gesetzliche Mindestmaß hinausgehen. Nur diese Informationen geben den Kunden die Möglichkeit, tiergerechtes Engagement der teilnehmenden Landwirtschaftsbetriebe zu honorieren. Artgerechte Nutztierhaltung umfasst auch den Transport auf kurzen Distanzen zum nächstmöglichen Schlachthof. Nur in tierartgerechter Haltung können sich robuste und gesunde Nutztierbestände entwickeln. Diese tragen durch eine Verminderung des erforderlichen Antibiotika-Einsatzes erheblich zur Vermeidung multiresistenter Keimbildung bei.

11| EINE STARKE HEIMISCHE LAND-, FORST- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Bäuerliche Familienbetriebe und Agrargenossenschaften bilden die Grundlage unserer Versorgung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln. Darüber hinaus halten wir die Bauern aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung für Tradition, Kultur und Brauchtum für den entscheidenden Berufsstand, mit dem die dringend erforderliche Wiederbelebung des ländlichen Raumes in Brandenburg steht und fällt. Nicht weniger, sondern mehr Bauern braucht das Land! Trotz dieser zentralen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung werden unsere Landwirte jedoch mit immer neuen Auflagen, Maßnahmen und Gesetzen konfrontiert. Gleichzeitig müssen die Bauern ihre hochwertigen und gesunden Nahrungsmittel viel zu billig verkaufen. Sie müssen mit den Dumpingpreisen der internationalen Lebensmittelimporte konkurrieren, bei deren Erzeugung Umweltschutz in der Regel keine Rolle spielt. Vor dem

Hintergrund dieser Problematik werden wir die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Bauernfamilien und Agrargenossenschaften wieder sichere Zukunftsaussichten haben. Dabei halten wir ökologische Landwirtschaft für begrüßenswert, jedoch sollten die konventionellen Produzenten gleichberechtigt im Fokus der Regionalisierungsinitiativen stehen. Grundsätzlich stehen wir in der Agrarpolitik für einen marktwirtschaftlichen Ansatz. Dennoch ist eine stabilisierende Agrarförderung angesichts der Realität internationaler Agrarmärkte jedoch unerlässlich, solange für Importe nicht die gleichen hohen Standards bzw. Wettbewerbsbedingungen gelten, wie für die im eigenen Land produzierten Waren.

Ernährungssouveränität auf Grundlage einer regionalen Lebensmittelproduktion

In den komplexen Zielkonflikten der Landwirtschaft hat für uns die Ernährungssouveränität auf Grundlage einer regionalen Lebensmittelproduktion Vorrang. Die Landwirtschaft ist die volkswirtschaftliche Größe schlechthin und sichert unsere tägliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. Gerade in Krisenzeiten benötigen wir eine starke heimische Land- und Ernährungswirtschaft. Jedoch ist der Selbstversorgungsgrad Deutschlands insbesondere bei Obst und Gemüse unter anderem aufgrund des hohen Preisdrucks sowie der überbordenden Auflagen viel zu niedrig. Diese Importabhängigkeit ist durch die zunehmende Störanfälligkeit der globalen Lieferketten problematisch. Um den Selbstversorgungsgrad mit Agrarrohstoffen im Rahmen einer möglichst regional ausgerichteten Ernährungsstrategie zu erhöhen und auf diese Weise die Nahrungsmittelversorgung auch in geopolitischen Krisenzeiten gewährleisten zu können, ist es erforderlich, die sich in den letzten Jahren aufgrund der Flächenkonkurrenz verschärfenden agrarpolitischen Zielkonflikte einer grundlegenden Revision zu unterziehen. In diesem Zusammenhang werden wir eine Definition von Agrarbetrieben erarbeiten, die die Lebensmittelversorgung in den Mittelpunkt stellt und die im Zusammenhang mit dem geplanten Agrarstrukturgesetz sowie bezüglich der Vergabe von Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) die Grundlage dafür bilden soll, den Missbrauch der bestehenden agrarpolitischen Förderinstrumente seitens reiner Energiebauern oder seitens Immobilienspekulanten und nichtlandwirtschaftlicher Investoren wirksam eindämmen zu können.

Landwirte müssen von ihren bewährten Betriebsformen leben können

Wir setzen uns dafür ein, dass bodenständige Landwirte von ihren herkömmlichen, bewährten Betriebsformen leben können und nicht zu fragwürdigen Experimenten genötigt werden. Die Landwirte werden durch EU- und Bundesvorschriften und damit verbundenen Pflichten zur Do-kumentation unangemessen gegängelt. Hinzu kommen unkalkulierbare Risiken durch zukünftige Vorschriften. So ist es verständlich, wenn Landwirte von vermeintlich gesicherten Einnahmequellen aus Windindustrie- und Photovoltaikanlagen profitieren möchten. Jedoch sind diese Anlagen nur durch Subventionen profitabel und werden die zukünftigen Ruinen in unserer Landschaft sein. Stattdessen soll den Landwirten mehr Spielraum für gute fachliche Praxis eingeräumt werden. Neben der landwirtschaftlichen Produktion leisten sie einen ständigen Beitrag zur Landschaftspflege und sind fester Bestandteil des ländlichen Lebens. Die Förderung lokaler Erzeuger- und Vermarktungsstrukturen für traditionelle und regionale landwirtschaftliche Produkte muss ein erheblicher Anteil der Wirtschaftsförderung werden.

Regulierung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes zugunsten ortsansässiger Landwirte

Wir wollen eine Regulierung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes zugunsten ortsansässiger Landwirte. Die Erfahrungen mit den bisherigen Versuchen, für Brandenburg ein Agrarstrukturgesetz zu erlassen, zeigen, wie kompliziert und schwierig dieses Thema ist. Dennoch wird an einer Lösung dieser Frage auf Dauer kein Weg vorbeiführen. Wir sind in diesem Zusammenhang nicht gegen Investitionen in die Landwirtschaft, sehen aber den Flächenkauf von außerlandwirtschaftlichen Investoren kritisch. Investitionen müssen den landwirtschaftlichen Betrieben zugutekommen und dürfen sich nicht auf bloße Finanzspekulation beschränken. Daher werden wir ein Gesetz einbringen, das ortsansässigen Landwirten, die einen Betrieb erhalten oder erweitern wollen, einen Investitionsvorrang einräumt. Auch bezüglich der BVVG-Flächen werden wir uns auf allen Ebenen für den Verkauf an ortsansässige Landwirte einsetzten. Grundsätzlich sollte in Brandenburg ein Bodenverkauf von Flächen über zwei Hektar im Einzelfall nur noch genehmigungsfrei möglich werden, wenn der/die Käufer zum Erwerbszeitpunkt als reale Person seinen Wohnsitz in Deutschland und als juristische Person seinen Geschäftssitz in Deutschland hat/haben (sogenanntes dänisches Modell). Brandenburger Interessen müssen Vorrang haben!

Für eine Renationalisierung der Agrarpolitik

Angesichts der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Situation werden wir die Bauern innerhalb der aktuellen agrarpolitischen Förderinstrumente entlasten und für sie Planungssicherheit herstellen, beispielsweise durch den Verzicht auf strengere nationale Auslegungen rechtlicher Bestimmungen der EU. Allerdings hat sich gezeigt, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) nicht die Lösung, sondern das eigentliche Problem ist. Daher setzen wir uns langfristig für eine Renationalisierung der Agrarpolitik ein. Wir beenden den Irrweg der GAP und überführen die Agrarpolitik wieder in die deutsche Zuständigkeit. Auf diese Weise ist es viel leichter möglich, überflüssige Bürokratie abzubauen, Betriebe gezielter zu fördern und damit insgesamt die heimische Landwirtschaft zu entlasten. Als ersten Schritt werden wir uns im Rahmen der Agrarministerkonferenz dafür einsetzen, eine Machbarkeitsstudie zur Realisierung eines langfristigen Systemwechsels in der Agrarförderung zu initialisieren.

Regional is(s)t normal – Landwirtschaftliche Erzeuger in der Lebensmittelkette stärken

Die vier größten Einzelhandelsketten sind mittlerweile so marktmächtig, dass sie den landwirtschaftlichen Erzeugern die Preise diktieren können. Neben der Förderung der Direktvermarktung werden wir uns daher dafür einsetzen, dass die Landwirte gegenüber unlauteren Handelspraktiken von größeren Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels und der Lebensmittelverarbeitung wettbewerbsrechtlich besser geschützt werden. In diesem Zusammenhang ist es denkbar, bestimmte Betriebe in Erzeugergemeinschaften zu organisieren. Darüber hinaus plädieren wir für eine Umkehr der Kennzeichnung von Lebensmitteln: nicht das regionale Produkt sollte ausgewiesen werden, sondern das Produkt, das nicht aus Brandenburg oder zumindest aus Deutschland kommt. Als weiteren Ansatz werden wir uns dafür einsetzen, dass im Lebensmitteleinzelhandel während der Verfügbarkeit von bestimmten, regional erzeugten Produkten, wie beispielsweise Erdbeeren oder Spargel, entsprechende Produkte aus anderen Ländern nicht gleichzeitig angeboten werden. Außerdem plädieren wir dafür, dass das Angebot von regional erzeugten Produkten ein wesentliches Kriterium der Auftragsvergabe für Catering-Dienstleister im Rahmen von Ausschreibungen bezüglich der Gemeinschaftsverpflegung im öffentlichrechtlichen Bereich (beispielsweise in Schulen) darstellt.

Freiheit auf dem Teller

Auch in der Ernährungspolitik stehen wir für einen freiheitlichen Ansatz und wenden uns gegen die linksgrüne Politik der permanenten Bevormundung und Gängelung. Anstelle von Verboten und staatlicher Gängelung plädieren wir in der Ernährungspolitik an erster Stelle für eine bessere Informationspolitik. Jeder Bürger muss auch weiterhin frei und eigenverantwortlich selbst entscheiden können, was auf seinen Teller kommt. Dabei werden wir die Bürger unterstützen, indem wir die Herkunft und die Inhaltsstoffe von Lebensmitteln transparent und verständlich kennzeichnen.

Unser Wald – unsere Heimat

Brandenburg ist eines der waldreichsten Bundesländer Deutschlands. Der Wald ist nicht nur ein bedeutsamer Teil des brandenburgischen Heimatgefühls, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft ist hierzulande eine der wichtigsten nachwachsenden Rohstoffe. Wir bekennen uns ausdrücklich zur energetischen Nutzung von Rest-, Schad- und Kronenholz als Bestandteil eines gesunden Energiemix', vorausgesetzt, dass den Waldböden durch die Entnahme von holzartiger Biomasse nicht zu viel Nährstoffe entzogen werden. Aufgrund dieser großen wirtschaftlichen Bedeutung der Forstwirtschaft sehen wir die aktuellen ideologischen Pläne der Altparteien, zur Schaffung von Wildnisgebieten im Landeswald tausende von Hektar aus der Nutzung zu nehmen, kritisch. Vielmehr sind wir der Auffassung, dass sich das im Brandenburger Waldgesetz verankerte Gebot der vorbildlichen Bewirtschaftung im Landeswald nicht nur auf die Schutzfunktion bzw. den Schutz der Biodiversität, sondern insgesamt auf eine ausgewogene Balance der Waldfunktionen beziehen sollte. In diesem Zusammenhang plädieren wir für neue Impulse und für mehr Nachhaltigkeit, beispielsweise durch die Bereitstellung von mehr hochwertigem Vermehrungsgut im Rahmen der Forstpflanzenzüchtung. Waldbauliches Ideal- und Leitbild sind dabei strukturreiche, ungleichaltrige, kahlschlagfreie Mischbestände aus Laub- und Nadelholzarten.

Den Kleinprivatwald noch effizienter und konsequenter unterstützen

Die Förderung des Kleinprivatwaldes ist uns besonders wichtig. Denn genau wie die bäuerlichen Familienbetriebe, sind auch die Waldbesitzer nicht zuletzt ein besonders wertvolles konservatives Element in Staat und Gesellschaft. Zur Erleichterung der Bewirtschaftung von kleinparzellierten Forstbeständen werden wir insbesondere die Forstbetriebsgemeinschaften stärken. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für den Abbau von bürokratischen Hürden bei der Stellung von Förderanträgen ein und sorgen dafür, dass eine gute Beförsterung auch finanziell sichergestellt ist.

Landesbetrieb Forst Brandenburg zukunftsorientiert weiterentwickeln

Die mit der Forstreform wieder aufgenommene Einstellung von Forstreferendaren und Forstinspektoranwärtern ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Allerdings wird das Problem der Überalterung der Personalstruktur des Landesbetriebes Forst Brandenburg durch diesen ersten Schritt nicht gelöst werden können. In den nächsten zehn Jahren wird mehr als die Hälfte des Forstpersonals in den Ruhestand gehen. Zur Bewältigung des demografischen Wandels wollen wir daher als weiteren Ansatz 30 zusätzliche Projektstellen mit einer Laufzeit von zehn Jahren schaffen. Schwerpunkt sollen dabei nutzungsorientierte Projekte in den Bereichen Waldumbau und Digitalisierung der Forst-Holz-Logistikkette sein. Die im Rahmen der Forstreform festgelegte Stellenzahl wird auf diese Weise lediglich temporär ergänzt. Dadurch wird die Chance weiter erhöht,

sowohl das Wissen über die forstlichen Gegebenheiten an den konkreten Standorten als auch die Erfahrungen und die Kenntnisse zu waldbaulichen Zielsetzungen aus der Vergangenheit besser bewahren zu können, sodass diese über Generationen erworbene Sachkunde ohne Verlust an die nachfolgenden Förstergenerationen weitergegeben werden kann. Wir sind in diesem Zusammenhang grundsätzlich der Auffassung, dass allgemein stärker als bisher in den Waldumbau investiert werden sollte. Die forstwirtschaftlichen Leistungen zeigen sich diesbezüglich nicht nur am Betriebsergebnis, sondern auch am Wertzuwachs und der steigenden Stabilität der Bestände.

Bereitstellung von mehr hochwertigem Forstvermehrungsgut

Wir werden uns für die Anlage von weiteren Saatgutplantagen für unsere Hauptbaumarten einsetzen. Außerdem unterstützen wir den Aufbau von länderübergreifenden Herkunftsversuchsserien mit potenziellen Alternativbaumarten. Für die Entwicklung von stabilen und risikoarmen Mischbeständen aus Laub- und Nadelholzarten ist in Brandenburg zukünftig von einem steigenden Bedarf an hochwertigem Forstvermehrungsgut (Saatgut, Pflanzmaterial) auszugehen. Erhöhter Bedarf besteht nicht nur im Fall der Hauptbaumarten (Waldkiefer, Stiel- und Traubeneiche, Buche, Lärche und Douglasie), sondern darüber hinaus auch für trockenheitstolerante, potenzielle Alternativbaumarten wie beispielsweise Roteiche, Esskastanie, Elsbeere, Schwarzkiefer oder Große Küstentanne.

Unser Wild ist Teil des Waldes

Wir engagieren uns für einen Ausgleich zwischen den Interessen der Forstwirtschaft und der Jagd. Die Jagd soll dabei nach dem Stand der wildbiologischen Forschung erfolgen. Mit dem Jagdrecht untrennbar verbunden ist darüber hinaus die Pflicht zur Hege. So lassen sich beispielsweise durch die Schaffung von Wildruhezonen und Wildäsungsflächen in Kombination mit Maßnahmen der Schwerpunktbejagung auf Aufforstungs- bzw. Verjüngungsflächen Wildschäden durch Reh-, Rot- und Damwild deutlich reduzieren. Die Bejagung dient nicht nur der Pflege eines ausgeglichenen Wildbestandes, sondern auch der Beschaffung eines ernährungsphysiologisch besonders hochwertigen regionalen Lebensmittels. Wildtier- und jagdfeindlich motivierten Ansätzen zur Änderung des Jagdrechtes – zuletzt geschehen unter linksgrüner Federführung – erteilen wir eine deutliche Absage.

Den Wolfsbestand regulieren

Zukünftig muss eine Regulierung des Wolfes im Rahmen eines aktiven Bestandsmanagements auf wildbiologischer Grundlage erfolgen. Wir plädieren diesbezüglich für die Aufnahme des Wolfes in die Jagdgesetzgebung. Ähnlich wie im Fall der Rotwildhegegemeinschaften sollen für den Wolf revierübergreifende Managementpläne entwickelt werden, wobei die Sozial- bzw. Rudelstruktur tierschutzgerecht zwingend mitberücksichtigt werden soll. In den letzten Jahren ist die Wolfspopulation in Brandenburg stark angestiegen. Mit dieser Entwicklung ist ein zunehmender Konflikt zwischen Wolf und Mensch mit besonders großer Herausforderung für den Bereich der ökologisch bedeutsamen Weidetierhaltung verbunden. Weder die bisherigen Präventionsmaßnahmen zum Schutz der Weidetiere noch die Möglichkeit der Entnahme von einzelnen Problemwölfen sind hinreichend, um einen langfristigen Interessenausgleich gewährleisten zu können.

Jagddruck auf den Waschbären erhöhen, um unsere heimische Tierwelt zu schützen

Wir wollen den Jagddruck auf den Waschbären deutlich erhöhen. Erreicht werden kann dies ne-

ben der Erleichterung der Bejagung (beispielsweise Erlaubnis des Einsatzes von Nachtzieltechnik) insbesondere durch die Schaffung von Anreizen für die Jäger im Rahmen von Fang- und Abschussprämien. Invasive Tierarten, die aufgrund menschlicher Einflussnahme in einem Gebiet vorkommen, in dem sie zuvor nicht heimisch waren, werden als Neozoen bezeichnet. Im Fall der Säugetiere ist in Brandenburg neben Bisam, Nutria und Marderhund insbesondere der Waschbär problematisch. Anders als in seiner ursprünglichen Heimat Nordamerika hat der Waschbär hierzulande kaum Fressfeinde und übt in diesem Zusammenhang eine erheblich negative Auswirkung auf unsere heimische Vogel- sowie die Amphibien- und Reptilienwelt aus (beispielsweise auf den Bestand der Sumpfschildkröte).

KLASSE STATT KRISE: DIE WEICHEN FÜR DIE BILDUNG DER ZUKUNFT STELLEN 12|

Bildung, Wissenschaft und Forschung

Die AfD sieht ihre vorrangige Aufgabe darin, künftig auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft und Forschung allen Schülern und Studenten den bestmöglichen Zugang zu einem optimalen Wissenserwerb zu ermöglichen. In der Vergangenheit wurden den Schulen immer wieder neue Schulmodelle aufgedrückt, ohne Lehrer, Eltern und Kinder einzubeziehen. Eine unsichtbare Wand stellte sich auf, die eine strukturierte Lernlaufbahn verhinderte. Daraus resultieren die immer schlechter werdenden Lernergebnisse. Aufbauende Grundkenntnisse wurden nur unzureichend vermittelt. Diese sind aber unabdingbare Voraussetzung für eine fruchtende Schulentwicklung unserer Kinder. Es ist nicht zu spät, diese Wand einzureißen. Die AfD wird sich dieser Aufgabe stellen, um mit ihrer Bildungspolitik den Schulen einen Freiraum für ein individuelles Lernkonzept zu ermöglichen. Viele private Schulen sind aus Eigeninitiative entstanden, weil man mit den staatlichen Bildungseinrichtungen unzufrieden war. Diese Schulen bereichern jetzt unsere Bildungslandschaft und sind eine wertvolle Alternative. Wir müssen voneinander lernen, in den Meinungsaustausch treten, uns auf Neues einlassen und mit neuen Ideen den Schulalltag gestalten, um den Ruf der staatlichen Schule wieder aufzuwerten und eine optimale Bildungspolitik für alle Kinder zu gewährleisten. Bildungsrecht für Alle sollte ein Grundrecht und kein Privileg sein.

Einführung einer Vorschule

Die letzten beiden Kindergartenjahre werden wir als Vorschule mit einem allgemeinverbindli-chen Lern- und Bildungsplan einschließlich einheitlicher Bildungsstandards einführen, um unsere Kinder gezielt zu fördern und damit auf eine erfolgreiche Schullaufbahn vorbereiten zu können. Eine Ausweitung der Schulpflicht erfolgt jedoch nicht.

Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr – wir stärken unsere Grundschulen

Wir wollen Einschulungen zum Wohle unserer Kinder erst nach dem vollendeten sechsten Lebensjahr, indem wir den Einschulungsstichtag auf den 30. Juni festlegen, so dass keine Kinder mehr im Alter von fünf Jahren eingeschult werden müssen. Wir werden zudem die Kernfächer und die grundlegenden Kulturtechniken stärken, indem wir die Kontingentstundentafel in der Grundschule zugunsten der Kernfächer Deutsch und Mathematik umschichten, um das Erlernen der grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen zu fördern. Dazu werden wir die erste Fremdsprache in der Doppeljahrgangsstufe 1/2 sowie 3/4 zugunsten von Deutsch und

Mathematik streichen. Weiterhin werden wir den Umfang des bis zum Ende der Jahrgangsstufe 4 zu vermittelndem Grundwortschatz von derzeit 700 Wörtern auf 1.000 Wörter erhöhen, um die Rechtschreibkenntnisse und die sprachliche Ausdrucksfähigkeit unserer Kinder zu verbessern. Wir wollen zudem die Schwimmfähigkeit unserer Kinder gewährleisten, indem wir unter anderem die Anschaffung flexibel einsetzbarer, mobiler Lehrschwimmbecken in ausreichender Zahl sowie weitere Maßnahmen prüfen und ein Förderprogramm zur Reduzierung der Nichtschwimmerquote auflegen.

Kulturtechnik Handschreiben fördern

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass sich das Erlernen einer individuellen, flüssigen und lesbaren Handschrift auf zahlreiche basale Fähigkeiten wie das sinnentnehmende Lesen, die Fein- und Grobmotorik oder die Denk- und Lernleistung auswirkt. Daher werden wir die Kulturtechnik Handschreiben in Kindergärten und Schulen fördern, indem wir verbindliche Zeitrichtwerte zum Erlernen einer flüssigen, ermüdungsarmen verbundenen Handschrift bis zum Ende der vierten Klasse verankern und das Erlernen der verbundenen Handschrift SAS (Schulausgangsschrift) ab der ersten Klasse verbindlich einführen. Wir wollen zudem wieder stärker auf handschriftlich verfasste Diktate und weitere Schreibübungen setzen.

Leistungsprinzip wieder einfordern

Wir werden zum Leistungsprinzip an den Schulen zurückkehren, indem wir den Grundsatz Fördern und Fordern wiederbeleben. Es sind daher ab der Jahrgangsstufe 1 Kopfnoten zur Einschätzung des Arbeits- und Sozialverhaltens einzuführen. Als weitere Maßnahme ist an unseren Gymnasien wieder zum dreijährigen Abitur (sogenanntes G9) zurückzukehren und auf eine strikte Leistungsdifferenzierung sowie das dreigliedrige Schulsystem zu setzen, um einer weiteren Leistungsheterogenisierung der Schülerschaft entgegenzuwirken. Der weiteren Herabstufung unserer Lehrer zu Lernbegleitern erteilen wir eine Absage. Stattdessen ist die Autorität unserer Lehrer und Schulleiter wiederherzustellen. Wir wollen den lehrerzentrierten Unterricht (sogenannter Frontalunterricht) als effizienteste und lernerfolgsversprechendste Unterrichtsmethode in allen Phasen der Lehrerausbildung erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken und die Rahmenlehrpläne grundsätzlich überarbeiten. So sind handfeste Wissensbestände zu definieren, statt weiterhin an beliebigen Kompetenzen festzuhalten. Sämtliche ideologische Unterrichtsinhalte, wie das sogenannte Gender Mainstreaming sind ersatzlos zu streichen.

Verbot der Sexualpädagogik der Vielfalt und Wiederherstellung der politischen Neutralität

Wir werden die Sexualpädagogik der Vielfalt an Kindergärten und Schulen verbieten und sogenannte Kuschelecken, Körpererkundungsräume usw. in Kindergärten, Schulen und Horten abschaffen. Jede Indoktrination durch Gender-Lobbygruppen muss beendet werden. Die Verabreichung von Pubertätsblockern oder chirurgische Eingriffe an Kindern oder Jugendlichen, die das Gefühl äußern, innerlich dem anderen Geschlecht anzugehören, lehnen wir grundsätzlich ab. Eine so schwerwiegende Entscheidung, wie ein geschlechtsangleichender Eingriff, darf nur mit der Reife und Einsichtsfähigkeit des Erwachsenenalters getroffen werden. Sämtliche finanziellen Zuwendungen des Landes Brandenburg für Vereine und Organisationen, die auf Grundlage der Sexualpädagogik der Vielfalt in Schulen tätig sind oder Fortbildungsangebote für Lehrer bereitstellen, sind daher unverzüglich einzustellen. Die Anwendung der Standards für die Sexualaufklärung in Europa der Welthandelsorganisation (2011) ist als kindeswohlgefährdend zu untersagen. Statt dieser linksgrünen Gesellschaftsexperimente fordern wir die Rückkehr zu einer alters- und kindgerechten Sexualkunde im Rahmen des Biologieunterrichts. Wir werden uns

weiterhin für die Wiederherstellung der politischen Neutralität der Schulen einsetzen, indem wir den sogenannten Extremismusparagrafen wieder aus dem Schulgesetz entfernen. Alle Fördermittel des Landes für linksgrüne Projekte, die eindeutig zur Indoktrinierung unserer Kinder an den Schulen durchgeführt werden, sind zu streichen. Zu einer neutralen Schule gehört auch die Beflaggung mit unserer Landes- und Bundesflagge, anstatt der Regenbogenflagge oder Ähnlichem.

Gendern verbieten

Der Gebrauch sämtlicher norm- und regelwidriger Sonderzeichen für die Kennzeichnung sogenannter geschlechtergerechter Sprache an den Schulen und Universitäten des Landes Brandenburgs sowie in offiziellen Schreiben von Schulen ist zu untersagen. Selbiges gilt auch für die Verwendung des generischen Femininums in der mündlichen und schriftlichen Form sowie für die Übertragung der Sonderzeichen in die mündliche Sprachverwendung durch den Glottisschlag. Stattdessen ist das generische Maskulinum oder die Verwendung der Doppelform als normierter Standard eines regelkonformen (Schrift-)Sprachgebrauchs verbindlich vorzuschreiben.

Schädlich und kostspielig – Digitalisierung unserer Grundschulen beenden

Wir werden die kopflose Digitalisierung des Bildungssystems zum Schaden unserer Kinder beenden, indem wir Kindergärten, Vor- und Grundschulen bis zum Ende der Jahrgangsstufe 6 zu digitalfreien Räumen machen. Wir befürworten aus diesem Grund die Festschreibung eines Smartphone-Nutzungsverbotes im Schulgesetz, bezogen auf den gesamten Unterrichtstag und den Aufenthalt auf dem Schulgelände. Die Digitalisierung ist grundsätzlich überall dort zu ermöglichen, wo sie dem Lernprozess nachweislich dienlich und pädagogisch sinnvoll ist sowie den Arbeitsalltag des Lehrers entlastet. Durch das Land Brandenburg sind die finanziellen Mittel für den angemessenen Ausbau der Digitalinfrastruktur in unserem Bildungssystem bereitzustellen.

Feuerwehr macht Schule

Die Freiwilligen Feuerwehren im Land Brandenburg bilden das Rückgrat des örtlichen Brandschutzes, haben aber seit Jahren mit massiven Nachwuchsproblemen zu kämpfen. Um schon frühzeitig junge Menschen für eine Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr zu begeistern, wurde zum Schuljahr 2019/2020 das Wahlpflichtfach Feuerwehrunterricht eingeführt. In zwei Wochenstunden vermitteln geschulte Feuerwehrausbilder teilnehmenden Schülern der Jahrgangsstufe 9 und 10 am örtlichen Standort der Feuerwehr wertvolle Grundkenntnisse und -fähigkeiten, etwa in den Bereichen Brennen und Löschen, Löscheinsatz oder lebensrettende Sofortmaßnahmen.

Dem Verfall des Bildungsniveaus entgegenwirken

Wir werden dem weiteren Verfall des Bildungsniveaus entgegenwirken, indem wir die notwendigen und naheliegenden Schlüsse aus den Bildungstrends des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), der PISA-Studie, der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) usw. ziehen. Dazu gehört unter anderem eine Abkehr von vermeintlich progressiven Unterrichtsmethoden. Stattdessen sind die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen sowie das Auswendiglernen und Rezitieren von Gedichten in der Grundschule aber auch in allen anderen Schulformen und Schulstufen zu stärken und der weiteren Leistungsheterogenisierung in den Klassen und Kursen entgegenzuwirken, indem das bewährte dreigliedrige Schulsystem

gefördert wird. Gleichzeitig werden wir die chaotische Inklusionspolitik beenden und das Förderschulsystem stärken, indem wir ein gut ausgebautes Netz an optimal ausgestatteten Förderschulen errichten und wieder eigene Förderschullehrer im Land ausbilden.

Einführung einer Migrationsobergrenze an Schulen

Wir wollen den Migrationsanteil an Schulen in öffentlicher Trägerschaft auf maximal zehn Prozent deckeln und das Prinzip Deutsch vor Regelbeschulung einführen. Die Aufnahme von Schülern mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen in Regelklassen soll zukünftig nur noch nach vorheriger Teilnahme in Deutschförderkursen und erfolgreichem Absolvieren eines verbindli-chen Spracheignungstests erfolgen dürfen. Wir werden dem zunehmenden Islamismus an unseren Schulen zudem konsequent entgegentreten, indem wir ein Kopftuchverbot an Schulen einführen und die verpflichtende Teilnahme aller Schüler, ungeachtet religiöser Vorbehalte, an einem gemeinsamen Sport- und Schwimmunterricht durchsetzen. Wir werden zudem eine Deutschpflicht auf dem Schulgelände einführen.

Lehrerberuf attraktiv gestalten – Lehrermangel beseitigen

Wir werden den Lehrermangel konsequent bekämpfen, indem wir die grundständige Lehrer-aus-bildung kürzer, straffer und praxisorientierter ausgestalten. Zudem wollen wir die Arbeits- und Rahmenbedingungen im Lehrerberuf spürbar verbessern und zum bewährten Staatsexamen zurückkehren. Neben der Universität Potsdam und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg wollen wir einen dritten Lehrerausbildungsstandort in Frankfurt (Oder) einrichten. Die Finanzierung des Refugee Teachers Program soll dagegen gestrichen und stattdessen in sinnvolle Maßnahmen für die Lehrerausbildung investiert werden. Weiterhin werden wir unsere Lehrer umfassend entlasten und die Attraktivität des Lehrerberufs steigern, indem wir eine umfassende Arbeitszeiterfassungsstudie zur Identifizierung von Belastungsfaktoren und von Entlastungspotenzial im Lehrerberuf auflegen und wissenschaftlich begleiten lassen. Ergänzend wollen wir Schulverwaltungsfachkräfte in ausreichender Zahl zur Entlastung unserer Lehrer und Schulleitungen einstellen und den schulpsychologischen Beratungsdienst durch die spürbare Verbesserung der Schulpsychologen-Schüler-Relation in mehreren Schritten von derzeit 1:10.000 auf perspektivisch 1:1000 ausbauen und stärken. Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes sind die Einführung von Beförderungsämtern, die Verbesserung der Leitungsfreistellung für Schulleiter sowie die zentrale Erfassung und Auswertung von Überlastungsanzeigen, um auf die Bedürfnisse und Probleme unserer Lehrer nachhaltig reagieren zu können.

Bildungs- statt Schulpflicht

Wir werden die Schulpflicht zu einer Bildungspflicht erweitern und im Rahmen eines Pilotprojekts gleichwertiges häusliches Lernen als Alternative zum Schulunterricht ermöglichen. Die deutsche Schulpflicht ist weltweit einmalig. Das an diese Pflicht ursprünglich geknüpfte Versprechen des Staates an die Eltern, im Gegenzug für optimale Bildungschancen zu sorgen, wurde einseitig aufgekündigt. Deshalb ist es notwendig, neue Wege zu gehen und Zeit, sich an bildungspolitisch erfolgreichen Staaten, in denen häusliches Lernen (alters-, schulform- oder -stufenabhängig) legal ist, ein Beispiel zu nehmen. Hierzu müssen Rechte und Pflichten der Eltern sowie der Schulbehörden definiert und notwendige Kontrollinstrumente zum Nachvollziehen der Bildungsziele geprüft werden. Dies soll zunächst im Rahmen eines Pilotprojektes umgesetzt werden.

Ausbildung und Studium mit Kind unterstützen

Wir werden jungen Vätern und Müttern einen leichteren Zugang zu Leistungen für Bildung und Teilhabe verschaffen. BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. des Studiums die Rückzahlung bei erfolgreichem Abschluss erlassen werden. Für alle Studenten mit Kindern soll zudem die Regelstudienzeit auf Antrag um bis zu sechs Semester verlängert werden. Wir setzen uns ergänzend für weitere Hilfs- und Beratungsangebote ein, um junge Eltern in Ausbildung beziehungsweise im Studium zu unterstützen. Wir streben beispielsweise eine flexible Ausgestaltung des Ausbildungs- beziehungsweise Studienverlaufs an, insbesondere der Prüfungstermine. Der Zugang zum Fernstudium, das besser mit einer Familie zu organisieren ist, soll ebenfalls erleichtert werden. Durch diese Maßnahmen reagieren wir auf Untersuchungen, denen zufolge junge Eltern für ihr Studium im Durchschnitt vier Semester länger benötigen und dieses doppelt so häufig abbrechen wie kinderlose Studenten.

Grundausstattung verbessern und Hochschulautonomie stärken

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist eine unabdingbare Grundvoraussetzung für den wissenschaftlichen Fortschritt. Der relative Anstieg von Drittmitteln gegenüber der Grundausstattung gefährdet die Hochschulautonomie. Nur durch eine verlässliche Grundausstattung kann die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet werden. Wir setzen uns daher für eine solide Grundausstattung der Hochschulen ein. Die politisch-ideologisch motivierte Vergabe von staatlichen Drittmitteln ist durch eine deutliche Verbesserung der Grundausstattung der Hochschulen zu ersetzen. Der Wissenschaftsbetrieb muss vor ausufernden bürokratischen Regelungen geschützt werden. Die Hochschulen müssen über Art und Umfang ihres Studienangebots frei entscheiden können.

Studiengebühren für Drittstaatler einführen

Nach dem Vorbild Bayerns wollen wir für Studenten aus Drittstaaten kostendeckende Studiengebühren einführen, um die Steuerzahler zu entlasten. Die Gebühren sollen für die Verbesserung der Hochschullehre eingesetzt werden. Seit Jahren steigt die Zahl ausländischer Studenten an den staatlichen Hochschulen in Brandenburg stetig an, während die der deutschen sinkt. Mittlerweile stammt jeder vierte Student aus dem Ausland, an der BTU Cottbus ist es sogar knapp jeder Zweite. Hauptherkunftsländer sind Indien, Pakistan und Bangladesch. Die Landesregierung weiß nicht, wie viele der ausländischen Studenten nach ihrem Studienabschluss dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Nach den Erfahrungen anderer Länder wird der überwiegende Teil vermutlich unser Bundesland verlassen. Die Frage bleibt, was unser Bundesland von dieser teuren Investition hat: Der Hochschulbetrieb kostet Brandenburg knapp eine halbe Milliarde Euro im Jahr, nicht zuletzt, dafür dass etwa 12.000 ausländische Studenten eine universitäre Infrastruktur bereitgestellt werden muss.

Wir garantieren die Wissenschaftsfreiheit

In den vergangenen Jahren kam es an deutschen Universitäten immer wieder zu Vorfällen, die darauf hindeuten, dass die durch Artikel 5 Absatz 3 GG geschützte Wissenschaftsfreiheit gefährdet ist. Die pluralistische Debatten- und Streitkultur wird an deutschen Hochschulen zunehmend durch aggressive, selbsternannte Meinungswächter bedroht. An manchen Universitäten können bestimmte Redner gar nicht mehr oder nur unter Polizeischutz auftreten; dies untergräbt die Freiheit der Wissenschaft. Auch durch Agendawissenschaften wie Gender Studies und Postcolonial Studies haben die Universitäten eine Politisierung erfahren. Die Wissenschaftsfreiheit muss gegen Angriffe durch politische Korrektheit verteidigt werden. Das Ethos der Wissen-

schaft, zu dem Kritikfähigkeit, Unvoreingenommenheit und der Respekt vor anderen Wissenschaftlern und ihren Leistungen gehören, ist zu stärken. Auch die Wissenschaftskommunikation darf nicht für gesellschaftspolitische Ziele instrumentalisiert werden.

Rückkehr zu Magister und Diplom

Durch die sogenannte Bologna-Reform ist die Studienqualität gesunken. Der vormalige Magisterstudiengang gab den Studenten mehr Freiraum zur Selbstorganisation des Studiums und zur Reifung der Persönlichkeit. Der Bachelorstudiengang hingegen ist durch Modularisierung verschult und brachte durch höhere Prüfungsdichte einen größeren, aber unproduktiven Arbeitsdruck. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages ergab, dass lediglich 47 Prozent der Unternehmen mit den Bachelorabsolventen zufrieden sind. Wir fordern daher, die durch den Bolognaprozess eingeleiteten Maßnahmen ergebnisoffen zu überprüfen und den brandenburgischen Hochschulen wieder das Recht einzuräumen, zu den bewährten deutschen Studiengängen und den dazugehörigen Abschlüssen (Magister und Diplom) zurückzukehren.

Gebrauch der deutschen Sprache in der Wissenschaft fördern

Wir wollen den Gebrauch unserer deutschen Sprache als Lehr- und Wissenschaftssprache stärker fördern. Zudem lehnen wir sämtliche ideologische Eingriffe, wie das Gendern, in unserer Sprachkultur ab. Noch zu Beginn des vorherigen Jahrhunderts war Deutsch eine weltweit anerkannte Wissenschaftssprache. In den vergangenen Jahrzehnten wurde unsere Sprache jedoch aufgrund der zunehmenden Hinwendung zum Englischen auch in deutschen wissenschaftlichen Publikationen und auf wissenschaftlichen Tagungen in Deutschland zunehmend verdrängt.

Vereinbarkeit von akademischer Ausbildung und Familiengründung verbessern

Die Quote der kinderlosen Akademikerinnen über 45 Jahren liegt bei 26 Prozent und damit deutlich über der Quote von Nichtakademikerinnen. Die Vereinbarkeit von akademischer Ausbildung und Familiengründung ist noch immer nicht gewährleistet. Dies führt zu einem Nachteil für die Frauen, deren nachweislich vorhandener Kinderwunsch sich nicht mit einer akademischen Karriere in Einklang bringen lässt. Wir fordern daher, die Erfüllung des Kinderwunsches durch entfristete Beschäftigung und geeignete Förderprogramme zu unterstützen. An allen brandenburgischen Hochschulen muss es geeignete Einrichtungen zur Kinderbetreuung geben.

Lehrstühle für die DDR- und Kommunismus-Forschung

Die DDR- und Kommunismus-Forschung in Deutschland ist zum Jahr 2023 weitgehend abgewickelt. Bundesweit gibt es an einer deutschen Hochschule keinen einzigen Lehrstuhl zur DDR-Geschichte und zur Ideologie und den Folgen des Kommunismus. Der international anerkannte Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin, der seit 1992 die Geschichte der DDR im Zusammenhang der deutschen Nachkriegsgeschichte sowie den Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung erforschte, befindet sich seit Oktober 2023 in der Abwicklung. Der Forschungsverbund legte mit Schülerbefragungen Missstände in der Schulbildung offen, beispielsweise dass Schüler den NS- und SED-Staat nicht als Diktaturen identifizieren konnten. Die Fördermittel vom Bund wurden für die kommende Förderperiode ab dem Jahr 2024 von 40 auf 8 Millionen Euro zusammengestrichen. Die Forschung zum Kommunismus und dem DDR-Un-

rechtsstaat müssen wieder zu einem wichtigen Bestandteil der Forschung und Schulbildung werden, damit Deutschland am antitotalitären Konsens festhalten kann. Denn gerade heute breiten sich in neuen Gewändern ursprünglich kommunistische Ideen in der deutschen Gesellschaft aus. Professoren, möglichst mit einer ostdeutschen Biografie, sollen sich kritisch und identitätsstiftend mit der DDR-Geschichte auseinandersetzen. Daher wird sich die AfD Brandenburg für die Finanzierung von Lehrstühlen im Bereich der DDR- und Kommunismus-Forschung stark machen.

Unser kulturelles Erbe nachfolgenden Generationen weitergeben

Unter Kultur verstehen wir alles, was der Mensch hervorgebracht hat: von der Religion bis zur Technik. Unter deutscher Kultur verstehen wir die Hervorbringungen deutscher Menschen. Wir stehen zu unserem kulturellen Erbe und unseren Traditionen. Wir fördern dafür Projekte und gehen dabei neue Wege. Darin sehen wir die große Chance, uns als Teil einer historischen Schicksalsgemeinschaft wahrzunehmen und als deutsche Bürger in Brandenburg zu identifizieren. Die deutschen Kulturgüter, Traditionen sowie die Geschichte sind wichtiger Bestandteil der deutschen Identität. Wir setzen uns dafür ein, dass in den Lehrplänen dazu wieder eine uneingeschränkte Wissensvermittlung erfolgt. Bereits in der Grundschule sollen diese Inhalte vermittelt werden.

ZUKUNFT FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM: GUTE POLITIK BEGINNT IN DEN KOMMUNEN 13|

Kommunales und ländlicher Raum

Brandenburg ist weit mehr als der Speckgürtel um Berlin. Seit Jahren werden jedoch die ländlichen Regionen Brandenburgs gegenüber dem engeren Verflechtungsraum um Berlin stark vernachlässigt. Diese Vernachlässigungen sind vor allem in den Kernbereichen Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Sicherheit unübersehbar. Die damit einhergehende Unterversorgung der ländlichen Bevölkerung ist eine von vielen Ursachen für die negativen demografischen Entwicklungen in Brandenburg. Die Politik steht in der Pflicht, bestehende Ungleichheiten der Lebensverhältnisse zu beseitigen und für einen entsprechenden Ausgleich zu sorgen. Unsere ländlichen Räume als Heimat des Großteils der Brandenburger müssen endlich wieder stärker in den Fokus der Landespolitik rücken. Zur Stärkung des ländlichen Raumes ist es erforderlich, dass das Land die richtigen Rahmenbedingungen für ein Leben fernab der Hauptstadtregion schafft. Anderenfalls werden die wirtschaftlichen Aktivitäten in den ohnehin strukturschwachen Regionen Brandenburgs weiter abnehmen. Darüber hinaus muss auch dem Bevölkerungsdruck auf den Ballungsraum Berlin entgegengewirkt werden, um hier eine zu starke Verdichtung mit all ihren negativen Folgen für Verkehrsaufkommen, Lebensqualität, Lebenshaltungskosten usw. zu vermeiden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Landbevölkerung eine attraktive Heimat vorfindet, denn Brandenburg ist nicht der Vorgarten von Berlin.

Für ein Mitspracherecht unserer Städte und Gemeinden

Unsere Kommunalpolitiker kennen sich mit den örtlichen Begebenheiten am besten aus. Durch die Einrichtung einer Kommunalkammer, welche die Interessen der Landkreise und kreisfreien Städte durch ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung vertritt und zugleich die kommunale Selbstverwaltung erheblich stärkt, wollen wir unsere Kommunalpolitiker zukünftig an der Landesgesetzgebung stärker beteiligen. Unser Vorbild ist der Bundesrat, der als Vertretung der Bundesländer agiert und deren Interessen gegenüber dem Deutschen Bundestag und damit

der Bundesregierung vertritt. Die Kommunalkammer soll dementsprechend als Vertreterin der Landkreise und kreisfreien Städte eingerichtet werden und diesen ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung geben. Der Kommunalkammer sind kommunale Interessen tangierende Gesetzesvorlagen zur Beratung zuzuleiten. Sie kann ihrerseits im Rahmen ihrer Zuständigkeit Anträge und Gesetzesvorlagen in den Landtag einbringen und gegen ein vom Landtag beschlossenes Gesetz Einspruch erheben.

Die Altanschließer-Problematik gerecht lösen

Die aufgrund verfassungswidriger Beitragsbescheide bestehenden, durchsetzbaren Rückzahlungsansprüche gegenüber den Beitragszahlern müssen schnellstmöglich durch die betroffenen Zweckverbände und Kommunen festgestellt und zurückgewährt werden, ohne Wenn und Aber! Wir werden uns dafür einsetzen, dass durch die Landesregierung einheitliche Maßstäbe im Hinblick auf die Rückzahlung bestandskräftiger Forderungen erarbeitet werden. Ferner sind drohende Zahlungsunfähigkeiten der Zweckverbände und Kommunen bereits vor ihrem Entstehen abzuwenden. Bereits am 12. November 2015 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die rückwirkende Erhebung von Beiträgen rechtswidrig war. Gleichwohl haben sich in der Folgezeit ein Großteil der betroffenen Verbände und Eigenbetriebe geweigert, die bestandskräftig gewordenen, aber rechtswidrigen Bescheide aufzuheben und die Rückzahlung der erhaltenen Beträge vorzunehmen. Lediglich diejenigen Betroffenen, die fristgemäß Widerspruch eingelegt haben, erhielten die rechtswidrig erhobenen Beträge zurück.

Straßenausbaubeiträge und Straßenerschließungsbeiträge endlich abschaffen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kosten für den Neu- bzw. Ausbau kommunaler Straßen vollständig vom Land übernommen werden. Straßenbau und Infrastruktur sind grundsätzlich Teil der staatlichen Daseinsfürsorge. In der Praxis werden Anwohner in Bandenburg – obwohl eigentlich abgeschafft – dennoch für Straßenausbaubeiträge durch die fehlerhafte Ausweisung als Straßenerschließungsbeiträge zum Teil erheblich zur Kasse gebeten. Teilweise erhobene Beträge von mehreren 10.000 Euro sind für viele Hauseigentümer existenzgefährdend. Es muss daher vermieden werden, dass die Kommunen aufgrund leerer Kassen fehlerhaft Straßenerschließungen vornehmen oder ganz auf den Straßenausbau verzichten.

Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz verbessern

Wir fordern die Erweiterung des Gemeinsamen Zentrums der Deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit um den Bereich Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz. Aus der Erfahrung der letzten Umweltkatastrophe an der Oder, mit seinem großen Fischsterben, wollen wir die Polizei- und Zollzusammenarbeit zwischen der Republik Polen und Deutschland auf eine neue Ebene heben. Dort sollen sich auch neben der Polizei Vertreter der deutschen Feuerwehr bzw. Zivilschutz mit der polnischen Feuerwehr und dem polnischen Zivilschutz täglich austauschen, um so über grenzüberschreitende Umweltverschmutzungen frühzeitig informieren zu können. Ziel ist darüber hinaus die Entwicklung gemeinsamer Strategien zur grenzüberschreitenden Schadensbegrenzung und deren Umsetzung in gemeinsamen deutsch-polnischen Einsätzen.

Förderung der individuellen Notfallvorsorge

Ob Oderflut, Schneekatastrophe oder Risiko von flächendeckenden Stromausfällen: Die ungestörte Verfügbarkeit von Energie und Lebensmitteln sowie der unbeeinträchtigte Zugang zu

Finanzdienstleistungen ist weniger selbstverständlich, als gute Zeiten es vermuten lassen. Vor wenigen Jahrzehnten war die Sensibilität für dieses Thema wesentlich ausgeprägter. Viele Familien, zumindest auf dem Land, hatten einen Raum für Vorräte im Haus, mit denen sie kurzfristige Versorgungsengpässe hätten bewältigen können. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe des vorbeugenden Bevölkerungsschutzes an, die Brandenburger in Zusammenarbeit mit den lokalen Kräften von Feuerwehr und Rettungsdiensten landesweit für die Bedeutung von Selbstvorsorgemaßnahmen zu sensibilisieren und darüber zu informieren, wie es auf Bundesebene durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe geschieht.

Unsere anerkannten Hilfsorganisationen attraktiver gestalten

Zur Steigerung der Mitwirkung in Hilfsorganisationen, die bei Natur- und Katastrophenfällen herangezogen werden, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die freiwilligen Dienste, wie zum Beispiel beim Deutschen Roten Kreuz, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und unseren Freiwilligen Feuerwehren über zusätzliche Rentenpunkte vergütet werden. Alternativ werden wir uns für ein landeseigenes Zusatzversorgungssystem einsetzen. Die freiwilligen Helfer sollen dabei selbst entscheiden können, ob sie Rentenpunkte oder Zeitgutschriften erwerben. So soll jedes aktive Dienstjahr zum Erwerb eines zusätzlichen Monats Rentenanspruch führen. Der Dienst, den Freiwillige in diesen Organisationen leisten, ist unentgeltlich und bietet keinerlei finanziellen Ausgleich. Die Folge sind Nachwuchsprobleme, insbesondere seit dem Wegfall der Wehrpflicht und dem damit verbundenen Ersatzdienst.

Attraktivität der Feuerwehren erhöhen

Wir wollen die Attraktivität des Dienstes in den Feuerwehren erhöhen, indem wir eine angemessene landeseinheitliche Aufwandsentschädigung einführen. Dazu sind das Brandenburgische Katastrophenschutzgesetz und das Kommunale Abgabengesetz (KAG) so anzupassen, dass die Aufwandsentschädigungen für die Kameraden klar definiert werden. Wir wollen diesen zudem eine angemessene und standardisierte Ausrüstung sowie regelmäßige Aus- und Weiterbildungslehrgänge bereit- bzw. sicherstellen. Eine angemessene Ausrüstung umfasst sowohl eine leichte Einsatzbekleidung als auch flexibel einsetzbare leichte Löschfahrzeuge. Die Gewinnung neuer Freiwilliger ist für uns von besonderer Bedeutung. Deshalb müssen Jugendfeuerwehren durch Werbemaßnahmen sowie finanziell angemessen unterstützt werden. Der Schutz von Menschen und Natur, unserer Wälder und Heidelandschaften darf nicht Sparzwängen geopfert werden.

Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen

Unser Ziel ist es, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Brandenburg zu schaffen. Die regionalen Identitäten sollen in allen Teilräumen des Landes gewahrt und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Zur Sicherung der kommunalen Eigenverantwortung müssen dafür das Finanzvolumen und die Handlungsspielräume der Gemeinden deutlich erweitert werden. Wir fordern deswegen eine Überprüfung der Ausgewogenheit der Staatsverträge zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin. Die Brandenburger Kommunen sind durch die Vorgaben des sogenannten Landesentwicklungsprogramms der Länder Berlin und Brandenburg und dem zugehörigen Staatsvertrag auf kommunaler Ebene in ein enges finanzielles Korsett geschnürt. Ursprung dieser Verträge ist die gescheiterte Fusion der beiden Länder im Jahr 1995. Seither wurden in den unterschiedlichsten Bereichen immer wieder neue Staatsverträge zwischen Berlin und Brandenburg geschlossen – in erster Linie, um Berliner Interessen durchzusetzen. Gleichzeitig hat sich Brandenburg immer weiter aus der finanziellen Verantwortung gegenüber seinen Kommunen zurückgezogen, beispielsweise im Bus- und Bahnverkehr: Funktionierende Schienenver-

bindungen wurden vom Land aus Kostengründen stillgelegt und dafür sind Buslinien geschaffen worden, deren Finanzierung allerdings die Kommunen stemmen müssen. Denn die Verantwortung für den Schienenverkehr liegt beim Land Brandenburg, die für den Busverkehr jedoch bei den Landkreisen. Das Land erhält hohe Millionenbeträge als Fördermittel vom Bund. Diese Gelder setzt die Landesregierung allerdings nicht vollständig zweckgebunden ein. So liegen derzeit für den Personennahverkehr bestimmte Gelder in Höhe von rund 250 Millionen Euro ungenutzt auf Landeskonten, während Kommunen und Kreise nicht mehr wissen, wo sie die Geldmittel hernehmen sollen, um ihre Aufgaben zu finanzieren, ohne sich zu überschulden. Wir werden das ändern! Neuverhandlungen und gegebenenfalls die Aufkündigung dieser Verträge dürfen dabei kein Tabu sein. Die Wahrung Brandenburger Interessen steht für uns an erster Stelle.

Kommunalabgabengesetz ändern, um Musterprozesse zu ermöglichen

Wir setzen uns für die Zulassung von Musterklagen in Prozessgemeinschaften durch eine entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes ein. Dadurch wird den Betroffenen eine rechtliche Prüfung der gegen sie gerichteten Bescheide ermöglicht. Musterprozesse kommen aber auch den Kommunen und der Justiz zugute, da sie die Zahl gerichtlicher Streitigkeiten reduzieren. Bei der Erschließung von Grundstücken und dem Ausbau von Straßen werden Anlieger immer wieder mit Beitragsforderungen konfrontiert, die für sie rechtlich und tatsächlich nicht nachvollziehbar sind. Auch wenn sie Widerspruch gegen die Beitragsbescheide einlegen, haben sie als Einzelne vielfach nicht die finanziellen Möglichkeiten, die Rechtmäßigkeit der Bescheide gerichtlich überprüfen zu lassen. Das stört dauerhaft den Rechtsfrieden und belastet das Verhältnis zwischen den Brandenburgern und der Kommunalverwaltung.

Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes

Laut Gesetzeslage müssen alle Gemeinden, Amtsgemeinden und Städte, die länger als drei Jahre mit ihren Jahresabschlüssen zurückliegen, in die sogenannte vorläufige Haushaltsführung gehen. Weil die Rechnungsprüfungsämter in den Landkreisen einen immensen Bearbeitungsrückstand haben und einige Gemeinden mit den Jahresabschlüssen völlig überfordert sind, droht deswegen ab dem 1. Januar 2025 sage und schreibe 80 Prozent der Brandenburger Kommunen das Abrutschen in die vorläufige Haushaltsführung. Das bedeutet beispielsweise für den Landkreis Teltow-Fläming, dass von den 13 kommunalen Gebietskörperschaften nur eine, Blankenfelde-Mahlow, nicht betroffen ist. Weiterhin bedeutet das, dass keine freiwilligen Leistungen von Seiten der Ämter mehr gezahlt werden dürfen und somit unter anderem die Vereinsförderung eingestellt werden muss! Wir sorgen dafür, dass solch ein Szenario nicht eintritt, indem wir die entsprechenden Gesetze anpassen und überarbeiten. Unser Angebot ist die Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes und des kommunalen Abgabengesetzes.

14 | LANDESPLANUNG, MOBILITÄT UND WOHNRAUMSCHAFFUNG – BEDARFSGERECHT UND VORAUSSCHAUEND

Verkehr, Infrastruktur, Bauen und Wohnen

In vielen Regionen Brandenburgs wächst der Unmut: Der Bus- und Bahnverkehr wird immer unattraktiver, das Netz an Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen wird immer lückenhafter. Die Menschen vor Ort fühlen sich von den Altparteien und ihren Repräsentanten für dumm verkauft. Die Situation in vielen ländlichen Räumen Brandenburgs gibt massiven Anlass zur Sor-

ge. Landflucht prägte viele Jahre lang das Bild unserer Heimat Brandenburg. In vielen Regionen ist es mittlerweile andersherum. Immer mehr Menschen, darunter auch zunehmend Migranten und Asylanten, siedeln sich in Brandenburg an. Um diese Entwicklung zielgerichtet zu steuern, bedarf es eines grundlegenden Politikwechsels. Wir wollen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Brandenburg. Wir möchten die regionale Identität in allen Teilräumen des Landes wahren und zukunftsfähig weiterentwickeln. Stadt und Land haben gleichrangige Lebensweisen und Werte, die sich ergänzen. Um unsere Heimat wieder ins Gleichgewicht zu bringen, streben wir eine traditionsbezogene, familienfreundliche und selbstbewusste Gestaltung des ländlichen Raumes an. Die derzeitige Landesregierung verwandelt das Land jedoch immer mehr in einen Abstellplatz für Windräder und Solarparks. Der Landesplanungsvertrag zwischen Brandenburg und Berlin hatte ursprünglich das Ziel, eine ausgewogene, gleichberechtigte, gemeinsame Landesplanung für Brandenburg und Berlin zu gewährleisten. Der ursprüngliche Vertrag und auch seine Fortschreibungen haben jedoch dazu geführt, dass Brandenburg immer weniger, Berlin jedoch unverhältnismäßig stark daraus profitiert. Die AfD sieht diese Entwicklungen mit großer Besorgnis.

Landesentwicklung und Landesplanung

Das Land Brandenburg und seine Bewohner müssen und mussten sich unter den drei Woidke-Regierungen in unzumutbarer Weise den Vereinbarungen des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion unterordnen. Berlin profitiert davon, dass Brandenburgs Kommunen kaum noch selbst bestimmen können, wo sie Bauland für Wohnen und Gewerbe ausschreiben dürfen. Berlin profitiert von immer mehr Windrädern auf und in Brandenburger Feldern und Wäldern. Berlin fordert zur Entlastung des Hauptstadtverkehrs den Bau von Park-and-ride-Parkplätzen in Brandenburger Umlandkommunen. Gleichzeitig vereinnahmen Berliner Stadtflüchtlinge immer mehr Wohnraum in Brandenburg. Zusätzlich kommen viele Migranten und Asylanten, die als Mieter der Berliner landeseigenen Wohnungsgesellschaften in Neubauten in den märkischen Kommunen einquartiert werden. Zeitgleich wird Wohnen für Brandenburger immer teurer. Das Land Brandenburg verwandelt sich zunehmend in einen Selbstbedienungsladen für die Hauptstadt. Insofern positioniert sich die AfD unmissverständlich gegen jegliche Ambitionen der Landesregierung, mit immer neuen Staatsverträgen Brandenburger Flächen zugunsten Berliner Expansionsbestrebungen zur Verfügung zu stellen. Mit der AfD wird es insbesondere keine Privilegierung von energieerzeugenden Anlagen geben, um den klimaideologisch initiierten Drang von Berlin nach wetterabhängigen Energien zu stillen. Die Kommunen müssen wieder mehr Freiheit in der Planung von Wohn- und Gewerbegebieten bekommen. Der Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP) muss daher zum Wohle unseres Bundeslandes reformiert werden. Weiterhin ist die Schaffung eines Land-Kommunen-Sofortprogramms zur Baulandentwicklung dringend notwendig. Wir befürworten zudem eine gezielte Einbindung der Kommunen und der Kommunalpolitik bei der Entwicklung und Umsetzung vorausschauender Bodenpolitik für Wohnen und Gewerbe in der Entwicklung der Regionen Brandenburgs.

Strukturentwicklung in der Lausitz

Ziel der AfD ist der Ausbau und die Stärkung der Infrastruktur in der Lausitz. Wir fordern die Umsetzung aller im Strukturstärkungsgesetz verankerten Infrastrukturmaßnahmen. Gleichzeitig fordern wir den sofortigen Stopp der vollkommen einseitig ausgerichteten Fokussierung der Ausbauziele auf rein klimaideologische Maßnahmen. Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Bund für eine Rücknahme der aktuellen gründominierten Prioritätenliste der Ampel-Regierung einzusetzen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Lausitz hängt in erster Linie von intakten Straßen, Brücken und Schienen ab. Daher fordert die AfD: Straßenausbau und Schienenausbau jetzt!

Auto- und Eisenbahnland Brandenburg

Mobilität bedeutet soziale Teilhabe. Brandenburg ist ein wichtiges Transitland. Die derzeitige Landespolitik fokussiert sich jedoch ausschließlich auf die sogenannte Hauptstadtregion und orientiert ihre Raumordnung und Regionalpolitik zunehmend an den Wünschen Berlins. Wir wollen das ändern! Straße und Schiene ergänzen sich gleichberechtigt zum Vorteil von Wirtschaft, individueller Mobilität und Umweltschutz. Wir fordern daher die Abschaffung unsinniger, ideologiegetriebener Verordnungen und fordern eine Anpassung der Straßeninfrastruktur an das Verkehrsaufkommen der langfristigen Verkehrsprognose des Bundes. Unser Land Brandenburg braucht beispielsweise den sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahn A13 sowie die grundlegende Erarbeitung eines legislatur- und haushaltsübergreifenden Landesverkehrsplans, eines Landesstraßenbedarfsplans sowie eines Landesstraßeninstandsetzungsbedarfsplans als Grundlage einer systematischen Verkehrs- und Infrastrukturplanung. Ergänzend fordern wir die Schaffung von Sonderprogrammen für die Sanierung, die Instandsetzung sowie den Neubau von Ortsdurchfahrten, Ortsumgehungen, Brücken und Infrastrukturen im Zusammenhang mit Wasserstraßen. Als Vorbild für eine zukünftige landesweite Regellösung sehen wir das Bernauer Modell, das die fachgerechte Instandhaltung von Sandstraßen statt eines Ausbaus über die Hintertür Erschließungsbeitrag vorsieht. Zudem wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, den LKW-Transitverkehr konsequent auf die Schiene zu verlagern und das Güterschienennetz auszubauen. Brandenburg soll so zum Vorreiter im Gütertransport sowohl auf der Schiene als auch auf dem Wasser werden. Die Grundlage dieser Maßnahmen ist die Wiederinkraftsetzung des von der Landesregierung ersatzlos gestrichenen § 43 des Brandenburger Straßengesetzes. Dieser Paragraf beinhaltete die Vorschriften zum Neubau und Ausbau von Landesstraßen. Ohne diesen Paragrafen wird es in Brandenburg keine neuen Landesstraßen, keine neuen Ortsumfahrungen und keine grundhafte Erneuerung von Ortsdurchfahrten mehr geben!

Öffentlicher Personennahverkehr als Staatsziel

Wir wollen die Daseinsfürsorge als dauerhaftes Staatsziel in der Landesverfassung festschreiben und dabei den öffentlichen Personennahverkehr explizit benennen. Dieser muss auskömmlich vom Land finanziert werden, um unsere Landkreise zu unterstützen. Brandenburg braucht einen flächendeckend verfügbaren öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Das Land steht hier gegenüber seinen Bürgern in der Pflicht. Weiterhin fordern wir die Festlegung von Mindeststandards zur ÖPNV-Bedienung sowie eine Mindestausstattung der zugehörigen Infrastrukturen wie die Barrierefreiheit an Haltestellen und Umsteigepunkten. Die Möglichkeit, schnell, kostengünstig, zuverlässig und sicher Arbeitsstelle, Schule, Ausbildungsstätte, Einkaufsgelegenheit, Arzt, Apotheke und Freizeiteinrichtung zu erreichen, ist eine wesentliche Voraussetzung für die persönliche Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe von uns allen. Mit der derzeitigen Politik ist das nicht mehr gewährleistet. Die Landesregierung ignoriert die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung. Sie ignoriert zudem das grundgesetzlich verbriefte Recht der Menschen auf gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Ausbau des brandenburgischen Radwegenetzes

Wir wollen nicht nur das bestehende Radwegenetz insbesondere innerstädtisch und in touristischen Regionen ausbauen, sondern auch die Alltagstauglichkeit der bestehenden Radwege erhöhen. Wir fordern daher einen Ausbau des brandenburgischen Radwegenetzes in Form von straßenbegleitenden, separaten Radwegen entlang von Landesstraßen. Ein beschleunigter Ausbau der Radinfrastruktur ist in Anbetracht der stetig steigenden Zahl an Verkehrsteilnehmern unerlässlich.

Baurecht bundesweit vereinfachen und vereinheitlichen

Wir benötigen eine bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes sowie eine Beschleunigung von Verfahren durch Bürokratieabbau und Digitalisierung. Fehlender Wohnungsneubau, Stadtflucht, die zunehmende Zahl der Ein-Personen-Haushalte sowie die ungezügelte und illegale Einwanderung führen dazu, dass es für untere und mittlere Einkommensgruppen immer schwieriger wird, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, müssen nicht nur die Voraussetzungen für bedarfsgerechten Wohnungsneubau, beispielsweise durch die Ausweisung von Bauland geschaffen, sondern auch die Kosten substanziell gesenkt werden. Wir fordern daher eine Reduktion der überzogenen Baustandards und -vorgaben sowie die Streichung ideologiebehafteter Gesetze und Verordnungen im Bauordnungsrecht. Bau- und Wohnkosten müssen durch eine klare Abkehr von falschen energiepolitischen Vorgaben, wie dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) nachhaltig gesenkt werden. Der Brand-, Wärme- und Schallschutz ist auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzufahren. Wir fordern zudem eine Reform des Baugesetzbuchs sowie eine nachhaltige Entlastung der angespannten Wohnungsmarktlage durch die konsequente Remigration von Migranten und Asylanten ohne Bleiberecht. Der Asylparagraf § 246 des Baugesetzbuches, der die Sonderregelungen zum Bau von Unterkünften für sogenannte Flüchtlinge und Asylanten in den Kommunen beinhaltet, ist daher abzuschaffen. Wir fordern die ersatzlose Streichung dieser Regularien, deren Laufzeit unbemerkt von der Öffentlichkeit seit 2016 regelmäßig verlängert wird und sämtliche Bauplanungsvorschriften komplett aushebelt.

Günstigen Wohnraum in ganz Brandenburg schaffen

In ganz Brandenburg streben wir die Schaffung günstigen Wohnraums an. Die Baunebenkosten müssen daher grundsätzlich auf ein Mindestmaß reduziert werden. Die Brandenburgische Bauordnung ist deshalb durch eine völlig neu gestaltete, stark vereinfachte Landesbauordnung zu ersetzen. Das Wohnungsangebot ließe sich aber nicht nur durch weniger Bürokratie und Entlastungen von Bauträgern sowie Investoren erhöhen. Ergänzend wollen wir Wohnungsbaugenossenschaften finanziell unterstützen sowie den Erwerb von Genossenschaftsanteilen vereinfachen, indem wir ein Förderprogramm zur Schaffung von Genossenschaften ohne kommunale Beteiligung oder Landesbeteiligung einrichten. Mieter mit geringem Einkommen wollen wir fördern. Mithilfe eines Jung-kauft-Alt-Programms wollen wir zudem zur Belebung des ländlichen Raums insbesondere jungen Menschen den Erwerb von Bestandsimmobilien in besonderem Maße erleichtern. Zusätzlich fordern wir die Schaffung landesweit anwendbarer Kriterien für ein sogenanntes Einheimischen-Modell, um den Wohnbedarf der ortsansässigen Bevölkerung vorrangig decken zu können. Die Grunderwerbsteuer auf die erste selbstgenutzte Wohnimmobilie ist ersatzlos zu streichen. Damit Einheimische besser auf das vorhandene Angebot zugreifen können, ist der Erwerb von Wohnimmobilien durch Käufer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20 Prozent zu erschweren. Die Grundsteuer und Gebühren, wie die EEG-Umlage oder die GEZ-Abgabe, sind zu streichen. Der Ausgleich der Grundsteuer an die Gemeinden ist vom Bund zu leisten.

Bezahlbarer Wohnraum für Familien – Eigenheimquote erhöhen

Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum. Wir wollen es möglichst vielen Familien ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben, indem wir die Einkommensgrenzen für Familien zur Gewährung eines Landesdarlehens der Investitionsbank des Landes Brandenburg für selbstgenutzte Immobilien ausweiten und den Kinderzuschlag sowie das zu gewährende Grunddarlehen erhöhen. Zudem soll der Erwerb von Bestandsimmobilien mit geringem Modernisierungsbedarf förderungsfähig werden. Häufig ist fehlendes Eigenkapital der Grund dafür, dass junge Familien ihren Traum vom Eigenheim nicht verwirklichen können. Hier sollen, geordnete Einkommens-

verhältnisse vorausgesetzt, Landesbürgschaften helfen. Der Wohnbau soll zudem flächendeckend gefördert werden. Ergänzend wollen wir Bauland vergünstigt an Familien abgeben. Statt einer teuren Förderung von Energieeffizienzhäusern wollen wir gestaffelte Teilerlasse entsprechend der Kinderzahl. Als weitere Entlastungsmaßnahme werden wir ein Landesbaukindergeld einführen, welches nach der jeweiligen Kinderanzahl gestaffelt ist. Mit dem Landesbaukindergeld wollen wir Familien mit Kindern, die zum ersten Mal eine Immobilie kaufen oder ein Eigenheim bauen, finanziell fördern. Zudem wollen wir die Konditionen der Baufinanzierung durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg für Familien attraktiv und zeitgemäß gestalten. Die AfD positioniert sich darüber hinaus klar und unmissverständlich zur Entlastung der angespannten Wohnungsmarktlage durch die konsequente Remigration von Migranten und Asylanten ohne Bleiberecht.

Verbot von Verbrennermotoren in Deutschland abwenden

Das auf EU-Ebene beschlossene Verbot des Verbrennungsmotors wird die deutsche Industrie hart treffen. Hundertausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Dieser drohende Wohlstandsverlust für die Deutschen und Brandenburger muss dringend abgewendet werden. Eine verantwortungsvolle Landesregierung hat auf die Bundesregierung entsprechend einzuwirken, das schädliche Verbot des Verbrennermotors aufzuheben. Wir fordern weiterhin, dass im Land Brandenburg die Erforschung von sogenannten E-Fuels für die Rettung des Verbrennermotors vorangetrieben wird.

EU-Regeln zur Sanierung von Gebäuden verhindern

Das deutsche Gebäudeenergiegesetz, das so genannte Heizungsverbot, ist unsozial und grundgesetzwidrig und belastet auch die Brandenburger Bürger massiv. Es kommen zum Teil Kosten in fünf- bis sechsstelliger Höhe auf Hausbesitzer (und so mittelbar auch auf Mieter) zu, da teilweise große Sanierungen notwendig werden. Auf EU-Ebene sind diesbezüglich teilweise noch Verschärfungen geplant, welche dringend abzuwenden sind. Wir setzen uns auf allen Ebenen für die ersatzlose Streichung des von der Klimaideologie getriebenen Gebäudeenergiegesetzes ein.

15| NICHT DAS KLIMA IST BEDROHT, SONDERN UNSER WOHLSTAND

Kima und Energie

Braunkohle und Forstwirtschaft ermöglichen die Versorgung des Landes Brandenburg mit Strom aus eigenen Quellen. Windkraft und Solarenergie können das nicht. Vor dem Hintergrund des sogenannten Klimaschutzes bekommen die Profiteure im Energiesektor durch die Energiegesetze Unsummen an Steuergeldern. Im Land Brandenburg sprechen, neben den hohen Kosten, auch die Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Umwelt und die Lebensqualität der Anwohner gegen Windkraft und Solarenergie. Es ist zudem wissenschaftlich ungesichert, dass derzeitige Klimaveränderungen vorwiegend durch Menschen verursacht sind. Die Klimaprognosen des Weltklimarats basieren auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. So hat der Mensch seit Ende des vergangenen Jahrtausends nur 1,2 bis 5 Prozent der Gesamtmenge an CO2 verursacht, der überwiegende Teil ist somit natürlichen Ursprungs. In Deutschland kam es erst seit 1988 zu einer Erhöhung der Mitteltemperatur, die sich aber durch eine deutliche Erhöhung der Sonnenstunden und durch andere Effekte wie eine zunehmende Bebauung erklären lassen. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass der behauptete negative Einfluss der ausgestoßenen Treibhausgase auf die Temperatur der Erde in der Realität weitaus geringer, bis gar nicht vorhanden ist. In der Folge berücksichtigen immer mehr Wis-

senschaftler natürliche Schwankungen des Weltklimas in ihren Simulationen. In der Tat gab es schon vor der Industrialisierung regelmäßige Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die jeweilige CO2-Konzentration der Luft erklären lassen. Ein Schutz des Klimas ist nicht möglich, aber eine Anpassung an das sich ändernde Klima durchaus. Unsere Energiepolitik geht von dem Grundsatz aus: Klimaanpassung statt Klimaschutz!

Unsere Energieversorgung endlich zukunftssicher machen

Wir werden dafür sorgen, dass die für unsere heimische Wirtschaft notwendige Energie kostengünstig bereitgestellt wird. Hierzu bedarf es einer strategischen Neukonzeption unserer Energieversorgung. Wir sind offen für neue Technologien und lehnen einen Zwang zu einzelnen Energieträgern ab. Wo Geothermie und Biomasse zur regionalen Versorgung sinnvoll sind, werden wir sie fördern. Wegen ihres hohen Wirkungsgrades wird die Kernenergie eine Schlüsseltechnologie für die Zukunft sein. Wir haben uns daher gegen die Abschaltung moderner Kernkraftwerke ausgesprochen. Brandenburg benötigt die Braunkohle aus der Lausitz, die nicht für umweltschädliche Windkraft-Projekte geopfert werden darf.

Embargo gegen Russland aufheben

Der Betrieb der Raffinerie PCK Schwedt ist nach ihrem bewährten und zukunftsfähigen Geschäftsmodell zu sichern. Auch hier verbieten sich hochsubventionierte, unsichere Experimente. Das Gas- und Ölembargo gegen Russland muss daher aufgehoben werden. Die Umstände der Sprengung der North Stream-Pipeline müssen ohne politische Einflussnahme untersucht und die Täter benannt werden.

Erneuerbare-Energien-Gesetz und Gebäude-Energie-Gesetz abschaffen

Wir setzen uns für eine Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), des Gebäude-Energie-Gesetzes (GEG) sowie deren Folgegesetze und Verordnungen ein. Eine rechtskonforme Entschädigung der Altanlagenbesitzer ist dabei Voraussetzung. Die Förderung von Wind- und Solarenergie durch das EEG kommt die Menschen im Land Brandenburg, wie auch in Deutschland, insgesamt teuer zu stehen. Die Brandenburger Bürger zahlen dabei bundesweit die höchsten Netzentgelte. Garantierte Entgelte sowie eine Einspeisegarantie haben die Stromkosten auf ein Niveau getrieben, das die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes bereits jetzt stark vermindert hat. Die Energierechnungen sind schon jetzt für eine zunehmende Zahl von Brandenburgern unbezahlbar. Der kommende Zwang zum Einbau von Wärmepumpen (GEG) wird dazu führen, dass in Brandenburg Wohnraum unbezahlbar wird und viele Bürger ihr Eigenheim verlieren werden. Dies ist für uns nicht tragbar. Die kommunale Wärmeplanung von Kommunen, wie sie das GEG vorschreibt, muss abgeschafft werden. Wir wollen den Bürgern die freie Wahl der Heizungsart überlassen. Besonders wichtig für Brandenburg ist die Erhaltung der Möglichkeit des Heizens mit Holz ohne jegliche Einschränkung. Die Zahl der Netzeingriffe ist von 2005 bis 2023 von 5 auf 15.120 im Jahr gestiegen. Die Zusatzkosten für diese Netzstabilisierung müssen abgebaut und solange von den Versorgern übernommen werden, bis das EEG komplett abgeschafft ist. Direkte oder indirekte Subventionen für Energiegewinnung, -speicherung und -verteilung lehnen wir ebenso ab, wie Fördergelder für Elektromobilität (beispielsweise E-Busse für kommunale Verkehrsunternehmen).

Klimaschutz ist kein Umweltschutz: Keine Förderung sogenannter Erneuerbare-Energie-Anlagen

Wir wollen die Umwelt schützen und langfristig als Lebensquell und zur Erholung der Menschen erhalten. Deshalb dürfen auch keine weiteren Erneuerbare-Energien-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten errichtet werden. Kabeltrassen, Windräder und Solarparks sollen nicht gegen die Mehrheit der Anlieger genehmigungsfähig sein. Solche Anlagen sollten generell nur mit Bürgerentscheid gebaut werden dürfen. Ohne Zustimmung der betroffenen Brandenburger dürfen zudem keine weiteren Vorrangflächen für Windenergieanlagen zugewiesen werden. Kein Wald für Wind! Wir fordern das Verbot von Windrädern in Wäldern. Wir lehnen die Umsetzung des Flächenziels von 2,2 Prozent der Landesfläche zum Bau von Windindustrieanlagen strikt ab. Wir lehnen zudem die Ausweisung von Flächen in Brandenburg, um sie Berlin als Kompensationsflächen zur Verfügung zu stellen, ab. Wir fordern die Einrichtung eines bundesweit ausstrahlenden Instituts für Klimapolitikfolgen, um die ökosozialistischen Politikfolgen der letzten Landes- und Bundesregierungen wissenschaftlich aufzuarbeiten. Die Null-Emissionspolitik ist zu beenden, der Windkraftausbau und der Ausbau der Photovoltaik sind zu stoppen.

Niedrige Strompreise für alle Brandenburger

Die AfD fordert, dass die Energiewendepolitik beendet wird und unsere Strompreise wieder auf ein sozialverträgliches Niveau gesenkt werden. Die Strompreise im Land Brandenburg steigen mit jedem Zubau von Wind- und Sonnenenergieanlagen sowie dem notwendigen Ausbau des Netzes zwangsläufig weiter. Die Subventionen fließen zu den Profiteuren der Energiewende und belasten, nach Informationen der Netzagentur, jeden Verbraucher mit ca. 25 Ct/KWh allein nur für die Netzentgelte bis zum Jahr 2030. Bereits heute sind die Netzentgelte um 100 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, mittlerweile übersteigen die Netzentgelte und Steuern die Kosten der Stromerzeugung bei Weitem. Schließlich werden diese Subventionen direkt über die hohen Strompreise und somit durch uns Verbraucher gezahlt. Damit findet eine noch nie dagewesene Umverteilung von unten nach oben statt. Die volkswirtschaftlichen Mehrkosten der geplanten Energiewende allein im Strombereich werden bis 2040 untragbar sein. Dem werden wir entgegenwirken. Günstige Strompreise sind nicht nur für den Privatverbraucher, sondern auch für unsere kleinen und großen Unternehmen von zentraler Bedeutung. Die hohen Energiepreise führen zur Deindustrialisierung. Aufgrund der hohen Energiepreise drosseln Betriebe ihre Produktion oder verlagern diese in das Ausland. Die brandenburgische Politik muss sich daher dringend für die Senkung der Energiepreise einsetzen.

Das Pariser Klimaabkommen aufkündigen

Die AfD tritt dafür ein, dass Deutschland das Pariser Klimaabkommen vom 12. Dezember 2015 kündigt. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten Klimaschutz- sowie Forschungsorganisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen. Das Land Brandenburg muss bei diesen Maßnahmen die Vorreiterrolle übernehmen. Mit dem Beitritt zum Pariser Abkommen und dem von der Bundesregierung erlassenen Klimaschutzplan 2050 hat Deutschland sich dazu verpflichtet, für die Umstellung der Wirtschaft auf einen niedrigen Ausstoß von Kohlendioxid, weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen. Eine Emissionssenkung im Land Brandenburg, in Deutschland oder der EU hätte allerdings keine erkenn- oder messbare Wirkung auf das Weltklima, wie die Absenkung während der Corona-Zwangsmaßnahmen von 2020 bis 2022 überdeutlich gezeigt hat.

Braunkohleabbau als wichtigen Wirtschaftsfaktor erhalten

Wir treten für den Erhalt der Braunkohle als wichtigen Wirtschaftsfaktor ein. Südbrandenburg wird seit Beginn der Industrialisierung von Braunkohleabbau und -nutzung geprägt, sie stellt den strukturbestimmenden Wirtschaftsfaktor in dieser Region dar. Daher wollen wir die Stromerzeugung aus Kohle als wichtigen Wirtschaftsfaktor, soweit am freien Markt konkurrenzfähig, unbedingt erhalten. Die Akzeptanz der regionalen Bevölkerung für diesen Industriezweig ist im Allgemeinen groß. Eine Infragestellung des Braunkohleabbaus würde die südbrandenburgische Wirtschaftsstruktur nachhaltig schwächen und zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen führen, die in dieser Region durch nichts zu kompensieren sind. Der Braunkohle kommt als einer der wenigen heimischen Energieressourcen eine hohe Bedeutung zu, da sie die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren hilft. Ein Ausbau der alternativen Energieerzeugung kann die Verstromung von Braunkohle nicht ersetzen, da die unregelmäßige und wetterabhängige Leistungsabgabe der Wind- und Sonnenenergieanlagen nicht die erforderliche Versorgungssicherheit bieten.

Gas- und Kohlekraftwerke weiter betreiben

Zur Senkung des Strompreises ist die Verwendung unserer heimischen Braunkohle unabdingbar. Die naturgesetzlich, technisch und wirtschaftlich bedingten und daher vorhersehbaren Probleme der Energiewende, wie weiter steigende Preise, gefährdete Netzstabilität, zunehmendes Risiko für Stromausfälle und fehlende Großspeicher, sind ungelöst. Auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke und anderer konventioneller Methoden, wie beispielsweise die Kraft-Wärmekopplung, darf das Land Brandenburg daher nicht verzichten, solange kein bezahlbarer und vor allem funktionierender Ersatz gesichert verfügbar ist. Wir fordern, dass alle direkten und indirekten Subventionen für alle sogenannten erneuerbaren Energien zu streichen sind. Weiterhin ist die Brandenburger Energiestrategie 2030 in der bestehenden Form zu beenden und auf konventioneller Basis neu zu definieren.

Ausbau der Wind- und Solarenergie begrenzen

Ziel der Bundesregierung ist es, die CO2-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu senken. Brandenburg hat dieses unsinnige Ziel übernommen. Außer dem privaten Stromverbrauch der Haushalte will die Regierung auch noch die Sektoren Mobilität, Heizung und Industrie auf Ökostrom umstellen. Damit würde aber der Stromverbrauch auf das mindestens Vierfache ansteigen. Ein solcher Anstieg in der erneuerbaren Stromproduktion ist absolute Illusion, die Mehrkosten dafür wären untragbar. Wir fordern daher einen vollständigen Stopp des Ausbaus der Wind- und Sonnenener-gieanlagen. Es dürfen dabei keine kommunalen Abgaben für die private Sonnenenergieerzeugung erhoben werden. Die Windenergieanlagen müssen nach ihrer Nutzung wieder vollständig, mit dem Fundament, von den Energieerzeugern zurückgebaut werden.

Konventionelle Kraftwerke und Kernkraft

Um Stromausfällen vorzubeugen, wollen wir unsere konventionellen Kohlekraftwerke zur Sicherstellung der Grundlast weiterbetreiben. Um unsere Energieversorgung sicherzustellen, ist zudem die Kernenergieforschung zu etablieren und der Bau von Kleinkraftwerken in Brandenburg zu prüfen. Zur Bewältigung der zunehmenden Schwankungen bei der Erzeugung von Wind- und Solarstrom (mehr als 15.000 Netzeingriffe im Jahr 2023) sind entweder große Stromspeicher oder konventionelle Kraftwerke notwendig, die Strom liefern, wenn weder Wind weht noch die Sonne scheint. Anbieter von erneuerbaren Energien müssen daher in geeigneter Form gezwungen werden, Strom zu jeder Tages- und Nachtzeit anzubieten, und nicht nur dann, wenn

Wind weht oder die Sonne scheint. Speicher in der notwendigen Größe sind technisch bedingt nicht verfügbar, auch Wasserstoff ist für diese Zwecke völlig ungeeignet. Es bleibt also nur, konventionelle Kraftwerke vorzuhalten, die unseren gesamten Strombedarf decken können und die Gefahr von großflächigen, anhaltenden Stromausfällen senken. Gerade unsere Wirtschaft ist auf eine sichere und kostengünstige Stromversorgung angewiesen.

Unsere Überzeugung: Kein Diesel ist illegal

Mit uns wird es keine Fahrverbote für Fahrzeuge mit Diesel- oder Ottomotor aufgrund der Überschreitung von willkürlichen Grenzwerten und fragwürdigen Messergebnissen geben. Wir sehen den Verbrennungsmotor und nicht zuletzt den sparsamen Dieselmotor noch für lange Zeit als dominierende Antriebstechnik auf der Straße an. Dieser ist hoch entwickelt und wird stetig weiter verbessert, sowohl in Bezug auf Effizienzsteigerung als auch auf Emissionsreduzierung. Die derzeitige Diskussion über Stickoxid ist aus ideologischen Gründen vorgeschoben und reiht sich nahtlos in den Jahrzehnten währenden Kampf grüner Ideologen gegen den Individualverkehr ein. Mehr als 35 Prozent der Pendler im Land Brandenburg setzen auf einen Diesel-PKW und sind von der unsinnigen Diesel-Diskussion unmittelbar betroffen.

16| HEIMATLIEBE UND TRADITIONSBEWUSSTSEIN FÖRDERN

Kultur und Denkmalschutz

Schloss Sanssouci, Schloss Rheinsberg sowie Park und Schloss Branitz gehören sicherlich zu den bekanntesten Baudenkmälern im Land Brandenburg. Vor allem die Residenzlandschaft um unsere Landeshauptstadt Potsdam strotzt nur so vor Parks, Schlössern, Herrenhäusern und vielen weiteren baulichen Attraktionen. Als Kernland Preußens hat unser Bundesland allerdings viele weitere Denkmäler vorzuweisen. Zu nennen sind hier unter anderem die Slawenburg in Raddusch, die Hinterlassenschaften des Dreißigjährigen Krieges, wie zum Beispiel das Massengrab in Wittstock/Dosse, oder die vielen landesweit noch erhaltenen historischen Dorfkerne. Diese unverfälschten Zeitzeugen unserer Kultur gilt es zu bewahren, so dass sich auch unsere nachfolgenden Generationen daran erfreuen können. Folgerichtig ist in unserer Landesverfassung zu lesen, dass das Land Brandenburg ein „der Kultur verpflichtetes demokratisches Land“ (Art. 2 Abs. 1 der Landesverfassung) ist. Doch leider misst das Land Brandenburg dem Denkmalschutz nicht die Bedeutung bei, die nötig wäre. Die Versäumnisse der Landesregierung führen dazu, dass immer mehr Zeugnisse unserer Geschichte zerfallen oder mutwillig zerstört werden. Wir wollen das ändern!

Den Denkmalschutz ernst nehmen

Die AfD nimmt den Denkmalschutz sehr ernst, da unsere Geschichte ein integraler Bestandteil unserer nationalen Identität ist. Baudenkmäler sind ein wichtiger Teil unserer geschichtlichen Kultur. Sie zeigen die Entwicklung der handwerklichen Kunst und sind wertvoller Bestandteil für das Begreifen vergangener Lebensepochen. Daher ist es uns wichtig, dass dem Denkmalschutz zukünftig eine bedarfsgerechte finanzielle Förderung gewährt wird. Der Denkmalschutz wurde im Land Brandenburg über viele Jahre sträflich vernachlässigt. Das Problem sind eine Vielzahl an unnötigen und somit hinderlichen Vorschriften für potenzielle Investoren und in der Folge leerstehende Ruinen, die unsere Innenstädte verschandeln, bis sie aufgrund mangelhafter Standfestigkeit abgerissen werden müssen. Wir wollen das ändern und streben daher den Ausbau der Förderung für die Arbeitsgemeinschaft Städte und Gemeinden mit historischen Stadtkernen an.

Bestand an denkmalgeschützten Wohngebäuden erhalten

Wir wollen den Baubestand in unseren historischen Ortskernen erhalten und diesen für heutige und zukünftige Generationen nutzbar machen. Hierfür wollen wir den Denkmalschutz für alte Gebäude ohne öffentliches Interesse deutlich lockern. Dies ermöglicht Umbaumaßnahmen, die den heutigen Wohnstandards entsprechen. Welche denkmalgeschützten Gebäude ohne öffentliches Interesse sind, soll durch eine Bürgerbeteiligung der Ortsansässigen im Einvernehmen mit der unteren Bauaufsichtsbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAL) festgelegt werden. Unsere architektonische Geschichte ist in vielen brandenburgischen Dörfern noch mit eigenem Auge erlebbar. Ob Dorfkirche oder historisches Gasthaus, gründerzeitlicher Bahnhof oder beschaulicher Dorfteich – zahlreiche Relikte längst vergangener Zeiten haben die unruhigen Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts überdauert. Unflexible denkmalschutzrechtliche Bestimmungen verhindern jedoch oftmals die Nutzung leerstehender Gebäude, so dass diese zwangsläufig verfallen. Wir wollen das ändern!

Rekonstruktion kulturell bedeutender Bauwerke

Wir begrüßen die Wiedererrichtung kulturell bedeutender Bauwerke, die im Krieg sowie der Nachkriegszeit verloren gegangen sind. Auch im Land Brandenburg sind in den vergangenen Jahrzehnten unzählige kulturell bedeutende sowie ehemals das jeweilige Stadtbild prägende Bauwerke verloren gegangen. Wir befürworten grundsätzlich die Rekonstruktion historischer Bauwerke und wollen dieses Umdenken in der Gestaltung unserer Städte zukünftig unter Beteiligung der jeweiligen ortsansässigen Bevölkerung verstärkt fördern. Ob Dresdner Frauenkirche, Frankfurter Altstadt oder Potsdamer Garnisonkirche – immer mehr Städte besinnen sich auf ihr baulich-kulturelles Erbe zurück. Dies steigert als positiven Nebeneffekt nicht nur die Attraktivität unserer Wohnplätze, auch die Tourismusbranche profitiert hiervon ungemein.

Kulturelles Erbe und Identität

Wir wollen die regionale Kultur und Identität erhalten und unsere Heimat bewahren. Deshalb sind uns die Vereine und Traditionen wichtig, ebenso der Erhalt der gewachsenen Ortsbilder. Wir wollen unsere Gemeinden zur attraktiven Heimat für junge Familien machen. Eine Islamisierung unserer Städte und Gemeinden lehnen wir ab, über den Bau von Moscheen oder Minaretten müssen die Bürger vor Ort entscheiden. Die Religionsfreiheit findet ihre Schranken in unserer Rechtsordnung. Ohne Integration, keine Teilhabe.

Heimatliebe und Traditionsbewusstsein fördern

Die AfD will die Verbindung unserer eigenen Identität zur Kultur festigen, die deutsche Geschichte bewahren und zukünftige Geschichte schreiben. Wir befürworten deshalb, dass in Brandenburg die historische Bezeichnung von Straßen und Plätzen bewahrt wird. Eine Einwirkung der Landesregierung durch eine falsche Weichenstellung lehnen wir ab. Damit verkörpern wir ein selbstbewusstes Bekenntnis zur eigenen Geschichte. Wir fördern den Erhalt unseres Brauchtums wie Trachten, Sagen und Gedichte. Unsere tief verwurzelten sorbischen und wendischen Minderheiten in Brandenburg sind ebenfalls ein Bestandteil unserer Geschichte. Darauf sind wir stolz und werden diese einzigartige Kultur bewahren.

Wir wollen unsere Sprache erhalten

Wir fordern die Rückkehr zu einem sinnvollen Sprachgebrauch. Sprache dient dazu, den eigenen Verstand zu benutzen, zu reflektieren, zu überlegen, zu begreifen oder zu spekulieren. Alles andere, insbesondere ideologisch motivierte Eingriffe in die Sprache, führt zu einer Sprachver-

armung, die wir nicht zulassen werden. Sprache muss wieder für Jeden verständlich werden. Behördliche Schreiben müssen für alle Leser klar und verständlich formuliert werden. Zugleich sind regionale Dialekte als Teil unserer historisch-kulturellen Identität zu erhalten. Die sogenannte Gendersprache lehnen wir ab. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese in den Behörden sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine Anwendung findet. Auch muss die Verwaltung ohne aus anderen Sprachen stammende Modewörter auskommen.

Unser brandenburgisches Brauchtum fördern

Wir wollen unser traditionelles brandenburgisches Brauchtum bewahren und setzen uns entschieden dafür ein, dass dieses nicht von fremdem Brauchtum verdrängt wird. Unter Brauchtum sind sämtliche hergekommenen, traditionellen und landsmannschaftlichen Gebräuche und Verhaltensweisen zu verstehen, wie zum Beispiel Trachten, Lieder, Gedichte, Märchen, Tänze, traditionelle Volksfeste und Riten. Hierzu zählt für uns auch die Kultur unserer sorbischen und wendischen Minderheit, die es ebenso zu bewahren gilt. Wir wollen zudem nicht nur sämtliche Vereine, die sich für die Pflege unseres Brauchtums einsetzen, stärker begünstigen. Wir wollen auch Schützenvereine, Landjugendvereine, Soldaten- und Reservistenkameradschaften sowie Vereine, deren Hauptzweck die Veranstaltung örtlicher Volksfeste ist, als förderfähige Brauchtumsvereine anerkennen.

Digitalisierung unseres historischen Kulturguts

Wir wollen unsere brandenburgisch-preußische Geschichte bewahren und daher unter anderem die Digitalisierung unseres Kulturguts in besonderem Maße fördern, so dass ein jeder die Zeugnisse unserer reichhaltigen Geschichte von zu Hause aus erleben kann. Heimat und Identität sind immer wieder Gegenstand von Debatten und Fragestellungen unserer Zeit. Vom linken politischen Spektrum wird das Vorhandensein eines Volkes oder einer spezifischen Kultur jedoch geleugnet und verächtlich gemacht. Die vielen schriftlichen Hinterlassenschaften früherer Generationen bezeugen das Gegenteil und sollen der Allgemeinheit jederzeit für eigene Forschungen zur Verfügung stehen.

Das Schatzregal abschaffen

Das Schatzregal regelt, dass herrenlose, bis zum Zeitpunkt ihrer Entdeckung verborgene Schätze mit ihrem Auffinden Eigentum des Landes Brandenburg werden. Der ehrliche Finder erhält sotmit keine Belohnung. Dies hat zur Folge, dass dem Fundunterschlag Vorschub geleistet wird. Denn nicht jeder Entdecker gibt seinen Fund ab, wenn er dafür keinen Finderlohn erhält. Wahrscheinlicher ist es, dass der Fund in ein Land ohne Schatzregal gebracht wird. Dies hat wiederum zur Folge, dass der ursprüngliche Fundort der archäologisch-historischen Forschung verborgen bleibt. Zur Bewahrung unserer brandenburgischen Geschichte fordern wir deshalb die Abschaffung des Schatzregals.

Kultur stärker fördern

Wir fordern, dass im Bereich der staatlichen Musikschulen für Lehrer mit Hochschulabschluss Festanstellungen zur Regel werden. Die bislang üblichen Honorarverträge sollen nur noch eine Nebenform darstellen. Wie bei staatlichen Musikschulen sind auch private Musikschulen mit Spitzenleistungen finanziell zu fördern. Ebenso ist für den Orchesternachwuchs eine spezielle Förderung notwendig. Wenn große Orchester nicht mehr ohne ausländische Instrumentalisten auskommen, ist dies ein Armutszeugnis für unsere eigene Musikerziehung und Ausbildung.

Galerien und Ateliers, Schlösser und Parks sowie die bildenden Künste machen Kultur erlebbar und sind unbedingt in eine Förderung mit einzubeziehen, anstatt der völlig überflüssigen Finanzspritzen für ideologisch agierende Vereine und Gruppen.

Einflussnahme politischer Parteien auf das Kulturleben reduzieren

Wir möchten den Einfluss politischer Parteien auf das Kulturleben reduzieren. Die Finanzierung stark politisch ausgerichteter Kultureinrichtungen mit Steuermitteln ist einzustellen. Subventionen, soweit sie Kultureinrichtungen betreffen, dürfen nicht länger der politischen Einflussnahme dienen. Staatliche Kultursubventionen sind für uns unumgänglich. Das geistige Erbe unserer brandenburgisch-preußischen Heimat ist ein unverzichtbarer Bestand der deutschen Kultur.

Das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen untersagen

Wir wollen das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen untersagen. Kinder und Jugendliche stehen unter besonderem Schutz. Die teilweise praktizierte Pflicht des Tragens von islamischen Kopftüchern von Kindern und Jugendlichen bereits in Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen widerspricht in besonderem Maße der ungestörten Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Das islamische Kopftuch ist nicht ausschließlich ein religiöses Symbol, wie das Kruzifix oder eine Kippa, welche die Zugehörigkeit zu einer Religion signalisieren. Vielmehr wird eine Form der Unterdrückung und der Sexualisierung vorgenommen, die ein freies und selbstbestimmtes Leben behindert.

Unserer Kriegsopfer angemessen gedenken

In Brandenburg gibt es unzählige Kriegsgräberstätten und Schlachtfelder aus allen historischen Zeiten, vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Zweiten Weltkrieg. Wir wollen diesen Opfern gedenken, sie würdigen, damit sie nicht in Vergessenheit geraten. Achtung vor der Vergangenheit ist unabdingbar für einen selbstbewussten Blick in die Zukunft. Die Kriegerdenkmäler des Ersten Weltkriegs, die es in jedem Ort Brandenburgs gibt, müssen erhalten werden. Zudem wollen wir die Bergung von Kriegstoten finanziell fördern. Ob in einem Einzelgrab verscharrt oder eingebettet in Massengräber – viele Soldaten liegen nach wie vor auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges. Wir wollen das Auffinden dieser bislang namenlosen Kriegstoten finanziell fördern, so dass diese ein würdiges Begräbnis erfahren können. Hierbei machen wir keinen Unterschied, ob es sich beispielsweise um Angehörige der deutschen Wehrmacht oder der Roten Armee handelt. Wir wollen sämtlicher toter Soldaten gedenken, da diese für uns eine Mahnung zum friedlichen Zusammenleben mit unseren Nachbarländern sind.

WER DIE DIGITALISIERUNG VERSCHLÄFT, GEFÄHRDET UNSERE ZUKUNFT 17

Digitalisierung und Datenschutz

Internet und Digitalisierung prägen unser tägliches Leben und die moderne Gesellschaft. Ohne Zugang zum Internet und digitaler Kommunikation ist eine Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben auch in Brandenburg nicht mehr möglich. Dies gilt umso

mehr für Menschen in ländlichen Regionen, die fern von den Angeboten der Ballungszentren leben. Gerade sie sind auf schnelle, leistungsstarke Internetzugänge und Kommunikationsnetze angewiesen. Brandenburg ist bei der Digitalisierung jedoch im bundesweiten Vergleich eines der Schlusslichter. Eine schlechte Mobilfunknetzabdeckung mit unzähligen Funklöchern, eine geringe Bandbreite des Internets vor allem auf dem Land sowie eine mangelhafte Präsenz der Behörden im Internet gefährden unsere Zukunftsfähigkeit. Weiterhin treibt dieser Zustand den Zuzug in den Berliner Speckgürtel an, da nur dort die notwendige digitale Infrastruktur für Wirtschaft und Brandenburger in einem halbwegs ausreichenden Maß gegeben ist. Die digitale Zukunft ist schon längst am Land Brandenburg vorbeigezogen. Hier muss schnellstmöglich gehandelt werden.

Den flächendeckenden Ausbau des Breitband- und Mobilfunknetzes verwirklichen

Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft längst nicht mehr wegzudenken. Das Internet und Social Media prägen das Leben und das Kommunikationsverhalten besonders der jungen Menschen. Viele Unternehmen investieren in die Digitalisierung, um Kosten zu sparen und wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Voraussetzung dafür ist aber eine entsprechende Infrastruktur. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Unternehmen nicht leiden soll, müssen wir schnellstmöglich flächendeckend schnelles Internet verwirklichen, die zahlreichen Löcher in der Abdeckung unseres Mobilfunknetzes schließen und schnellstmöglich flächendeckend den 5G-Standard verwirklichen. Zudem fehlt uns ein ganzheitlicher Ansatz zur Digitalisierung der Wirtschaft, des Tourismus, des Gesundheits- und des Bildungssystems. Wir streben eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 100 MBit/s an, um alle Brandenburger in das digitale Zeitalter zu bringen.

Unsere IT-Infrastruktur muss effektiver geschützt werden

Die AfD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die digitale Infrastruktur im Land Brandenburg auf einen international wettbewerbsfähigen Stand zu bringen. Dazu gehört auch der Schutz vor Industriespionage und Cyber-Angriffen. Wir fordern daher, dass das Land Brandenburg geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit und der Sicherheit der Datennetze ergreift. Es muss sichergestellt werden, dass unsere Daten nicht von anderen Staaten ausgespäht werden können.

Den Datenschutz nicht überregulieren

Wir setzen uns für eine Novellierung des Datenschutzrechtes ein. Jeder Mensch muss über seine personenbezogenen Daten selbst bestimmen und über die Preisgabe, Speicherung, Verwendung und Löschung seiner Daten selbst entscheiden können. Die Urheber der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind jedoch völlig über das Ziel hinausgeschossen. Anstatt große Internetkonzerne zu regulieren, trifft die DSGVO stattdessen vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen, Vereine, Blogger, Freizeitfotografen und viele andere. Diese können sich keine teuren Berater leisten und leiden unter völliger Rechtsunsicherheit. Zugleich freut sich die Abmahnindustrie über volle Auftragsbücher. Die Überregulierung werden wir beenden. Der Schutz privater Daten wird dabei nicht angetastet.

Aufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes

Wir dürfen die zahlreichen Eingriffe der Altparteien in die freie Meinungsäußerung im Internet nicht länger dulden. Die freie Meinungsäußerung ist uns ebenso wichtig, wie ein vernünftiger Datenschutz und die Wahrung von Urheberrechten. Die Altparteien treten all dies jedoch mit ihren Füßen. Mit dem unsäglichen Netzwerkdurchsetzungsgesetz rütteln sie an den Grundfes-

ten der Meinungsfreiheit und unterdrücken unerwünschte Meinungsäußerungen. Das ist eine Schande für unsere Demokratie. Längst stehen wir hier an der Wegscheide zwischen einer freien, offenen Gesellschaft mit Meinungsfreiheit und einem repressiven Überwachungsstaat. Die AfD lehnt sämtliche Angriffe auf die Meinungsfreiheit strikt ab und fordert daher unter anderem die Aufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, welches sogar vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages als europarechts- und verfassungswidrig bewertet wurde.

Keine staatliche Zensur in Internet und Medien

Die AfD tritt für eine vielfältige Medienlandschaft ein, die freie Information und kritische Diskussionen ermöglicht. Information und Meinung müssen klar erkennbar voneinander getrennt sein. Wir fordern eine öffentlich-rechtliche Berichterstattung, die sich nicht an den Interessen von Regierungen, Parteien oder Lobbygruppen orientiert, sondern ihre Informations-, Bildungs- und Kulturprogramme im Sinne der Gebührenzahler gestaltet. Das Internet als Medium der Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung darf abseits der Verfolgung von schweren Straftaten keinerlei staatlicher Zensur unterliegen.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung um die Digitalisierung erweitern

Bislang wird das Thema Digitalisierung durch die Altparteien stiefmütterlich behandelt. Seit Jahren wird der Ausbau des Breitbandnetzes versprochen, jedoch nicht konsequent umgesetzt. Um die Digitalisierung voranzutreiben, wollen wir das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung um das Aufgabenfeld der Digitalisierung erweitern. Alle digitalen verwaltungstechnischen Aktivitäten sollen dort mit entsprechender Richtlinienkompetenz und interministerieller Weisungsbefugnis gebündelt werden. Wir fordern zudem die vollständige Digitalisierung der Verwaltung, um deren Effizienz und Bürgernähe unter Berücksichtigung und Einhaltung des Datenschutzes zu steigern. Unser Ziel ist, dass die wichtigsten Verwaltungsprozesse papierlos von zu Hause aus abgewickelt werden können.

Digitale Medienwirtschaft im Rahmen der Digitalisierung gezielt fördern

Die AfD ist sich des großen wirtschaftlichen Potenzials sowie der immensen Bedeutung digitaler Spiele als Kulturgut des 21. Jahrhunderts bewusst. Regelmäßig konsumieren über 34 Millionen Deutsche Computer- und Videospiele, wobei es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt. Das Durchschnittsalter der deutschen Gamer ist im vergangenen Jahr auf etwa 36 Jahre angestiegen. Über neun Millionen der Gamer sind älter als 50 Jahre! Computer und Games sind also längst nicht mehr nur etwas für Jugendliche und Kinder, wie es in den Medien oftmals dargestellt wird. Sie sind ein Kulturgut, welches für alle Generationen von Bedeutung ist. Dementsprechend groß sind die Umsätze der digitalen Medienwirtschaft. Die Games-Branche der Hauptstadtregion zählt etwa 1.500 Unternehmen, die auf Entwicklung, Distribution, Vermarktung und Bewerbung von Computer- und Videospielen spezialisiert sind. Neben unzähligen Star-tup-Unternehmen sind auch große internationale Unternehmen in der Hauptstadtregion zu finden und machen diese zum führenden Games-Standort in Deutschland! Wir wollen darauf aufbauen und weitere Ansiedlungen, Neugründungen sowie innovative Projekte gezielt fördern, um den Standort Brandenburg zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Keine Eingriffe in unsere Freiheitsrechte und Souveränität

Wir betrachten es als Aufgabe und vornehmsten Zweck des Staates, die Freiheitsrechte und Souveränität seiner Bürger zu schützen und deren Ausübung zu gewährleisten. Wir fordern da-her, dass die Politik bei der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen der digitalen Ge-sellschaft stets die Lösungen sucht und realisiert, die die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung nicht tangieren oder aber bestmöglich schützen.

18| SOLIDE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Digitalisierung und Datenschutz

Unser grundsätzliches Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt. Die Ausgaben dürfen die Einnahmen nicht übersteigen. Schulden reduzieren die finanziellen Spielräume in der Zukunft. Die Ampelkoalition, die europäische Zentralbank und die EU haben bei höchsten Steuereinnahmen die Weichen auf Inflation, Deindustrialisierung und Wohlstandsverlust gestellt. Das hat Konsequenzen für Brandenburg. Die finanziellen Rahmenbedingungen werden sich durch diese falsche, ideologieorientierte Politik in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verschlechtern. Deshalb ist es noch stärker als bisher notwendig, die Steuergeldverschwendung zu beenden, die Finanzen zu konsolidieren und die Konzentration auf notwendige Ausgaben zu lenken. Dazu gehört auch ein ausgeglichener Haushalt, der Finanzexperimente, wie Swaps und andere spekulative Finanzderivate weiterhin ausschließt. Eine noch höhere finanzielle Belastung der Brandenburger wird es mit der AfD nicht geben. Wir fordern eine Prüfung und Einschränkung der Staatsausgaben. Indem unnötige Bürokratie abgebaut und die ideologisch motivierte Förderung von Vereinen, Projekten und Initiativen mit den Zielen Kampf gegen rechts, Gender, Vielfalt und Migration eingestellt werden, können bereits mehrere Millionen Euro für wichtige Investitionsmaßnahmen freigesetzt werden.

Bürgerfreundliche Finanzämter

Viele Unternehmen klagen über ein Misstrauen der Finanzämter ihnen gegenüber. Die Mitarbeiter der Finanzämter sollen deshalb dafür sensibilisiert werden, Unternehmer nicht als potenzielle Steuergeldhinterzieher anzusehen. Zur Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit tragen im digitalen Zeitalter auch kürzere Bearbeitungszeiten und beispielsweise ein vom Finanzamt vorausgefüllter Entwurf der Steuererklärung bei, der die ohnehin vorliegenden Daten enthält. Die Verantwortlichkeit des Steuerzahlers bleibt hiervon unberührt.

Schlanker Staat

Eine weitere Zunahme von Verwaltungsstellen wird es mit der AfD nicht geben. Der größer werdende Aufgabenumfang in einem Bereich wird von Mitarbeitern aus Bereichen mit geringer werdenden Aufgaben abgedeckt. Zum Selbstverständnis der öffentlichen Verwaltung gehört es, dass sie nur die Aufgaben übernimmt, die im eigenen Zuständigkeitsbereich liegen. Die landeseigenen Unternehmen werden nur für die eigene Verwaltung tätig sein. Was marktwirtschaftlich orientierte Unternehmen leisten können, soll auch von ihnen übernommen werden.

Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern

Wir setzen uns mit allem Nachdruck für ein Recht auf Bargeld ein und fordern dessen Veran-

kerung im Grundgesetz. Mit der Bargeldabschaffung ist für die Bürger die Gefahr verbunden, finanziell kontrolliert und gesteuert zu werden. Jedes Geldvermögen könnte nach Belieben abgewertet, negativ verzinst oder enteignet werden. Bargeld ist ein Fundament der bürgerlichen Freiheit, das diese rechtswidrigen Eingriffe verhindert. Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Brandenburger, unter Umständen sogar über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung bis hinein in private und sogar intime Lebensbereiche.

Verschwendung von Steuergeldern konsequent bestrafen

Wir fordern, dass Verschwendung von Steuergeldern als Straftatbestand analog zur Steuerhinterziehung als Straftat definiert und geahndet wird. Die bislang fehlende Regelung führt dazu, dass Steuergeldverschwendung implizit gefördert wird, da die Verschwendung derzeit kaum Folgen für den Verantwortlichen hat. Nur eine Strafbarkeit und die persönliche Haftung von Politikern kann Steuergeldverschwendung wirksam eindämmen. Politik und Staat kranken an einer organisierten Verantwortungslosigkeit, die sich schleichend eingenistet hat. Die Strafbarkeit ist ein gutes Instrument, das zu beenden. Dabei wird Sorge getragen, dass Handlungsspielräume offenbleiben und kein Entscheidungsträger unverschuldet belangt wird. Die AfD ist die einzige relevante Partei, die einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Brandenburger fordert.

Kein Schuldentransfer in öffentliche Unternehmen

Zeiten guter Wirtschaftslage und hohen Steueraufkommens müssen dazu genutzt werden, unsere Schulden abzubauen. Ausgaben dürfen nicht als Investitionen verschleiert werden: So sind Ausgaben für Bildung zwar im übertragenen Sinne Investitionen in die Zukunft, nicht jedoch haushalterisch. Um den Verschuldungsgrad der öffentlichen Haushalte und des Landeshaushaltes dem tatsächlichen Lagebild entsprechend real darzustellen, wollen wir den Schuldentransfer in öffentliche Unternehmen verbieten. Dadurch wird die Verschleierung des wahren Schuldenstandes beendet und die Gesamtbelastung wieder sichtbar. Wir fordern zudem, dass Leasingverträge als solche klar auszuweisen sind.

Kommunalen Finanzausgleich zugunsten der Kommunen reformieren

Die Verteilung der Steuermittel zwischen Land und Kommunen muss mit einer Änderung des kommunalen Finanzausgleichs neu geregelt werden, um den Verfall unserer Dörfer und Städte zu stoppen und diese zugleich zukunftsfähig zu machen. Die Kommunen im Land Brandenburg sind gemäß Kommunalverfassung mit einer Vielzahl an Aufgaben betraut. Die Steuerarten und -einnahmen der Kommunen sind allerdings begrenzt und im Wesentlichen von der Einwohnerzahl und der Anzahl sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der ansässigen Unternehmen abhängig. Die meisten Kommunen im Land Brandenburg sind daher chronisch unterfinanziert und können ihre Pflichtaufgaben kaum aus den Steuereinnahmen finanzieren. Ausgaben für freiwillige Leistungen, wie die Einrichtung von Kultur- oder Sportstätten, müssen aufgrund der knappen Kassenlage oftmals sogar auf ein Minimum reduziert werden. Trotz Sparmaßnahmen wächst zudem die Verschuldung der meisten brandenburgischen Kommunen stetig. Es ist Aufgabe des Landes, die Kommunen zu stärken. Um zu verhindern, dass die Attraktivität unserer brandenburgischen Dörfer in Zukunft darunter leidet, dass immer öfter der Rotstift angesetzt werden muss, sind die finanziellen Rahmenbedingungen unserer Kommunen zu verbessern.

Keine Finanzierung ideologischer Projekte

Eine solide Finanzpolitik wird unter anderem alle klimabezogenen Maßnahmen beenden, die Ausgaben für die illegale Migration durch Remigration einsparen und die aktuelle Finanzierung von verfassungsfeindlichen Aktivitäten gegen die politische Opposition streichen. Die Regierung darf die Opposition nicht bekämpfen und dabei Steuermittel einsetzen. Deshalb werden zukünftig keine Vereine, Institutionen, Veranstaltungen, Demonstrationen, Aktionen im sogenannten Kampf gegen rechts mehr finanziert. Insbesondere die Finanzierung des Aktionsbündnisses Tolerantes Brandenburg ist zu beenden. In unserer Demokratie ist kein Platz für einen Regierungsschutz mit Hilfe der Diskriminierung Andersdenkender. Das Neutralitätsgebot des Staates muss wieder durchgesetzt werden. Wir brauchen unser Geld dringend für Bildung, für die Infrastruktur, für Sozialleistungen, für die Unterstützung von Familien, für das Gesundheitswesen.

Steuerzahlergedenktag einführen

Wir wollen die Bürger dafür sensibilisieren, wie hoch ihre Steuern sind. Um das zu verdeutlichen, werden wir einen symbolischen Steuerzahlergedenktag einführen. Mit diesem Gedenktag wollen wir zugleich die Politik dazu anhalten, die Abgabenlast der Menschen zu mindern. Der Bund der Steuerzahler errechnet für jedes Jahr den Tag, bis zu dem der durchschnittliche Steuerzahler für den Staat arbeiten muss. Seit dem Jahr 2000 liegt dieser Tag im Juli und somit in der zweiten Jahreshälfte! Die Belastung der arbeitenden Bevölkerung mit Steuer- und Sozialversicherungsabgaben beträgt demnach mehr als 50 Prozent des jeweiligen Jahreseinkommens. Deutschland liegt im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe, was die Höhe der Steuer- und Abgabenbelastung betrifft. Die Abgabenlast steht mit den erhaltenen staatlichen Leistungen jedoch in einem Missverhältnis.

Einrichtung einer Zuwendungsdatenbank

Um Zuwendungen für den Steuerzahler transparent zu machen, fordern wir die Einrichtung einer Zuwendungsdatenbank nach Berliner Vorbild, die alle Zuwendungen von Steuermitteln an Vereine, Projekte und Initiativen erfasst. Zwischen 2013 und 2018 wurden auf Bundesebene Steuermittel in Höhe von über 300 Millionen Euro für die Finanzierung von Vereinen, Projekten und Initiativen mit den Zielen Kampf gegen rechts, Gender, Vielfalt und Migration eingesetzt. Allein im Jahr 2017 wurden dafür über 100 Millionen Euro ausgegeben. Auch die brandenburgische Landesregierung fördert zahlreiche Vereine, Projekte und Initiativen mit Steuermitteln. Dabei hat sie während des Bundestagswahlkampfes 2017 nachweislich gegen das Demokratieprinzip und das Gebot der Chancengleichheit der Parteien verstoßen. Schließlich darf der Staat nicht zugunsten oder zulasten einer politischen Partei auf den Wahlkampf oder auf die politische Willensbildung einwirken. Eine Regierung hat sich im Wettstreit der politischen Meinungen neutral zu verhalten. Sie darf keineswegs regierungskonforme Meinungen fördern und kritische Stimmen bekämpfen. Daher fordern wir eine sorgfältige Prüfung sämtlicher geförderter Vereine, Projekte und Initiativen.

Senkung der Grunderwerbsteuer

Der Grunderwerbsteuersatz von 6,5 Prozent ist mit einer der höchsten in Deutschland. Er dient nur der Finanzierung eines unsoliden Haushalts und ist gerade für Familien unsozial. Wir werden ihn grundsätzlich auf 3 Prozent senken. Für die erste selbstgenutzte Immobilie soll die Grunderwerbsteuer entfallen. Damit wird dem Defizit der Deutschen beim Immobilienbesitz entgegengewirkt und für Familien der Erwerb des eigenen Wohnraums erleichtert.

Unnötige Geschwindigkeitskontrollen stoppen, die lediglich der Haushaltssanierung dienen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Instrument der Geschwindigkeitskontrolle ausschließlich zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr eingesetzt wird. Es darf kein finanzieller Anreiz für sachlich nicht gebotene Geschwindigkeitskontrollen vorhanden sein. Die zunehmende Zahl der Geschwindigkeitskontrollen erweckt den begründeten Verdacht, dass sie vielfach nicht mehr der öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr dienen, sondern der Haushaltssanierung. Allein schon der Eindruck, dass die Einnahmebeschaffung und nicht die Gefahrenabwehr der Anlass für Geschwindigkeitskontrollen sind, schwächt das Vertrauen der Brandenburger in den Rechtsstaat und das rechtstaatliche Handeln der Polizei. Geschwindigkeitskontrollen belasten zudem unnötig unsere Polizeibeamten, die wichtigere Aufgaben zu erledigen haben. Derzeit werden im Landeshaushalt über 60 Mio. Euro als Einnahmen aus der den Geschwindigkeitskontrollen bzw. Verkehrsraumüberwachung verbucht – Tendenz weiter steigend.

WAHLAUFRUF: ES IST ZEIT FÜR DEN REGIERUNGSWECHSEL

Wir sind bereit für die Regierungsverantwortung

Mit unserem ersten Regierungsprogramm bieten wir den Brandenburgern eine echte gesellschaftspolitische Alternative zu der konturlosen Politik der etablierten Parteien. Wie keine andere Partei hat die AfD erkannt, dass die Bewahrung unserer Heimat, unserer Identität und unserer Leitkultur unabdingbar ist, um unser Land Brandenburg in eine gute Zukunft zu führen. Wir wollen Staat und Gesellschaft dezentral, subsidiär und bürgernah gestalten. Wir wollen die Freiheit des Einzelnen und die Rechte aller Brandenburger stärken, die Funktionsfähigkeit und Ver-trauenswürdigkeit öffentlicher und privater Institutionen wiederherstellen und den Zusammen-halt unserer Gesellschaft fördern. Dabei vergessen wir nicht die Schwächsten unserer Gemein-schaft. Mit unserem Regierungsprogramm zeigen wir einen Weg auf, wie unser Land Branden-burg solide ausgebaut werden kann. Dafür müssen wir die Bürgergesellschaft, den Zusammenhalt der Menschen, vor Ort stärken. Wir brauchen nicht mehr Globalisierung, weitere Internationali-sierung und politischen Größenwahn, sondern endlich orts- und sachnahe Problemlösungen.

Die Politik der letzten Jahrzehnte hat unser Land Brandenburg an die Grenzen seiner Belastbarkeit gebracht. Durch Selbstüberschätzung und grenzenlose Machtansprüche sind der Landesregierung jegliches Maß und Bodenhaftung verloren gegangen. Zudem sind fast sämtliche großen Regierungsprojekte gescheitert. Unsere Zukunft darf nicht verspielt werden. Die Eurokrise, die Überschuldung der Staaten, Banken, Unternehmen und Privathaushalte sind Zeugnisse dieser Fehlentwicklung. Diese zeigt sich ferner in der wirtschaftlichen Übernutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt sowie der Überforderung vieler Menschen durch grenzenlose Leistungserwartungen. Die Wirtschaftsordnung wird in erster Linie an den Interessen der global agierenden Konzerne ausgerichtet, mit der Wirkung einer zunehmenden Monopolisierung wirtschaftlicher Macht zu Lasten der Brandenburger.

Mit unserem Regierungsprogramm zeigen wir als Alternative für Deutschland auf, wie die Zukunftschancen Brandenburgs gestärkt, Risiken reduziert, die Lebensqualität erhöht und der Zusammenhalt der Menschen in Brandenburg gefördert werden kann. Wir fordern nicht die Umsetzung utopischer Konzepte, oftmals reicht ein Blick in die Vergangenheit. Diese wollen wir als Vorbild für unsere Politik dazu nutzen, die Stärken Brandenburgs auszubauen und für die Vorzüge des märkischen Lebensstils zu werben: Dies bedeutet für uns, die Identität des Landes sichtbar zu machen und zu stärken, die Freiheit der Menschen abzusichern, ein selbstbestimmtes Leben zu fördern und die Grundlagen für zunehmenden Wohlstand zu stärken.

Es ist Zeit für einen gesellschaftlichen Kurswechsel. Wir wollen unsere Vergangenheit bewahren und unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Dafür braucht das Land Brandenburg die AfD!

Wählen Sie deshalb am 22. September 2024 die Alternative für Deutschland!

20| SPENDENAUFRUF

Mit maximalem Schub in die Landtagswahl

Nur die AfD hat den Willen und die Kraft, unsere Heimat gegen die zukunftsfeindliche Politik der Altparteien zu verteidigen. Je stärker wir in den Landtag einziehen, desto lauter ist die Stimme für ein sicheres, gerechtes und lebenswertes Brandenburg. Das schaffen wir nur mit Ihrer Hilfe.

Bitte unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende für eine wirkliche Veränderung in unserem Land.

KONTODATEN:
AfD – Landesverband Brandenburg
Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN: DE20 1605 0000 1000 5761 47
BIC: WELA DE D1 PMB

Bitte geben Sie auf der Überweisung Ihre genaue Anschrift an, damit die Spende korrekt zugeordnet werden kann. Sie erhalten zu Beginn des folgenden Jahres von der AfD eine Spendenbescheinigung, die Sie zusammen mit Ihrer Steuererklärung beim zuständigen Finanzamt einreichen können.

Hinweis: Spenden und Mitgliedsbeiträge für die Alternative für Deutschland sind als Spenden an eine politische Partei nach §34g EStG in besonderem Maße steuerlich begünstigt. Bis zu einer Ober-grenze von 1.650 Euro für Alleinstehende / 3.300 Euro für Ehepaare sind Ihre Spenden steuer-lich absetzbar.

REGIERUNGSPROGRAMM FÜR BRANDENBURG

DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND FÜR DIE LANDTAGSWAHL IN BRANDENBURG 2024

AfD
LANDESVERBAND
BRANDENBURG